

BERICHT

des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft
über seine Tätigkeiten während der Sitzungsperiode
2023-2024

Am 9. Juni 2024 wird u. a. die Besetzung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft neu bestimmt. Die Direktwahl des Parlaments, die seit 1974 zu den Errungenschaften der Autonomie der Deutschsprachigen Gemeinschaft gehört, wird die Karten neu verteilen und die neue Legislaturperiode 2024-2029 einläuten.

Der vorliegende Tätigkeitsbericht bezieht sich auf die letzte Sitzungsperiode in der Legislatur 2019-2024.

INHALT

DIE ABGEORDNETEN	4	BESUCHER UND VERANSTALTUNGEN	52
DIE BERATENDEN MANDATARE	6	BESUCHERGRUPPEN	52
DIE FRAKTIONEN	7	VERANSTALTUNGEN	52
DIE PARLAMENTSORGANE	8	POLITISCHE BILDUNG IM PARLAMENT	54
DER PARLAMENTSPRÄSIDENT	8	PARLAMENT INTERNATIONAL, GRENZ- ÜBERSCHREITEND UND INTERREGIONAL	58
DAS PRÄSIDIUM	9	Gesetzgeberische Tätigkeit	58
DAS ERWEITERTE PRÄSIDIUM	10	Subsidiaritätskontrolle	58
DIE AUSSCHÜSSE	11	Vertretung des Parlaments in Gremien	58
DIE PARLAMENTSVERWALTUNG	11	Vernetzung des Parlaments	66
Verwaltungsstruktur	11	Begleitung der Außenbeziehungen der Regierung	67
Der Haushalt des Parlaments	12	PERMANENTER BÜRGERDIALOG IN OSTBELGIEN	68
Bibliothek und Archiv	13	50 JAHRE PARLAMENT – 50 JAHRE AUTONOMIE	71
Studiendienst	14	ANLAGE I - REGIERUNGSKONTROLLE	73
DER OMBUDSDIENST	15	Mündliche Fragen	73
AUFGABEN DES PARLAMENTS	16	Schriftliche Fragen	83
ZUSTÄNDIGKEITSBEREICHE DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT	16	Interpellationen	86
ARBEIT IN DEN AUSSCHÜSSEN	18		
Ausschuss I	18		
Ausschuss II	23		
Ausschuss III	28		
Ausschuss IV	34		
Ausschuss V	38		
ARBEIT IM PLENUM	39		
BEZIEHUNGEN ZUR REGIERUNG	46		
Mündliche Fragen	48		
Schriftliche Fragen	49		
Interpellationen	50		
Begründete Anträge	51		
Entwicklung der Kontrollinstrumente	51		

DIE ABGEORDNETEN

Die Besetzung des Parlaments veränderte sich in der Sitzungsperiode 2023-2024 wie folgt:

Am 18. September 2023 verließ die Abgeordnete Jolyn Huppertz die CSP-Fraktion. Sie agiert bis zum Ende der Legislaturperiode als fraktionslose Abgeordnete. Durch den Austritt aus der Fraktion kam es zu einer Reihe von Veränderungen in verschiedenen Gremien des Parlaments (Präsidium, Ausschüsse, Fraktionen).

Am 13. Dezember 2023 trat der ehemalige Minister- und Parlamentspräsident Karl-Heinz Lambertz (SP) als Abgeordneter zurück. Am 14. Dezember 2023 leistete sein Nachfolger, Lothar Faymonville, seinen Eid.



Eidesleistung von Lothar Faymonville am 14. Dezember 2023



Verabschiedung von Karl-Heinz Lambertz am 13. Dezember 2023.
V.l.n.r.: Oliver Paasch, Karl-Heinz Lambertz und Charles Servaty

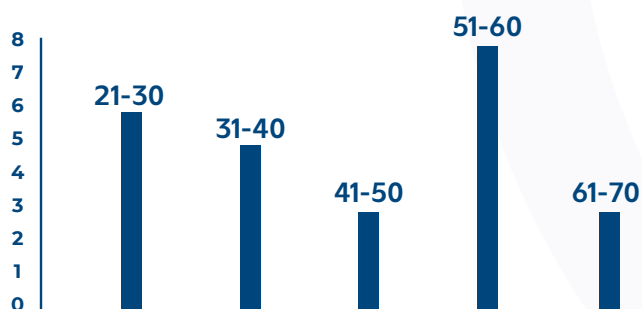
Mitglieder des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

(in alphabetischer Reihenfolge, Stand 1. Juni 2024)

Vorname	Name	Fraktion	Funktion
Michael	Balter	VIVANT	3. Sekretär und Fraktionsvorsitzender
Freddy	Cremer	ProDG	6. Sekretär und Fraktionsvorsitzender
Patricia	Creutz-Vilvoye	CSP	1. Vizepräsidentin und Fraktionsvorsitzende
Kathy	Elsen	ProDG	Abgeordnete
Lothar	Faymonville	SP	Abgeordneter
Gregor	Freches	PFF	Gemeinschaftssenator
Lisa	Göbbels	ProDG	Abgeordnete
José	Grommes	ProDG	1. Sekretär und Ausschussvorsitzender
Raymond	Heiners	ProDG	Abgeordneter
Sandra	Houben-Meessen	CSP	Abgeordnete
Jolyn	Huppertz	fraktionslos	Abgeordnete
Evelyn	Jadin	PFF	5. Sekretärin und Fraktionsvorsitzende
Andreas	Jerusalem	ECOLO	Abgeordneter
Colin	Kraft	CSP	Abgeordneter
Alain	Mertes	VIVANT	Abgeordneter
Freddy	Mockel	ECOLO	4. Sekretär und Fraktionsvorsitzender
Robert	Nelles	CSP	2. Sekretär und Ausschussvorsitzender
Kirsten	Neycken-Bartholemy	SP	Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende
Stephanie	Pauels	CSP	Abgeordnete
Shayne	Piront	PFF	Abgeordnete
Liesa	Scholzen	ProDG	2. Vizepräsidentin und Ausschussvorsitzende
Charles	Servaty	SP	Parlamentspräsident und Ausschussvorsitzender
Patrick	Spies	SP	Abgeordneter
Diana	Stiel	VIVANT	Abgeordnete
Inga	Voss-Werding	ECOLO	Abgeordnete

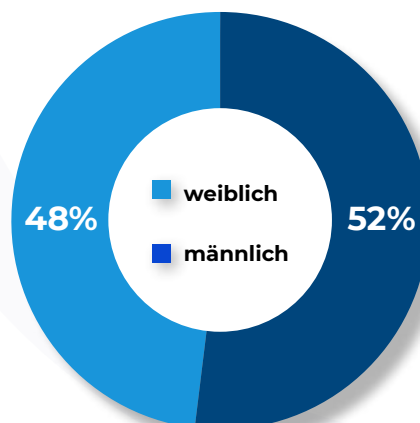
Altersprofil der Abgeordneten des Parlaments

Das Durchschnittsalter der Abgeordneten in der Sitzungsperiode 2023-2024 liegt bei 44,8 Jahren.



Aufteilung nach Geschlecht

13 Männer und 12 Frauen bilden das direkt gewählte Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft.



DIE BERATENDEN MANDATARE

Die beratenden Mandatäre können an den Plenarsitzungen und an den Ausschusssitzungen teilnehmen. Sie verfügen allerdings über kein Initiativrecht oder Kontrollrecht.

Beratende Mandatäre sind:

- die im Wahlkreis Verviers gewählten Mitglieder der Abgeordnetenversammlung, die den Verfassungseid ausschließlich oder an erster Stelle in Deutsch geleistet haben;
- die Mitglieder des Wallonischen Parlaments, die den Verfassungseid ausschließlich oder an erster Stelle in Deutsch geleistet haben;
- die im Wahlbezirk Eupen gewählten Provinzialratsmitglieder;
- das im deutschsprachigen Wahlkreis gewählte Mitglied des Europäischen Parlaments, das seinen Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet hat.

Jacques Schrobiltgen legte am 3. September 2023 sein Amt als Provinzialrat nieder und wurde nicht durch einen deutschsprachigen Nachrücker ersetzt.



Jacques Schrobiltgen

Die Anzahl der beratenden Mandatäre reduzierte sich folglich auf sechs.

Beratende Mandatäre in der Sitzungsperiode

Pascal Arimont	CSP	Europäisches Parlament
Anne Kelleter	ECOLO	Wallonisches Parlament
Christine Mauel	PFF	Wallonisches Parlament
Daniel Müller	PFF	Provinzialrat Lüttich
Alfred Ossemann	SP	Provinzialrat Lüttich
Odette Threinen	ECOLO	Provinzialrat Lüttich

¹ Gesetz vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Art. 8 §4.

DIE FRAKTIONEN

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft zählt nach den Wahlen von 2019 insgesamt sechs Fraktionen. Alle Fraktionen haben mindestens 3 Mitglieder und sind deshalb als „anerkannte Fraktionen“ eingestuft. In der Sitzungsperiode 2023-2024 gab es zudem ein fraktionsloses Mitglied.

Die Fraktionen bezeichnen einen Fraktionsvorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden, der bei Abwesenheit des Vorsitzenden dessen Befugnisse ausübt.

Jede Fraktion kann ein Fraktionssekretariat einrichten und dazu Mitarbeiter anstellen. Unter diesen Mitarbeitern kann jede Fraktion einen oder mehrere Fraktionssekretäre bezeichnen, die nach entsprechender Anerkennung des Präsidiums gemäß Artikel 8 den geheimen Sitzungen der Parlamentsorgane beiwohnen dürfen. (Geschäftsordnung des Parlaments, Artikel 19)



5 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen | Belgien
T +32 (0)87/31 84 47 | F +32 (0)87/31 84 48
info@csp.pdg.be | <http://www.csp-dg.be/>
Fraktionsvorsitzende: Patricia Creutz-Vilvoye
patricia.creutz-vilvoye@pdg.be



3 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen | Belgien
T +32 (0)87/31 84 73 | F +32 (0)87/31 84 74
info@vivant.pdg.be | <http://www.vivant-ostbelgien.org/>
Fraktionsvorsitzender: Michael Balter
michael.balter@pdg.be



Die freie Bürgerliste für Ostbelgien

6 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen | Belgien
T +32 (0)87/31 84 55 | F +32 (0)87/31 84 56
info@prodg.pdg.be | <http://www.prodg.be/>
Fraktionsvorsitzender: Freddy Cremer
freddy.cremer@pdg.be



3 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen | Belgien
T +32 (0)87/31 84 77 | F +32 (0)87/31 84 78
info@ecolo.pdg.be | <http://www.ecolodg.be/>
Fraktionsvorsitzender: Freddy Mockel
freddy.mockel@pdg.be



4 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen | Belgien
T +32 (0)87/31 84 61 | F +32 (0)87/31 84 62
info@sp.pdg.be | <http://www.sp-dg.be/>
Fraktionsvorsitzende: Kirsten Neycken-Bartholemy
kirsten.neycken-bartholemy@pdg.be



3 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen | Belgien
T +32 (0)87/31 84 67 | F +32 (0)87/31 84 68
info@pff.pdg.be | <http://www.pff.be/>
Fraktionsvorsitzende: Evelyn Jadin
evelyn.jadin@pdg.be

DIE PARLAMENTSORGANE

DER PARLAMENTSPRÄSIDENT

Der Präsident des Parlaments leitet die Aktivitäten des Parlaments. Im Gegensatz zu den Mandaten der übrigen Abgeordneten ist das Mandat des Parlamentspräsidenten ein Vollzeitmandat. Seine Aufgaben sind vielfältig und werden in der Geschäftsordnung geregelt.



Parlamentspräsident Charles Servaty

„Artikel 32 – Aufgaben des Präsidenten

Der Präsident leitet die Arbeiten des Parlaments und seiner Organe. Insbesondere:

- leitet er die Sitzung bei Plenarversammlungen, Präsidien und erweiterten Präsidien,
- eröffnet, schließt oder unterbricht er die Sitzungen der Plenarversammlungen, Präsidien und erweiterten Präsidien,
- gewährleistet er die Ordnung und erteilt das Wort während der Aussprachen in den Sitzungen der Plenarversammlungen, Präsidien und erweiterten Präsidien,
- formuliert er die Punkte, über die in den Sitzungen der Plenarversammlungen, Präsidien und erweiterten Präsidien ein Beschluss gefasst werden muss, und verkündet er das Abstimmungsergebnis,
- unterzeichnet er jeden Beschluss der Plenarversammlungen, Präsidien und erweiterten Präsidien,
- gewährleistet er die Ausführung der Beschlüsse der Plenarversammlungen, Präsidien und erweiterten Präsidien,
- überwacht er die Einhaltung der Geschäftsordnung und der Beschlüsse der Plenarversammlungen, erweiterten Präsidien und Präsidien,
- nimmt er alle Vorschläge, Entwürfe, Abänderungsvorschläge, Berichte, Fragen, Interpellationen und Anträge entgegen und prüft deren Zulässigkeit, insofern dies nicht in die Zuständigkeit eines anderen Parlamentsorgans fällt,
- bringt er der Plenarversammlung alle eingegangenen Mitteilungen, Briefe und sonstigen Dokumente zur Kenntnis, mit Ausnahme der anonymen und beleidigenden Schreiben,
- leitet er alle Dokumente und Informationen an die Parlamentsorgane weiter, insofern diese in deren Zuständigkeitsbereich fallen,
- vertritt er das Parlament nach außen.“

Die sichtbarste Aufgabe des Parlamentspräsidenten ist die Leitung von Sitzungen. So leitet er die Plenarsitzung, in der er den geregelten Ablauf sichert, den Abgeordneten und Regierungsmitgliedern das Wort erteilt und gemeinsam mit dem 1. Sekretär des Präsidiums die Abstimmungen durchführt. Der Parlamentspräsident ist ebenfalls Vorsitzender des Präsidiums, des erweiterten Präsidiums, des Ausschusses I und des Ausschusses V. Zur Vor- und Nachbereitung der Arbeiten der Parlamentsgremien plant er in Absprache mit der Regierung und öffentlichen Einrichtungen die vorzunehmenden Schritte und lässt sich über die Entwicklungen in Fachbereichen und über Sachstände informieren. Darüber hinaus konsultiert er Sachverständige und fördert die Meinungsbildung.

Der Parlamentspräsident ist auch Vorsitzender der Jury zum Preis des Parlaments.

Der Parlamentspräsident vertritt das Parlament nach außen. Die auswärtigen Beziehungen des Parlaments, die in einem weiteren Kapitel näher umschrieben werden, umfassen die Teilnahme an innerbelgischen und internationalen Netzwerken. Im Austausch mit Amtskollegen werden Herausforderungen erörtert und gemeinsame Standpunkte erarbeitet.

Als protokollarisch höchster Vertreter der Deutschsprachigen Gemeinschaft nimmt er diesbezügliche Aufgaben

wahr. Er repräsentiert die Deutschsprachige Gemeinschaft und das Parlament bei offiziellen Feiern, Staatsakten und Gedenkveranstaltungen im In- und Ausland.

Durch seine hauptberufliche Tätigkeit ist er ebenfalls erster Ansprechpartner für Besucher und Gruppen, denen er in Vorträgen die Arbeitsweise des Parlaments erläutert.

Der Parlamentspräsident hat die Polizeigewalt im Parlament inne (siehe Artikel 9 der Geschäftsordnung):

„Art. 9 – Polizeigewalt im Parlament und Ordnungsmaßnahmen

§1 – Die Polizeigewalt im Parlament wird vom Präsidenten oder in dessen Auftrag vom Vorsitzenden des jeweiligen Parlamentsorgans ausgeübt, der die notwendigen Anweisungen zur Beachtung derselben erteilt.“

Seit dem 30. Januar 2023 ist Charles Servaty (SP) Parlamentspräsident. Er übernahm das Amt von Fraktionskollege Karl-Heinz Lambertz.

Der Parlamentspräsident informiert das Präsidium in regelmäßigen Abständen über seine Tätigkeiten.

DAS PRÄSIDIUM

Das Präsidium regelt die administrativen und finanziellen Angelegenheiten des Parlaments und seiner Organe. Es ernennt das Personal der Verwaltung und gewährleistet durch strategische Entscheidungen das gute Funktionieren des parlamentarischen Geschehens. Das Präsidium wird einmal pro Legislaturperiode von der Plenarversammlung gewählt.

Das Präsidium wird gemäß dem System der verhältnismäßigen Vertretung der Fraktionen gebildet, wobei jedoch gewährleistet werden muss, dass jede anerkannte Fraktion des Parlaments vertreten ist.

Darüber hinaus gilt,

- dass die Mitglieder von Rechts wegen zunächst aus den Reihen der Vorsitzenden der Fraktionen gemäß Artikel 23 §4 und den Reihen der Vorsitzenden der ständigen Ausschüsse gemäß Artikel 36 §4 Absatz 4 gestellt werden,
- dass der 1. Vizepräsident von der stärksten Oppositionsfraktion gestellt wird, wenn der Präsident einer

der an der Mehrheit beteiligten Fraktionen angehört, und

- dass der Präsident nicht gleichzeitig das Amt eines Fraktionsvorsitzenden bekleiden darf².

Das Präsidium des Parlaments wird für die Dauer der Legislaturperiode gewählt. In der Legislaturperiode 2019-2024 umfasst es 9 Personen: den Präsidenten, 2 Vizepräsidenten und 6 Sekretäre.

Die Sitzungen des Präsidiums werden aus praktischen Gründen in der Regel mit den Sitzungen des erweiterten Präsidiums zusammengelegt.

Zusammensetzung des Präsidiums, Stand 01.06.2024:

- **Charles Servaty**, Parlamentspräsident und Ausschussvorsitzender
- **Patricia Creutz-Vilvoye**, 1. Vizepräsidentin und Fraktionsvorsitzende
- **Liesa Scholzen**, 2. Vizepräsidentin und Ausschussvorsitzende
- **José Grommes**, 1. Sekretär und Ausschussvorsitzender
- **Robert Nelles**, 2. Sekretär und Ausschussvorsitzender
- **Michael Balter**, 3. Sekretär und Fraktionsvorsitzender
- **Freddy Mockel**, 4. Sekretär und Fraktionsvorsitzender
- **Evelyn Jadin**, 5. Sekretärin und Fraktionsvorsitzende
- **Freddy Cremer**, 6. Sekretär und Fraktionsvorsitzender
- Der Greffier, **Stephan Thomas**, nimmt von Amts wegen an den Sitzungen teil.

Das Präsidium regelt alle administrativen und finanziellen Angelegenheiten des Parlaments, seiner Organe und der Parlamentsverwaltung. Es ernennt das Personal des Parlaments, mit Ausnahme des Greffiers, und legt das Organigramm der Parlamentsverwaltung fest.

² Art. 22 der Geschäftsordnung.

DAS ERWEITERTE PRÄSIDIUM

Das erweiterte Präsidium setzt sich zusammen aus den Präsidiumsmitgliedern sowie den Vorsitzenden der Fraktionen und Ausschüsse, die nicht dem Präsidium angehören.

Das erweiterte Präsidium entscheidet über die Arbeitsplanung des Parlaments. Es legt den Terminkalender der parlamentarischen Arbeiten fest und entscheidet über die Tagesordnungen. Darüber hinaus werden auch Studien- und Informationsreisen im erweiterten Präsidium besprochen und genehmigt.

An den Sitzungen des erweiterten Präsidiums kann auch die Regierung teilnehmen.

Zusammensetzung des erweiterten Präsidiums, Stand 01.06.2024:

- **Charles Servaty**, Parlamentspräsident und Ausschussvorsitzender
 - **Patricia Creutz-Vilvoye**, 1. Vizepräsidentin und Fraktionsvorsitzende
 - **Liesa Scholzen**, 2. Vizepräsidentin und Ausschussvorsitzende
 - **José Grommes**, 1. Sekretär und Ausschussvorsitzender
 - **Robert Nelles**, 2. Sekretär und Ausschussvorsitzender
 - **Michael Balter**, 3. Sekretär und Fraktionsvorsitzender
 - **Freddy Mockel**, 4. Sekretär und Fraktionsvorsitzender
 - **Evelyn Jadin**, 5. Sekretärin und Fraktionsvorsitzende
 - **Freddy Cremer**, 6. Sekretär und Fraktionsvorsitzender
 - **Kirsten Neycken-Bartholemy**, Fraktionsvorsitzende
-
- **Stephan Thomas**, Greffier



Das erweiterte Präsidium. Es fehlt Robert Nelles.

DIE AUSSCHÜSSE

Vier Ausschüsse gestalten auch in der Legislaturperiode 2019-2024 die Arbeit des Parlaments in wöchentlich stattfindenden Sitzungen.

- **Ausschuss I** für allgemeine Politik, lokale Behörden, Raumordnung, Wohnungswesen, Energie, nachhaltige Entwicklung, Finanzen und Zusammenarbeit;
- **Ausschuss II** für Kultur, Beschäftigung, Wirtschaftsförderung und ländliche Entwicklung;
- **Ausschuss III** für Unterricht, Ausbildung, Kinderbetreuung und Erwachsenenbildung;
- **Ausschuss IV** für Gesundheit und Soziales.

Der fünfte Ausschuss „zur Kontrolle der öffentlichen Mitteilungen und der Wahlausgaben sowie betreffend die Erklärungsspflichten in Bezug auf Mandate und Patrimonien“ tagt bei Bedarf.

Die Besetzung der Ausschüsse wurde von der Plenarsitzung am 17. Juni 2019 gemäß dem System der verhältnismäßigen Vertretung festgelegt: ProDG erhält drei Sitze, die CSP zwei Sitze, die SP einen Sitz, VIVANT einen Sitz, ECOLO einen Sitz und die PFF ebenfalls einen Sitz in jedem Ausschuss.

Die Verteilung der Vorsitze zwischen den Fraktionen erfolgt verhältnismäßig und gemäß Artikel 36 §4 der Geschäftsordnung. Das Parlament hat folgende Mandatsverteilung vorgenommen: ProDG zwei Vorsitze, die CSP einen Vorsitz und einen stellvertretenden Vorsitz, die SP einen Vorsitz sowie VIVANT, ECOLO und die PFF je einen stellvertretenden Vorsitz. Der Verteilungsmodus wurde im Rahmen der Anpassung der PDG-Geschäftsordnung am 17. Mai 2021 angepasst. Allerdings tritt diese Anpassung erst nach den nächsten Wahlen zum Parlament im Jahr 2024 in Kraft.

Die derzeitige Mandatsverteilung sieht wie folgt aus:

- Ausschuss I: Vorsitzender: Charles Servaty (SP), stellvertretender Vorsitzender: Robert Nelles (CSP);
- Ausschuss II: Vorsitzender: José Grommes (ProDG), stellvertretender Vorsitzender: Gregor Freches (PFF);
- Ausschuss III: Vorsitzende: Liesa Scholzen (ProDG), stellvertretender Vorsitzender: Andreas Jerusalem (ECOLO);
- Ausschuss IV: Vorsitzende: Robert Nelles (CSP), stellvertretende Vorsitzende: Diana Stiel (VIVANT).

³ VÄ = Vollzeitäquivalente Arbeitskräfte

DIE PARLAMENTSVERWALTUNG

Verwaltungsstruktur

Die Verwaltung ist in fünf Dienste aufgeteilt:

Dienst 1: Ausschüsse

Dienst 2: Expertise und Publikationen

Dienst 3: Finanz- und Personalwesen

Dienst 4: Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation

Dienst 5: Infrastruktur

Die Verwaltung steht unter der Leitung des Greffiers.

Stand 01.07.2024

Mitarbeiter pro Stufe (VÄ ³)	Anzahl
Stufe 1	17,6
Stufe 2+	7,5
Stufe 2	9,5
Stufe 3	5,6
Ohne Stufe	2,3
TOTAL	42,5

Mitarbeiter pro Kategorie	Anzahl
Beamter	38
Vertraglich	10
TOTAL	48

Mitarbeiter pro Geschlecht	Anzahl
Männlich	16
Weiblich	32
TOTAL	48

Der Referent des Parlamentspräsidenten und der Referent des Gemeinschaftssenators, Mitarbeiter in der Stufe I und II+, werden außerhalb des Stellenplans eingestellt und ihr Beschäftigungsverhältnis ist an die Mandatsdauer ihres Dienstherrn gebunden.

Der Haushalt des Parlaments

Das Präsidium des Parlaments verabschiedet jährlich einen Haushaltsplan. Mit den dort eingetragenen Mitteln werden die Ausgaben zur Gewährleistung des Parlamentsbetriebs bestritten. Die Haushaltsausführung und die Rechnungslegung des Parlaments werden vom Rechnungshof geprüft.

A. Einnahmen:

Die Haupteinnahmequelle des Parlaments ist die Dotation der Gemeinschaft, die in eine Kapitaldotations (zur Rückzahlung der Anleihe für den Um- und Ausbau des Parlamentsgebäudes und zur Finanzierung von Investitionen) und in eine Dotation für die laufenden Ausgaben aufgeteilt ist.

Übersicht der Einnahmen in den Jahren 2022-2024

OB	Programm	EWK	Bezeichnung	2022*	2023**	2024***
10	00 Verwaltung allgemein	06.01	Sonstige Einnahmen	21.729	5.546	7.000
		16.11	Verkauf von Gütern und Dienstleistungen	3.095	6.048	3.000
		26.10	Zinserträge	174	12.766	0
		38.30	Erstattungen durch Versicherungen	5.633	685	0
		46.10	Dotation der Gemeinschaft	6.578.000	7.553.000	7.937.000
		66.11	Kapitaldotation der Gemeinschaft	1.227.284	1.227.284	1.228.000
		76.32	Verkauf Immobilien	0	0	0
		96.70	Leasingverträge	0	0	0
TOTAL				7.835.915	8.805.329	9.175.000

* endgültige Abrechnung 2022, ** vorläufige Abrechnung 2023, *** Haushaltsplan 2024

B. Ausgaben:

Die Ausgaben des Parlaments umfassen vor allen Dingen die Gehaltskosten der Mitarbeiter, die Entschädigungen und Pensionsbeiträge der Parlamentarier, Ausgaben technischer Art (Energie- und Unterhaltskosten für die Infrastruktur, Anschaffung von Büro- und IT-Material usw.), Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit und die Veranstaltungen des Parlaments, die Kosten für den Bürgerdialog, für die Funktionszuwendungen an die Fraktionen und den Ombudsdienst der Gemeinschaft sowie für die Tilgung des Darlehens für den Um- und Ausbau des Parlamentsgebäudes.

Übersicht der Ausgaben in den Jahren 2022-2024

OB	Programm	EWK	Bezeichnung	2022*	2023**	2024***
10	00 Verwaltung allgemein	11.11	Gehälter	2.538.458	2.874.614	3.168.000
		11.12	Sonstige Gehaltskosten	9.414	11.656	12.000
		11.20	Soziallasten	310.265	372.217	431.000
		11.31	Sozialfonds	29.738	33.000	33.000
		11.40	Geldwerte Vorteile	38.695	44.837	52.000
		12.11	Allgemeine laufende Ausgaben	1.849.210	2.107.570	2.233.000
		12.21	Unkosten zugunsten anderer Verwaltungen	22.686	0	0
		21.60	Zinsen	329.986	299.308	268.000
		33.00	Zuwendungen Fraktionen + Ombudsdienst	1.509.714	1.617.570	1.672.000
		33.01	Ombudsdienst	117.789	121.044	126.000
		71.32	Investition Gebäude und Gelände	0	3.582	197.000
		74.22	Vermögensankauf	152.966	130.477	153.000
		91.10	Kapitalrückzahlungen von Anleihen	847.302	877.976	910.000
		91.70	Tilgung Leasing	0	0	0
20	Bürgerdialog	12.11	Allgemeine laufende Ausgaben	80.152	73.369	101.000
TOTAL				7.836.375	8.567.220	9.356.000

* endgültige Abrechnung 2022, ** vorläufige Abrechnung 2023, *** Haushaltsplan 2024



C. Haushaltsergebnis:

Das Haushaltsergebnis für das Jahr 2022 ist ausgeglichen: Den Einnahmen in Höhe von rund 7,83 Millionen Euro stehen Ausgaben in Höhe von 7,83 Millionen Euro gegenüber.

Im Jahr 2023 lagen die Einnahmen bei 8,8 Millionen Euro, wohingegen die Ausgaben sich auf 8,56 Millionen Euro beliefen. Somit verzeichnet das Jahr 2023 ein positives Haushaltsergebnis.

Für das Jahr 2024 belaufen sich die geschätzten Einnahmen auf 9,17 Millionen Euro und die Ausgaben auf 9,35 Millionen Euro.

BIBLIOTHEK UND ARCHIV

Die **Parlamentsbibliothek** ist eine Dokumentationsstelle für Literatur zu den Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft, zu Fragen der Autonomie und des Föderalismus und zu den Themenschwerpunkten des Parlaments.

Sie dient vorrangig der Informations- und Literaturversorgung der Parlamentarier sowie der Mitarbeiter der Parlamentsverwaltung und der Fraktionen. Darüber hinaus steht sie auch allen interessierten Bürgern als Präsenzbibliothek offen.

Den Zugang zum Online-Katalog der Bibliothek bietet die Webseite <http://bibliothek.pdg.be>.

Der **Archivdienst** des Parlaments erledigt neben einer fachgerechten Behandlung des Archivguts auch informationsbereitstellende Tätigkeiten. Diese Dienstleistung umfasste in der Sitzungsperiode 2023-2024 u. a.:

- die Rekonstruktion des Ausführlichen Berichts der konstituierenden Sitzung des Rates der deutschen Kulturgemeinschaft vom 23. Oktober 1973 auf der Grundlage des Protokolls dieser Plenarsitzung und der Tonaufnahme einer Direktübertragung des Belgischen Hör- und Fernsehfunks von der Einsetzungszeremonie und dem anschließenden Festakt;
- die Erstellung eines grundlegend überarbeiteten Sachregisters zur Geschäftsordnung des Parlaments vom 30. Mai 2016 in der zuletzt geänderten Fassung vom 6. Mai 2024;
- die Erstellung der „Parlamentsdokumentation für die Legislaturperiode 2019-2024“, die einen Überblick gibt über die Zusammensetzung des Parlaments aufgrund der Wahlergebnisse vom 26. Mai 2019, über die Arbeitsweise sowie über die Arbeitsergebnisse des Parlaments in der auslaufenden Legislaturperiode: vgl. **Parlamentsdokument 381 (2023-2024) Nr. 1**.

STUDIENDIENST

Als neu eingerichteter Dienst in der Parlamentsverwaltung wurde zu Beginn der Sitzungsperiode 2023-2024 der Tätigkeitsrahmen des Studiendienstes festgelegt. Dabei wurde ein Konzept zur Arbeits- und Funktionsweise des Studiendienstes definiert. Dieses Konzept legt die Zielsetzung, die Aufgabenfelder und die allgemeine Arbeitsweise des Studiendienstes fest.

Die allgemeine Zielsetzung des Studiendienstes des Parlaments ist die Suche, Bereitstellung und Aufbereitung von Informationen, Analysen und Studien, die für die parlamentarische Arbeit von Interesse sind. In diesem Sinne kann der Studiendienst beauftragt werden, Recherchearbeiten durchzuführen, Informationen bereitzustellen und gegebenenfalls aufzuarbeiten sowie Analysen und Studien zu erstellen. Er unterstützt somit die Parlamentsgremien, die Abgeordneten, die Fraktionen und Fraktionsmitarbeiter, die Parlamentsverwaltung und das Ministerium bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

Die Aufgabenfelder des Studiendienstes richten sich nach den Tätigkeitsfeldern des Parlaments. Die Anfragen an den Studiendienst müssen zudem in Zusammenhang mit den Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft und deren Autonomieentwicklung stehen und parlamentarische Relevanz aufweisen.

Der Studiendienst führt Aufträge weisungsfrei aus und ist in seiner Arbeitsweise politisch neutral. So dürfen die Ergebnisse der Arbeit keinen bestimmten parteipolitischen Standpunkt bekräftigen, sondern müssen sachlich und fachkundig sein. Der Studiendienst führt Aufträge nach den Grundsätzen des wissenschaftlichen Arbeitens aus, wonach die Ergebnisse der Arbeit objektiv nachvollziehbar sein müssen.

Die Arbeiten des Studiendienstes haben sich in der Sitzungsperiode 2023-2024 vor allem auf die Bereitstellung von Informationen und die Beantwortung von Informationsanfragen, die themenspezifische Recherche und die Erstellung von Hintergrunddokumenten sowie die Betreuung von parlamentsspezifischen Projekten und die Netzwerkarbeit konzentriert.

Der Studiendienst hat sich u. a. mit folgenden Themen beschäftigt:

- Recherche zum „Mechanismus zur Überwindung rechtlicher und administrativer Hindernisse in einem grenzübergreifenden Kontext – ECBM oder European Cross Border Mechanism“ der Europäischen Kommission,
- Recherche zur Umsetzung der Strategie „Territoires Zéro Chômeur de Longue Durée“ in der Wallonischen Region und der Region Brüssel-Hauptstadt,
- Erstellung einer Hintergrundnote zum Personenstandsrecht von Sternenkindern,

- Erstellung einer Hintergrundnote zur Bewahrung der individuellen sozialen Rechte von zusammenlebenden Personen,
- Recherche zu Digitalisierungsstrategie des Föderalstaates in Bezug auf den Zugang zu Authentifizierungsplattformen durch Ausländer.

Die Sitzungsperiode 2023-2024 war darüber hinaus geprägt von den Überlegungen zur Entwicklung der institutionellen Struktur des belgischen Föderalstaates und der damit zusammenhängenden Gestaltung der Autonomie der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Um die Abgeordneten des Ausschusses I in ihren Überlegungen in Bezug auf die Positionierung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu unterstützen, hat der Studiendienst ein umfassendes Hintergrunddokument erstellt, das die theoretischen Möglichkeiten der weiteren Entwicklung der institutionellen Struktur des belgischen Föderalstaates darstellt und ihre Auswirkungen auf die Deutschsprachige Gemeinschaft erörtert.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit des Studiendienstes in der Sitzungsperiode 2023-2024 war die Unterstützung des Ständigen Sekretariats des permanenten Bürgerdialogs.

Die Bürger des fünften Bürgerrats haben sich intensiv mit dem Thema „Integration von Zuwanderern“ beschäftigt. Der Studiendienst hat sich ebenfalls an der Ausarbeitung des Informationsdokuments beteiligt, das den Teilnehmenden des Bürgerrats als Vorbereitung auf die Ausarbeitung von Empfehlungen zur Verfügung gestellt wurde.

Das Parlament empfängt im Rahmen seiner Möglichkeiten Praktikanten, die im Laufe ihres schulischen Lehrplans ein Praktikum absolvieren müssen. Um ihnen einen Einblick in die Vielfältigkeit der Aufgaben des Parlaments zu ermöglichen, wurden seit 2024 durch die verschiedenen Dienste des Parlaments dienstbezogene Praktikumsmodule erstellt. Der Studiendienst hat vor diesem Hintergrund ein Praktikumsmodul ausgearbeitet, das die Arbeit des Dienstes vorstellt. Zudem beinhaltet das Modul einen Einblick in das Thema „wissenschaftliches Arbeiten“, das an die jeweiligen Anforderungen des Praktikums angepasst ist.

DER OMBUDSDIENST

Der Ombudsdienst der Deutschsprachigen Gemeinschaft vermittelt kostenlos zwischen Bürgern oder Unternehmen einerseits und Verwaltungen und Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft andererseits. Der Ombudsdienst unterstützt zudem Personen bei ihren Bemühungen, ihre Rechte in puncto Sprachengesetzgebung einzufordern, z. B. indem er in ihren Namen Behörden anschreibt bzw. Gutachten beantragt. Des Weiteren informiert der Ombudsdienst über andere Anlaufstellen und leitet gegebenenfalls Beschwerden weiter, falls er nicht zuständig ist.

Im Rahmen ihrer Zuständigkeit kann die Ombudsperson bei allen Dienststellen schriftliche oder mündliche Auskünfte einholen, Besichtigungen vornehmen und die Herausgabe aller erforderlichen Akten verlangen, sofern diese nicht der ärztlichen Schweigepflicht unterliegen. Sie kann Empfehlungen aussprechen. Die Ombudsperson ist lediglich gegenüber dem Parlament verantwortlich, dem sie jährlich in Form eines Jahresberichts Rechenschaft ablegt.

Das Amt der Ombudsperson der Deutschsprachigen Gemeinschaft wurde per Dekret vom 26. Mai 2009 geschaffen. Seit 2017 übt Frau Marlene Hardt dieses Amt aus. Ihr Mandat wurde im Januar 2023 um weitere sechs Jahre verlängert.

Im Jahr 2023 erreichten den Ombudsdienst 434 Anfragen, sei es persönlich, per Brief, per E-Mail, per Webformular oder per Telefon. 38 % der Anfragen betrafen Verwaltungen und Dienste der Deutschsprachigen Gemeinschaft. 12 % bezogen sich auf die Sprachengesetzgebung. Vertrauliche Hinweise stellten 1 % der Anfragen dar. Für knapp die Hälfte der Anfragen war der Ombudsdienst nicht zuständig. Insgesamt wurden 131 Anfragen als Beschwerden mit Bezug auf Behörden und Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingestuft. Zur Prüfung angenommen wurden davon 46. Weitere Informationen sind im Jahresbericht des Ombudsdienstes nachzulesen. Dieser ist auf der Webseite des Ombudsdienstes veröffentlicht (www.dg-ombudsdienst.be).

Im ersten Halbjahr 2024 liegt die Anzahl Anfragen bei 187.

Die Ombudsperson, die zu 0,9 VZÄ arbeitet, wird von einer Referentin (0,5 VZÄ) und seit November von einer Sekretärin des Parlaments (0,13 VZÄ) unterstützt. Das Parlament gestattet dem Ombudsdienst, kostenlos auf alle seine Dienste zurückzugreifen. Zudem stellt das Parlament dem Ombudsdienst zwei Büros zur Verfügung.

Die Ausgaben des Ombudsdienstes beliefen sich für das Jahr 2023 auf knapp 121.500 Euro. Für 2024 ist ein Budget von circa 126.000 Euro vorgesehen. Letzteres berücksichtigt Mehrausgaben für eine Weiterbildung in Verwaltungsrecht und Datenschutz.



**Ombudsperson
der Deutschsprachigen
Gemeinschaft Belgiens**

AUFGABEN DES PARLAMENTS

ZUSTÄNDIGKEITSBEREICHE DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

Im Zuge der Staatsreformen sind die Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft weiter ausgedehnt worden. Dabei wurden vor allem Befugnisse in Sachen Gesundheits- und Sozialpolitik vom Föderalstaat an die Deutschsprachige Gemeinschaft übertragen. Außerdem übertrug die Wallonische Region der Deutschsprachigen Gemeinschaft Befugnisse in Sachen Gemeinden, Beschäftigung, Tourismus, Wohnungswesen, Raumordnung und Energie.

Auszug aus der Belgischen Verfassung:

Art. 130 – §1 – Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft regelt durch Dekret:

1. die kulturellen Angelegenheiten;
2. die personenbezogenen Angelegenheiten;
3. das Unterrichtswesen in den in Artikel 127 §1 Absatz 1 Nummer 2 bestimmten Grenzen;
4. die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinschaften sowie die internationale Zusammenarbeit, einschließlich des Abschlusses von Verträgen, in den unter den Nummern 1, 2 und 3 erwähnten Angelegenheiten;
5. den Gebrauch der Sprachen für den Unterricht in den von den öffentlichen Behörden geschaffenen, bezuschussten oder anerkannten Einrichtungen.

Das Gesetz legt die unter den Nummern 1 und 2 erwähnten kulturellen und personenbezogenen Angelegenheiten fest sowie die unter Nummer 4 erwähnten Formen der Zusammenarbeit und die Art und Weise, wie die Verträge abgeschlossen werden.

§2 – Diese Dekrete haben Gesetzeskraft im deutschen Sprachgebiet.

Als kulturelle Angelegenheiten zählen:

- der Schutz und die Veranschaulichung der Sprache,
- die Förderung der Ausbildung von Forschern,
- die schönen Künste,
- das Kulturerbe, Museen und sonstige wissenschaftlich-kulturelle Einrichtungen,
- Bibliotheken, Diskotheken und ähnliche Dienste,
- Rundfunk und Fernsehen sowie die Unterstützung der Schriftpresse,

- die inhaltlichen und technischen Aspekte der audiovisuellen und auditiven Mediendienste,
- die Jugendpolitik,
- die ständige Weiterbildung und die kulturelle Animation,
- die Leibeserziehung, der Sport und das Leben im Freien,
- die Freizeitgestaltung,
- die vorschulische Ausbildung in den Verwahrschulen,
- die nachschulische und nebenschulische Ausbildung,
- die Kunstausbildung,
- die intellektuelle, moralische und soziale Ausbildung,
- die Förderung des sozialen Aufstiegs,
- die berufliche Umschulung und Fortbildung,
- Systeme dualer Ausbildung, in denen eine praktische Ausbildung am Arbeitsplatz im Wechsel durch eine Ausbildung in einer Bildungs- oder Ausbildungseinrichtung ergänzt wird.

Das Unterrichtswesen umfasst insbesondere:

- die Organisation des Unterrichts (alle Stufen und Netze),
- die Festlegung der Unterrichtsinhalte und die Ausgabe von Diplomen,
- die Pädagogik,
- das Dienstrecht des Personals,
- die Finanzierung des Unterrichtswesens,
- die Schulinfrastruktur und den Schülertransport,
- den Sprachengebrauch im Unterricht,
- die wissenschaftliche Forschung.

Personenbezogene Angelegenheiten sind:

die Gesundheitspolitik, nämlich

- die Pflegeleistung innerhalb und außerhalb von Pflegeanstalten, einschließlich der Finanzierung von Bau-, Renovierungs- und Unterhaltsarbeiten der Krankenhäuser sowie der Finanzierung des schweren medizinischen Geräts,
- die geistige Gesundheitspflege in anderen Pflegeanstalten als Krankenhäusern,
- die Pflegeleistung in Altenheimen, einschließlich einzelner Geriatriedienste,
- die Pflegeleistung in vereinzelt spezialisierten Rehabilitations- und Behandlungsdiensten,
- die Langzeitrehabilitation (*long term care*),
- die Organisation der primären Gesundheitspflege und die Unterstützung der Berufe im Bereich der primären Gesundheitspflege,
- die Zulassung und das Kontingent der Gesundheitspflegeberufe,
- die Gesundheitserziehung und die Tätigkeiten und Dienstleistungen im Bereich der Präventivmedizin,



der Personenbestand, darunter

- die Familienpolitik, einschließlich aller Formen von Hilfe und Unterstützung für Familien und Kinder,
- die Auszahlung von Familienleistungen (Kindergeld, Geburtsprämien und Adoptionsprämien),
- die Sozialhilfepolitik, einschließlich der grundlegenden Rechtsvorschriften über die öffentlichen Sozialhilfeszentren,
- die Aufnahme- und Integrationspolitik gegenüber Einwanderern,
- die Behindertenpolitik, einschließlich der beruflichen Ausbildung, Umschulung und Fortbildung der Behinderten und die Mobilitätshilfsmittel,
- die Seniorenpolitik,
- der Jugendschutz, einschließlich des sozialen Schutzes und des gerichtlichen Schutzes und der Maßnahmen für straffällige Jugendliche,
- die Sozialhilfe für Gefangene im Hinblick auf ihre soziale Wiedereingliederung, der erste juristische Beistand,
- die Organisation, die Arbeitsweise und die Aufgaben der Justizhäuser und des Dienstes, der für die Durchführung und die Weiterverfolgung der elektronischen Überwachung zuständig ist, und
- die Filmkontrolle im Hinblick auf den Zutritt Minderjähriger zu Kinosälen.

Als auswärtige Beziehungen gelten:

- die Aushandlung, der Abschluss und die Billigung von innerbelgischen und internationalen Kooperationsabkommen und Verträgen in den Zuständigkeitsbereichen der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
- die Umsetzung von EU- und Völkerrecht.

Durch die sechste Staatsreform erhielt die Deutschsprachige Gemeinschaft auch die konstitutive Autonomie, dank derer die Deutschsprachige Gemeinschaft selbst über bestimmte Aspekte der Organisation und Funktionsweise von Parlament und Regierung (z. B. die Anzahl Minister und Parlamentarier) sowie über gewisse Punkte der Gemeinschaftswahlen (z. B. die Wahlkreise und die Regelung der Übertragung der Listenstimmen bei der Sitzverteilung) entscheiden kann.

Regionale Zuständigkeiten

Auszug aus der Belgischen Verfassung:

Art. 139 – *Auf Vorschlag ihrer jeweiligen Regierung können das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft und das Parlament der Wallonischen Re-*

gion in gegenseitigem Einvernehmen und jedes durch Dekret beschließen, dass das Parlament und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft im deutschen Sprachgebiet Befugnisse der Wallonischen Region ganz oder teilweise ausüben.

Diese Befugnisse werden je nach Fall im Wege von Dekreten, Erlassen oder Verordnungen ausgeübt.

Die Übertragung der Ausübung von regionalen Zuständigkeiten, so wie sie in Artikel 139 der Verfassung vorgesehen ist, wird per Dekret vollzogen. Das Parlament übt deshalb auch gesetzgeberische Zuständigkeiten in folgenden Bereichen aus:

- Denkmal- und Landschaftsschutz (Dekret vom 17. Januar 1994 und Dekret vom 15. Dezember 2015) sowie Ausgrabungen (Dekret vom 10. Mai 1999)
- Beschäftigungspolitik (Dekret vom 10. Mai 1999 und Dekret vom 15. Dezember 2015)
- Regelung, Organisation und Finanzierung der kommunalen und intrakommunalen Einrichtungen des deutschen Sprachgebiets sowie der Kirchenfabriken und Einrichtungen zur Verwaltung der weltlichen Güter der anerkannten Kulte, der Bestattungen und Grabstätten (Dekret vom 1. Juni 2004, 2009 und 2014)
- Tourismus (Dekret vom 31. März 2014)
- Raumordnung (Dekret vom 29. April 2019)
- Wohnungswesen (Dekret vom 29. April 2019)
- Teile der Energiepolitik (Dekret vom 29. April 2019)

Verwaltungsbeschlüsse und Formulierung politischer Meinungen

Neben der rein legislativen Arbeit verabschiedet das Parlament auch andere Beschlüsse, die im Wesentlichen auf dieselbe Art und Weise wie Dekrete vorbereitet, besprochen und verabschiedet werden. Dabei handelt es sich zum einen um interne Beschlüsse zur Organisation der parlamentarischen Arbeit und zur Regelung des Statuts der Abgeordneten und der Verwaltungsmitarbeiter. Zum anderen verabschiedet das Parlament Resolutionen und Stellungnahmen, die politische Aussagen, Aufforderungen, Empfehlungen, Absichten oder Ähnliches enthalten und nicht rechtsverbindlich sind.

Schließlich gibt das Parlament Gutachten zu föderalen Gesetzesinitiativen ab, die sich auf das Autonomiestatut der Deutschsprachigen Gemeinschaft und auf die auf das deutsche Sprachgebiet anwendbare Sprachengesetzgebung beziehen.

ARBEIT IN DEN AUSSCHÜSSEN

Dekrete, Resolutionen, Gutachten – die im Plenum beschlossen werden – werden in den Ausschüssen vorbereitet. Erläuterungen von Regierung und Verwaltung, Anhörungen von Sachverständigen und Betroffenen sowie die Stellungnahmen der Fraktionen bilden die Grundlagen für die Debatten im Ausschuss. Die Ausschlussdiskussionen werden in einem Bericht zusammengefasst und veröffentlicht.

Mit der im Januar 2015 in Kraft getretenen Parlamentsreform sind die Ausschüsse auch ein zentraler Ort der Regierungskontrolle: Mündliche Fragen, Interpellationen und Themendebatten werden hier einmal monatlich in öffentlicher Sitzung behandelt.

Über ihre Gesetzgebungs- und Kontrollaufgaben hinaus nehmen die Ausschüsse im Rahmen ihres jeweiligen Fachgebiets gesellschaftspolitische Themen in den Blick, die die zukünftige Gestaltung wichtiger Bereiche der Deutschsprachigen Gemeinschaft betreffen. Dabei arbeiten sie nicht nur mit Institutionen und zivilgesellschaftlichen Kräften zusammen, sondern öffnen sich auch verstärkt dem Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern, der seit 2019 institutionalisiert wurde.

AUSSCHUSS I

Ausschuss für allgemeine Politik, lokale Behörden, Raumordnung, Wohnungswesen, Energie, nachhaltige Entwicklung, Finanzen und Zusammenarbeit

Mitglieder

Vorsitzender: Charles SERVATY (SP)		
Vizevorsitzender: Robert NELLES (CSP)		
Effektive Mitglieder	Ersatzmitglieder	Beratende Mandatare
Für ProDG: Freddy CREMER Raymond HEINERS Liesa SCHOLZEN	Für ProDG: Kathy ELSEN Lisa GÖBBELS José GROMMES	
Für die CSP: Patricia CREUTZ-VILVOYE Robert NELLES	Für die CSP: Stephanie PAUELS Colin KRAFT	Für die CSP: Pascal ARIMONT
Für die SP: Charles SERVATY	Für die SP: Lothar FAYMONVILLE	Für die SP: Alfred OSSEMANN
Für VIVANT: Michael BALTER	Für VIVANT: Alain MERTES	
Für ECOLO: Freddy MOCKEL	Für ECOLO: Inga VOSS-WERDING	Für ECOLO: Anne KELLETER
Für die PFF: Evelyn JADIN	Für die PFF: Shayne PIRONT	Für die PFF: Christine MAUEL

Rückblick

HAUSHALT

Zu den wesentlichen Bestandteilen der Arbeit in Ausschuss I zählten auch in dieser Sitzungsperiode die Beratungen zum Haushalt, sei es im Herbst 2023 die Festlegung des Ursprungshaushalts 2024, die zweite und dritte Haushaltsanpassung 2023 und die endgültige Abrechnung für das Haushaltsjahr 2022, oder die zweite Haushaltsanpassung für das Haushaltsjahr 2024 im darauffolgenden Frühjahr. Wie üblich übernahm Ausschuss I die Federführung bei der Beratung dieser Haushaltsdekrete sowie bei den gemeinsamen Sitzungen mit dem Rechnungshof. Zudem stellte die Regierung auf der gemeinsamen Sitzung aller Ausschüsse mit dem Rechnungshof vom 27. November 2023 ihren Finanzsimulator vor.

LOKALE BEHÖRDEN

Im Herbst beugte sich der Ausschuss über den Dekretentwurf zur Abänderung des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung und des Gemeindedekrets, der u. a. die Rahmenbedingungen für die Provinzial- und Gemeinderatswahlen im Herbst 2024 präzisiert.

VERWALTUNGSREFORMEN

Beraten wurde in Ausschuss I auch die Umwandlung des Arbeitsamts der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Dienststelle für selbstbestimmtes Leben in Dienste mit getrennter Geschäftsführung – bei beiden handelte es sich bis dahin um Einrichtungen öffentlichen Interesses.

WOHNUNGSWESEN

Sehr intensiv beschäftigte sich der Ausschuss I in dieser Sitzungsperiode mit dem Wohnungswesen: Zu Beginn der Legislaturperiode formulierte er seine Schlussfolgerungen zur Umsetzung der Empfehlungen der dritten Bürgerversammlung „Wohnraum für alle“, die in der öffentlichen gemeinsamen Sitzung vom 9. Oktober 2023 den Vertretern des Bürgerrats und der Bürgerversammlung vorgestellt und mit ihnen diskutiert wurden. Außerdem hinterlegte die Regierung einen umfassenden Dekretentwurf zur Abänderung des Gesetzbuches über nachhaltiges Wohnen. An den Beratungen nahmen auch Vertreterinnen des Bürgerrats teil. Vertreter des ÖWOB, der Gemeinden, der ÖSHZ, der sozialen

Immobilienagenturen sowie der sozialen Immobilienagentur Inclusio wurden zu einer Anhörung eingeladen. Bereits im Vorfeld der Beratungen war dem Ausschuss eine von der RWTH Aachen durchgeführte Bedarfsanalyse zum Wohnungswesen vorgestellt worden.



Einblick in die gemeinsame Sitzung vom 9. Oktober mit Vertretern des Bürgerrats

VERANTWORTUNG DER POLITIK IM NETZ

Zum Ende der Legislaturperiode konnte die Arbeit an dem Themenkomplex „Verantwortung der Politik im Netz“, mit dem sich der Ausschuss bereits seit 2021 beschäftigte, abgeschlossen werden: Verabschiedet wurden nicht nur ein Deontologiekodex für Parlamentsmitglieder, sondern auch verschiedene im Ausschuss erarbeitete Dekretinitiativen und Beschlussvorlagen, die die Vorgehensweise zur Abberufung von Mandataren, die vom Parlament oder der Regierung in verschiedene Gremien entsandt werden, präzisieren.

AUTONOMIEENTWICKLUNG UND STAATSREFORM

In der letzten Sitzungsperiode der Legislaturperiode beschäftigte sich der Ausschuss intensiv mit den Themen Autonomieentwicklung und Staatsreform. Zum einen beriet der Ausschuss über eine Liste eventueller Zuständigkeiten, die die Deutschsprachige Gemeinschaft in naher Zukunft von der Wallonischen Region unter Anwendung von Artikel 139 der Verfassung übernehmen könnte. Der Ausschuss verzichtete allerdings darauf, eine entsprechende Auswahl in Form einer Resolution zu verabschieden. Zum anderen setzten sich die Ausschussmitglieder mit den Perspektiven einer möglichen siebten Staatsreform auseinander. Diese Beratungen mündeten in einer Resolution in Bezug auf

die Erklärung zur Revision der Verfassung. Ein Resolutionsvorschlag zu einer generellen Abschaffung der Provinzen wurde in diesem Rahmen vom Ausschuss abgelehnt.

WEITERE THEMEN

Ausschuss I befasste sich darüber hinaus u. a. mit verschiedenen Resolutionsvorschlägen sowie mit Dekretvorschlägen bezüglich der Raumordnung und der Einführung einer Förderung von kommunalen Bürgerbeteiligungshaushalten. Ebenso wurde der Entwurf eines Geschäftsführungsvertrag für das Institut für Demokratiepädagogik vom Ausschuss begutachtet. Die Federführung übernahm Ausschuss I wie in den vergangenen Jahren bei der gemeinsamen Sitzung aller Ausschüsse zur Vorstellung des Jahresberichts der Ombudsfrau.

Tätigkeiten von Ausschuss I für allgemeine Politik, lokale Behörden, Raumordnung, Wohnungswesen, Energie, nachhaltige Entwicklung, Finanzen und Zusammenarbeit in der Sitzungsperiode 2023-2024

HAUSHALTSDEKRETE UND FINANZEN

Dekretentwurf zur dritten Anpassung des Dekrets vom 15. Dezember 2022 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2022 – Dokument 5-3-HH2022 (2023-2024)

Dekretentwurf zur endgültigen Abrechnung des Rechnungsjahres der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2022 – Dokument 6-HH2022 (2023-2024)

Dekretentwurf zur zweiten Anpassung des Dekrets vom 15. Dezember 2022 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2023 – Dokument 5-2-HH2023 (2023-2024)

Dekretentwurf zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das

Haushaltsjahr 2024 – Dokument 4-HH2024 (2023-2024)

Dekretentwurf zur ersten Anpassung des Dekrets vom 14. Dezember 2023 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2024 – Dokument 5-1-HH2024 (2023-2024)

Infrastrukturplan und Registrierungskatalog der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Dokument 7 (2023-2024)

Finanzsimulation der Deutschsprachigen Gemeinschaft und Sensitivitätsanalyse – Dokument 7 (2023-2024)

Entwicklung „Norm Hoher Finanzrat“ – Dokument 7 (2023-2024)

WEITERE DEKRETINITIATIVEN

Dekretentwurf zur Abänderung des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung und des Gemeindedekrets vom 23. April 2018 – Dokument 286 (2022-2023)

Dekretentwurf zur Einrichtung eines Dienstes mit getrennter Geschäftsführung „Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft“ und zur Auflösung der entsprechenden Einrichtung öffentlichen Interesses – Dokument 291 (2023-2024)

Dekretentwurf über Maßnahmen im Bereich der Beschäftigungsförderung und der Arbeitsvermittlung – Dokument 292 (2023-2024)

Dekretentwurf über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung – Dokument 293 (2023-2024)

Dekretentwurf zur Einrichtung eines Dienstes mit getrennter Geschäftsführung „Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben“ und zur Auflösung der entsprechenden Einrichtung öffentlichen Interesses – Dokument 295 (2023-2024)

Dekretvorschlag zur Abänderung des Dekrets der Walлонischen Region vom 15. März 2018 über den Wohnmietvertrag – Dokument 298 (2023-2024)

Programmdekretvorschlag 2023 – Dokument 299 (2023-2024)



Dekretentwurf zur Zustimmung zu dem Übereinkommen des Europarats über die Manipulation von Sportwettbewerben, geschehen zu Magglingen am 18. September 2014 – Dokument 308 (2023-2024)

Dekretentwurf zur Abänderung des Dekrets vom 1. Juni 2004 über die Ausübung gewisser Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich der untergeordneten Behörden durch die Deutschsprachige Gemeinschaft – Dokument 309 (2023-2024)

Dekretvorschlag zur Abberufung von öffentlichen Mandatarien – Dokument 318 (2023-2024)

Sonderdekret zur Abberufung von öffentlichen Mandatarien und zur Abänderung des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft – Dokument 319 (2023-2024)

Dekretentwurf zur Zustimmung zu folgenden internationalen Abkommen: 1. Übergangsabkommen für ein Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Vertragspartei Zentralafrika andererseits, geschehen zu Yaoundé und Brüssel am 22. Januar 2009; 2. Vorläufiges Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der Elfenbeinküste einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits, geschehen zu Abidjan am 26. November 2008 und zu Brüssel am 22. Januar 2009 – Dokument 324 (2023-2024)

Dekretentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 9. November 2023 zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Durchführung der Lokalwahlen vom 13. Oktober 2024 auf dem deutschen Sprachgebiet – Dokument 330 (2023-2024)

Dekretentwurf zur Abänderung des Gesetzbuches über nachhaltiges Wohnen und des Dekrets vom 18. März 2002 zur Infrastruktur – Dokument 331 (2023-2024)

Dekretvorschlag zur Abänderung des dekretalen Teils des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung – Dokument 343 (2023-2024)

Dekretvorschlag zur Einführung einer Förderung von kommunalen Bürgerbeteiligungshaushalten – Dokument 359 (2023-2024)

Dekretentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 28. März 2024 zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Wallonischen Region über die elektronische Verwaltung – Dokument 362 (2023-2024)

Dekretentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 4. April 2024 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Flämischen Region, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission, der Französischen Gemeinschaftskommission, der Wallonischen Region, der Region Brüssel-Hauptstadt und dem Föderalstaat über die regierungsübergreifende Ausführung der Verordnung (EU) 2018/1724 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Oktober 2018 über die Einrichtung eines einheitlichen digitalen Zugangstors zu Informationen, Verfahren, Hilfs- und Problemlösungsdiensten und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012 – Dokument 369 (2023-2024)

GESCHÄFTSFÜHRUNGSVERTRAG

Beschluss zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Institut für Demokratiepädagogik VoG (2024-2025) – Dokument 320 (2023-2024)

RESOLUTIONEN

Resolutionsvorschlag an die föderalen Kammern, die Föderalregierung, die Regierung der Wallonischen Region, das Parlament der Wallonischen Region, die Regierung der Flämischen Region, das Parlament der Flämischen Region sowie die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Abschaffung der zehn belgischen Provinzen und zur Aufteilung ihrer Zuständigkeiten – Dokument 179 (2021-2022)

Resolution an die Föderalregierung, die Regierung der Wallonischen Region und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zum Ausbau des Eupener Bahnhofs und zur Verlängerung der Verbindung Ostende – Eupen sowie der Verbindung Kortrijk – Welkenraedt – Dokument 249 (2022-2023)

Resolutionsvorschlag an die föderale Abgeordnetenkammer, den Senat und die föderale Regierung in Bezug auf die Erklärung zur Revision der Verfassung – Dokument 353 (2023-2024)

Resolution an die Föderalregierung und an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Protokolle zur Ahndung von Straßenverkehrsdelikten auf dem deutschen Sprachgebiet – Dokument 360 (2023-2024)

WEITERE BESCHLUSSVORLAGEN

Beschluss zur Abänderung der Geschäftsordnung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Dokument 317 (2023-2024)

Beschlussvorschlag zur Einführung eines Deontologiekodex der Mitglieder des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Dokument 373 (2023-2024)

BÜRGERDIALOG OSTBELGIEN

Empfehlungen der Bürgerversammlung vom 19. Februar 2022 zum Thema „Wohnraum für alle!“ – Dokument 186 (2021-2022)

Empfehlungen der Bürgerversammlung vom 3. Juni 2023 zum Thema „Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in Ostbelgien“ – Dokument 277 (2023-2024)

BERICHTE

Bericht der Regierung an das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Umsetzung der Aufforderungen und Empfehlungen des Parlamentes an die Regierung durch begründete Anträge, durch Resolutionen sowie durch bestehende dekretale Bericht-erstattungsaufträge – November 2023 – Dokument 36 (2023-2024)

Bericht über die Anwendung des Dekretes vom 3. Mai 2004 über die ausgewogene Vertretung von Männern und Frauen in beratenden Gremien der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Dokument 40 (2023-2024)

Jahresbericht 2023 der Ombudsfrau der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Dokument 79 (2023-2024)

Ausübung der gewöhnlichen Verwaltungsaufsicht über die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets – Jahresbericht 2023 – Dokument 94 (2023-2024)

Tätigkeitsbericht zum Zusammenarbeitsabkommen zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Französischen Gemeinschaft für die Jahre 2021 und 2022 – Dokument 136 (2023-2024)

Vierter Bericht über die Auswirkungen der Umsetzung der Richtlinie 2006/123/EG über Dienstleistungen im Binnenmarkt und die Vorschläge der Europäischen Kommission zur Anpassung dieser Richtlinie gemäß Artikel 52 des Dienstleistungsdekrets vom 15. März 2010 – Dokument 344 (2023-2024)

ANHÖRUNGEN UND SONSTIGE THEMEN

Evaluierung der Umsetzung der Empfehlungen des Sonderausschusses zur Aufarbeitung der COVID-19-Pandemie und der Folgen der diesbezüglich getroffenen Maßnahmen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Dokument 90 (2023-2024) Nr. 6

Vorstellung des Finanzsimulators – Dokument 314 (2023-2024)

Vorstellung des Erlasses zum Energieprämiensystem

Anhörung des Instituts für Demokratiepädagogik (IDP) zu SpeakUp!

Vorstellung des Gewerbeflächenplans

Vorstellung der Studie zum Nachhaltigkeitsfonds

AUSSCHUSS II

Ausschuss für Kultur, Beschäftigung, Wirtschaftsförderung und ländliche Entwicklung

Mitglieder

Vorsitzende: José GROMMES (ProDG)		
Vizevorsitzender: Gregor FRECHES (PFF)		
Effektive Mitglieder	Ersatzmitglieder	Beratende Mandatare
Für ProDG: Freddy CREMER Lisa GÖBBELS José GROMMES	Für ProDG: Kathy ELSEN Raymond HEINERS Liesa SCHOLZEN	
Für die CSP: Colin KRAFT Stephanie PAUELS	Für die CSP: Patricia CREUTZ-VILVOYE Sandra HOUBEN-MEESSEN	
Für die SP: Patrick SPIES	Für die SP: Lothar FAYMONVILLE	
Für VIVANT: Diana STIEL	Für VIVANT: Michael BALTER	
Für ECOLO: Freddy MOCKEL	Für ECOLO: Andreas JERUSALEM	Für ECOLO: Odette THREINEN
Für die PFF: Gregor FRECHES	Für die PFF: Evelyn JADIN	Für die PFF: Daniel MÜLLER

Rückblick

HAUSHALT UND DEKRETE

Zu Beginn der Sitzungsperiode hat sich der Ausschuss wie üblich mit den Dekreten zur zweiten Haushaltsanpassung des laufenden Haushalts und zur Festlegung des neuen Haushalts befasst. In diesem Rahmen hörte er das Arbeitsamt, den BRF und das Medienzentrum an. Parallel dazu beschäftigte er sich mit dem Programmdekretvorschlag 2023, der eine Reihe an Neuerungen in den unterschiedlichsten Bereichen einführt, insbesondere im Sport- und Medienbereich, aber auch in den Ressorts Kultur, Jugend, Beschäftigung, Denkmalschutz und Tourismus.

Einen Schwerpunkt im Herbst bildete auch die Professionalisierung des Musikverbands Födekam. Zunächst wurde die dekretale Grundlage im Dekret vom 18. November 2013 zur Förderung von Kultur in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Anerkennung eines Dachverbands für Musik geschaffen. Anschließend wurde im Ausschuss der Entwurf des Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung und der VoG Födekam diskutiert und gebilligt. Durch die Schaffung des Dachverbands wird die VoG auf professionelle Beine gestellt und kann ihren bisherigen und neuen Aufgaben besser nachkommen.

Im Herbst beriet der Ausschuss auch über einen Dekretentwurf in Zusammenhang mit der Pensionsregelung des BRF, durch den die Pensionsregelungen für die verbleibenden statutarischen Personalmitglieder des BRF an die Regeln angepasst werden, die für föderale Beamten gelten.

Weitere Dekretvorlagen betrafen die Tax-Shelter-Regelung im Kulturbereich, die Neuregelung der deutschen Rechtschreibung und die Einführung von Sportschecks. Letztere wurde in dieser Legislaturperiode nicht mehr zum Abschluss gebracht.

BÜRGERDIALOG

In dieser Sitzungsperiode stand der Abschluss des Bürgerdialogs zum Thema „digitale Fähigkeiten“ auf dem Programm, den der Ausschuss II federführend begleitet hat. Bei einem Treffen im Oktober tauschten Vertreter des Bürgerrats mit der betroffenen Ministerin und dem Ausschussvorsitzenden zum Stand der Umsetzung der Empfehlungen aus. Im Februar wurden im Ausschuss die Ergebnisse der Umfrage zur digitalen Nutzung der Bevölkerung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgestellt und diskutiert. Auf Grundlage der bisherigen Beratungen formulierte der Ausschuss seine

Schlussfolgerungen, die er in einer öffentlichen Sitzung im März 2024 vorstellte. Abschluss der Beratungen bildete die Aussprache im Plenum im April 2024.



Einblick in die gemeinsame Ausschusssitzung des Ausschusses II mit Vertretern der Bürgerversammlung am 12. März 2024

Zudem befasste sich der Ausschuss mit einer Reihe von Empfehlungen des Bürgerdialogs zum Thema „Integration“ und verfasste eine Stellungnahme an den federführenden Ausschuss IV. In diesem Rahmen holte er auch eine Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialrats zu den Empfehlungen ein, die die Integration auf dem Arbeitsmarkt betreffen und insbesondere die Sprachförderung im Rahmen der Beschäftigung.

GESELLSCHAFTSPOLITISCHES THEMA

Das gesellschaftspolitische Thema „Kirchen und Kapellen vielfältig nutzen?“ hat den Ausschuss auch in dieser Sitzungsperiode beschäftigt. Die Ergebnisse der Arbeiten wurden in Band 21 der Schriftenreihe der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens festgehalten. In mehreren Sitzungen beugte sich der Ausschuss über die Struktur des Endberichts, das Fazit und die Anlagen. Die Veröffentlichung erfolgt in einem Band der Schriftenreihe.

SPORT UND INKLUSION IM SPORT

Das Thema Sport wurde in dieser Sitzungsperiode großgeschrieben: So stellten Vertreter des Leitverbands des ostbelgischen Sports (LOS) das Projekt SportKompass vor, das die Evaluation der motorischen Fähigkeiten von Schülern bezweckt. Diese neue Aufgabe wurde durch den Programmdekretvorschlag im Übrigen dekretal verankert. Auch tauschte der Ausschuss mit Vertretern des Begleitenden SportClubs (BSC) Ostbelgiens über die Aufgaben und Entwicklungen im Bereich des Behindertensports aus.

Das Thema „Inklusion im Sport“ spielte auch eine wesentliche Rolle bei der Ausrichtung der Zeremonie zur Unterzeichnung der Charta der Solidaritäten der Organisation Special Olympics Belgium. Bereits im Januar 2023 traf der Ausschuss mit Vertretern von Special Olympics Belgium zusammen. Aus diesem Treffen war die Idee entsprungen, die Charta der Solidaritäten von den neun deutschsprachigen Gemeinden und der Deutschsprachigen Gemeinschaft gemeinsam mit Special Olympics Belgium unterzeichnen zu lassen. Die Charta richtet sich an die Städte und Gemeinden und wird sowohl von Gemeinden als auch von Special Olympics Belgium unterzeichnet. Durch ihre Unterschrift setzen sich die Gemeinden dafür ein, die soziale Integration von Menschen mit einer geistigen Beeinträchtigung in sechs Bereichen zu verbessern: Jugend, Sport, Bildung, Chancengleichheit, Gesundheit und Kommunikation.

Bei einem feierlichen Moment, der musikalisch von der Musikgruppe La Recherche umrahmt wurde, unterzeichneten Vertreter der neun deutschsprachigen Gemeinden, Sportministerin Isabelle Weykmans sowie der Präsident und der Direktor von Special Olympics Belgium die Charta im Plenarsaal des Parlaments.



Unterzeichnung der Charta der Solidaritäten

WEITERE THEMEN

Der Ausschuss beriet über zwei Resolutionsvorschläge: Einer beabsichtigt die Verbesserung von Bankdienstleistungen und ein anderer eine Vereinfachung bei der Aktualisierung des UBO-Registers.

Mit dem Thema Jugend setzte sich der Ausschuss gezielt bei der Vorstellung des zweiten ostbelgischen Jugendberichts und bei der Anhörung des Rates der deutschsprachigen Jugend (RDJ) auseinander. Weitere Anhörungen betrafen den Wirtschafts- und Sozialrat, die Tourismusagentur, die ländlichen Gilden oder das Thema Baukultur. Schließlich machte sich der Ausschuss in St. Vith ein Bild der Grabungsarbeiten an der Burg sowie von den aktuellen Entwicklungen im „Kultur-, Konferenz- und Messezentrum Triangel“.



Die Ausschuss-II-Mitglieder in Sankt Vith

Tätigkeiten von Ausschuss II für Kultur, Beschäftigung, Wirtschaftsförderung und ländliche Entwicklung in der Sitzungsperiode 2023-2024

HAUSHALTSDEKRETE UND FINANZEN

Dekretentwurf zur zweiten Anpassung des Dekrets vom 15. Dezember 2022 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2023 – Dokument 5-2-HH2023 (2023-2024)

Dekretentwurf zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2024 – Dokument 4-HH2024 (2023-2024)

Dekretentwurf zur ersten Anpassung des Dekrets vom 14. Dezember 2023 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2024 – Dokument 5-1-HH2024 (2023-2024)

Vorstellung der Haushaltspläne 2023 und 2024 und des Tätigkeitsberichts 2022 des Arbeitsamts

Haushaltsplan 2023/2024 und Tätigkeitsbericht 2022 des BRF

Haushaltsplan 2023/2024 und Tätigkeitsbericht 2022 des Medienzentrums

WEITERE DEKRETINITIATIVEN

Dekretentwurf zur Abänderung des Dekrets vom 18. November 2013 zur Förderung von Kultur in der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Dokument 287 (2022-2023)

Dekretentwurf zur Abänderung des Programmdekrets 1998 vom 29. Juni 1998 in Bezug auf die Pensionsregelung der statutarischen Personalmitglieder des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Dokument 303 (2023-2024)

Programmdekretvorschlag 2023 – Dokument 299 (2023-2024)

Dekretvorschlag zur Einführung von Sportschecks – Dokument 334 (2023-2024)

Dekretentwurf zur Billigung des Anhangs zum Zusammenarbeitsabkommen vom 19. März 2020 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Kompetenzen der Gemeinschaften und des Föderalstaates in Sachen Tax-Shelter-Regelung für die audiovisuellen Werke und Bühnenwerke und über den Informationsaustausch – Dokument 357 (2023-2024)

Dekretentwurf zur Abänderung des Dekrets vom 26. Oktober 1998 über die Einführung der Neuregelung der deutschen Rechtschreibung – Dokument 370 (2023-2024)

GESCHÄFTSFÜHRUNGSVERTRÄGE

Beschlussvorschlag zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht „Födekam“, dem Dachverband für Musik in der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Dokument 306 (2023-2024)

RESOLUTIONEN

Resolution an die föderale Abgeordnetenversammlung, den Senat, die föderale Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zum flächendeckenden Angebot qualitativer Bank- und Bpost-Dienstleistungen bezüglich der Bereitstellung von Geldautomaten – Dokument 302 (2023-2024)

Resolutionsvorschlag an die Föderalregierung und an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Abänderung der Aktualisierung des UBO-Registers – Dokument 307 (2023-2024)

GESELLSCHAFTSPOLITISCHES THEMA

„Kirchen und Kapellen vielfältig nutzen?“ – Schriftenreihe der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Band 21

BÜRGERDIALOG OSTBELGIEN

Empfehlungen der Bürgerversammlung vom 19. November 2022 zum Thema „Digitale Teilhabe in Ostbelgien! Wie kann die Politik gewährleisten, dass alle Ostbelgier Zugang zur digitalen Welt haben und sich in ihr zurechtfinden?“ – Dokument 240 (2022-2023)

- Abschlusssitzung und Schlussfolgerungen des Ausschusses

Empfehlungen der Bürgerversammlung vom 3. Juni 2023 zum Thema „Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in Ostbelgien“ – Dokument 277 (2022-2023)

- Stellungnahme an Ausschuss IV

ANHÖRUNGEN UND SONSTIGE THEMEN

Vorstellung des Projekts SportKompass des Leitverbands des ostbelgischen Sports (LOS)

Behandlung der Empfehlungen des Jugendparlamentes 2023 zum Thema „Jugend und Arbeit“ – Dokument 296 (2023-2024)

Bericht der Regierung zur Vorbereitung der belgischen EU-Ratspräsidentschaft 2024 in den Bereichen Jugend, Tourismus, Kultur, Medien und Sport

Anhörung zum Thema Baukultur – Dokument 348 (2023-2024)

Anhörung des Begleitenden SportClubs (BSC) Ostbelgien – Dokument 339 (2023-2024)

Bericht der Regierung an das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Umsetzung der Aufforderungen und Empfehlungen des Parlamentes an die Regierung durch begründete Anträge, durch Resolutionen sowie durch bestehende dekretale Berichterstattungsaufträge – November 2023 – Dokument 36 (2023-2024)

Veranstaltung zur Unterzeichnung der Charta der Solidaritäten von Special Olympics Belgium

Bericht der Regierung zum REK-Fortschrittsbericht

Anhörung des WSR zur Umfrage zur digitalen Nutzung der Bevölkerung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Anhörung der Tourismusagentur Ostbelgien (TAO)

Vorstellung des zweiten ostbelgischen Jugendberichts (2023)

Anhörung des Rates der deutschsprachigen Jugend zum EU-Jugenddialog „Inklusive Gesellschaften“ und zum Mandatsplan 2023-2025 – Dokument 358 (2023-2024)

Anhörung der Ländlichen Gilden zur Dorfentwicklung – Dokument 367 (2023-2024)

Besichtigung der Ausgrabungen Burg St. Vith

Besichtigung des Kulturzentrums „Kultur-, Konferenz- und Messezentrums Triangel“

AUSSCHUSS III

Ausschuss für Unterricht, Ausbildung, Kinderbetreuung und Erwachsenenbildung

Mitglieder

Vorsitzende: Liesa SCHOLZEN (ProDG)	
Vizevorsitzender: Andreas JERUSALEM (ECOLO)	
Effektive Mitglieder	Ersatzmitglieder
Für ProDG: Kathy ELSEN Lisa GÖBBELS Liesa SCHOLZEN	Für ProDG: Freddy CREMER José GROMMES Raymond HEINERS
Für die CSP: Colin KRAFT Stephanie PAUELS	Für die CSP: Patricia CREUTZ-VILVOYE Robert NELLES
Für die SP: Kirsten NEYCKEN-BARTHOLEMY	Für die SP: Patrick SPIES
Für VIVANT: Alain MERTES	Für VIVANT: Michael BALTER
Für ECOLO: Andreas JERUSALEM	Für ECOLO: Inga VOSS-WERDING
Für die PFF: Shayne PIRONT	Für die PFF: Gregor FRECHES

Rückblick

HAUSHALT

Ab Oktober 2023 hat der Ausschuss über die zweite Haushaltsanpassung 2023 und die Festlegung des Haushalts 2024 beraten. In fünf Sitzungen wurden die wichtigsten Vorhaben und Neuerungen aus den Bereichen Pädagogik, Ausbildung, Unterrichtsorganisation, Unterrichtspersonal, Kinderbetreuung und Infrastruktur vorgestellt, außerdem präsentierten Kaleido Ostbelgien, die Autonome Hochschule, das Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand (IAWM) sowie der Dienst mit getrennter Geschäftsführung Service und Logistik (zuständig für Reinigung, Unterhalt und Verpflegung insbesondere der Gemeinschaftsschulen) ihren Haushalt und ihren Tätigkeitsbericht. Erstmals wurden zudem die Tätigkeiten und der Haushalt des Zentrums für Kinderbetreuung (ZKB) diskutiert.

Im Frühling beschäftigte sich der Ausschuss mit der ersten Anpassung des Haushalts 2024, der wiederum von den zuständigen Fachbereichen des Ministeriums vorgestellt wurde.

DEKRETE UND PETITIONEN

Einige im Dezember mit dem Programmdekretvorschlag 2023 verabschiedete Maßnahmen fielen in den Zuständigkeitsbereich von Ausschuss III.

Im Bereich Kinderbetreuung wird u. a. festgelegt, welche Bedingungen der Auszug aus dem Strafregister erfüllen muss, den Kinderbetreuer vorlegen müssen. Es wird auch definiert, auf welche Einrichtungen die Tabelle für die Kostenbeteiligung der Eltern anwendbar ist. Im Bereich Ausbildung wird festgelegt, dass das landwirtschaftliche Schulungszentrum künftig den Fahrunterricht zur Vorbereitung auf den Traktorführerschein anbieten kann. Im Personalrecht wird die provisorische Regelung, dass Lehrkräfte bereits bei einer Abwesenheit von fünf statt sechs Tagen ersetzt werden können, aufgrund der positiven Erfahrungen dauerhaft verankert.



Im Frühjahr 2024 wurde der Sonderdekretentwurf zur Schaffung eines Zentrums für inklusive Pädagogik behandelt. Dieser hat zum Ziel, die Ressourcen der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Bereich Förderpädagogik an einem Zentrum zu bündeln, und dies unabhängig von der üblichen Netzlogik. Dieses Zentrum soll unter der Trägerschaft eines Verwaltungsrats stehen. Dabei wird lediglich der institutionelle Rahmen für die neue Einrichtung geschaffen, weitere Details zu den Aufgaben und zur Finanzierung des Zentrums müssen in einem folgenden ordentlichen Dekret festgehalten werden.

Des Weiteren hat sich der Ausschuss mit dem Geschäftsführungsvertrag zwischen der Regierung einerseits und dem IAWM und der VoG „Landwirtschaftliches Schulungszentrum der Grünen Kreise, Agra-Frauen und Ländlichen Gilden“ andererseits beschäftigt. Der Vertrag sichert die Finanzierung des Schulungszentrums bis 2030 und eröffnet die Möglichkeit, eigenes Personal einzustellen. Zudem wird der praktische Unterricht für den Traktorführerschein abgesichert.

Beim Dekretentwurf zur Zustimmung zum weltweiten Übereinkommen der UNESCO vom 25. November 2019 über die Anerkennung von Qualifikationen im Hochschulbereich ging es darum, weltweit Grundsätze festzulegen für eine gerechte, transparente und diskriminierungsfreie Anerkennung von Hochschulqualifikationen und Qualifikationen, die Zugang zu Hochschulprogrammen geben.

Außerdem hat der Ausschuss zum Ende der Sitzungsperiode das alljährliche Dekret über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2024 verabschiedet. Zu den wichtigsten Neuerungen, die mit diesem Dekretentwurf eingeführt wurden, gehören Anpassungen bezüglich der DuO-Ausbildungsförderung, die Schaffung des Amtes des Fachlehrers für Musik in der Grundschule oder die Tatsache, dass die Begleitpersonen in der von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten Schülerbeförderung künftig medizinische Informationen zu den Schülern im Bus erhalten sollen, um im Notfall angemessen reagieren zu können.

Schließlich hat sich der Ausschuss mit einer Petition in Bezug auf den Abschluss eines Kooperationsabkommens zwischen Französischer und Deutschsprachiger

Gemeinschaft zur Verbesserung der Kleinkindbetreuung auseinandergesetzt. Nachdem der Ausschuss die Kernforderung der Petenten, nämlich eine Regelung einzuführen, nach der eine Tagesmutter auch nach dem Umzug in eine andere Gemeinschaft weiterhin unter den Rahmenbedingungen ihrer Herkunftsgemeinschaft arbeiten kann, mehrheitlich für nicht vertretbar befand, wurde beschlossen, die Behandlung der Petition nicht weiterzuverfolgen.

BÜRGERDIALOG

Im Rahmen des Themas „Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in Ostbelgien“ wurde der Ausschuss darum gebeten, eine schriftliche Stellungnahme zu Empfehlungen in den Bereichen „Integration durch Sprachförderung“, „Integration in der Schule“, „Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund“, „Integration von Zuwanderern in den Arbeitsmarkt“ und „Unterstützung von Helfenden im Bereich Integration“ auszuarbeiten. Eine erste Stellungnahme wurde dem federführenden Ausschuss IV Ende September zugestellt. Zur sehr umstrittenen Empfehlung, zusätzliche Feiertage in den Schulen einzuführen, hat der Ausschuss im Anschluss daran noch Reaktionen der drei Unterrichtsnetze eingeholt. Zur Empfehlung, eine Mediatorenstelle in den Schulen zu gründen, hat der Ausschuss verschiedene Hausaufgabenschulen um ihre Meinung gebeten. Auf dieser Grundlage wurde dem Ausschuss IV im April eine ergänzende Stellungnahme zugestellt.

GESELLSCHAFTSPOLITISCHES THEMA

Der Ausschuss hat seine Arbeiten am gesellschaftspolitischen Thema „Frühkindliche Bildung“ beendet. Die Berichte zu den Anhörungen, eingerahmt durch eine Einleitung und ein Fazit, sind nachzulesen im Parlamentsdokument Nr. 376.

WELTLEHRERTAG

Seit 2016 organisiert der Ausschuss gemeinsam mit der AHS Diskussionsabende rund um die Beziehung zwischen den beiden wichtigsten Bildungsakteuren, den Lehrern und den Schülern. Am 25. Januar 2024 fand in dieser Reihe die Veranstaltung „Lernen braucht Beziehung: Lehrpersonen und ihre prägende Rolle im Leben von Kindern und Jugendlichen“ statt. Dazu gab es Referate von Dozenten der Autonomen Hochschule zur Beziehungsgestaltung im Kindergarten, zum Aufbau einer wertschätzenden Beziehung zwischen Lehrern und Schülern und zur Förderung von pädagogischen Beziehungen. Die gut besuchte Veranstaltung wurde mit einem Umtrunk im Foyer der AHS abgerundet.



Cornelia Keutgen, Direktorin der Autonomen Hochschule

ANHÖRUNGEN, PRÄSENTATIONEN UND BESUCHE

Im Ausschuss sind daneben wie immer einige Projekte und Berichte vorgestellt worden. So hat der Schulbaumoderator im Herbst die sogenannte Phase 0 des Schulbauprogramms II vorgestellt. Auch gab es eine Anhörung des Gemeinschaftssenators zur Resolution des Senats zur Herabsetzung der Schulpflicht auf drei Jahre.

Im November stellte die Regierung die Ergebnisse ihrer Online-Umfrage zur Schule der Zukunft vor. Dabei ging es um Themen wie Schuljahresrhythmus, Inklusion und Kompetenzen.

Im Dezember schließlich fand im Ausschuss auf Antrag der ECOLO-Fraktion eine Themendebatte zum Schuljahresrhythmus in der Deutschsprachigen Gemeinschaft statt. Die Mehrheit der Fraktionen war sich einig, einer etwaigen Anpassung des Rhythmus derzeit keine Priorität einzuräumen.

Außerdem wurde im Dezember das Zentrum für Kinderbetreuung in seiner Eigenschaft als Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes vorgestellt.

Im Januar 2024 wurden die Ergebnisse der Health Behaviour in School-aged Children (HBSC)-Studie vorgestellt, die 2021-2022 erstmals auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft durchgeführt worden ist.

Im Februar 2024 besuchte der Ausschuss III die Wings-Niekée-Agoraschool Roermond. Diese Schule wurde 2008 eröffnet und arbeitet seit 2013 mit einem neuen pädagogischen Konzept, der sogenannten Agora-Pädagogik. Die Agora-Pädagogik setzt an der natürlichen Neugierde des Kindes an und lässt es völlig autonom und nach seinen eigenen Bedürfnissen lernen.

Der neue Bachelorstudiengang Soziale Arbeit, der im September 2024 mit bis zu 25 Studierenden an der Autonomen Hochschule Ostbelgien (AHS) starten soll, wurde ebenfalls im Ausschuss vorgestellt.

Am 28. März 2024 fand im Parlament ein Austausch zwischen Schülerratsvertretern des César-Franck-Athenäums Kelmis (CFA), des Robert-Schuman-Instituts Eupen (RSI), der Pater-Damian-Sekundarschule Eupen (PDS), des Königlichen Athenäums Eupen (KAE), der Maria-Goretti-Sekundarschule St. Vith (MG) und des Königlichen Athenäums St. Vith (KAS) einerseits und Mitgliedern des Ausschusses III sowie der Bildungsministerin andererseits statt. Im Vorfeld des Austausches haben die Schülerratsvertreter Arbeitsunterlagen erstellt, mit denen sie ihre Fragen und Lösungsvorschläge vorbereitet haben. Dieser Austausch soll nach Möglichkeit künftig jedes Jahr organisiert werden.



Einige Mitglieder des Ausschusses III zu Besuch in Roermond

Abgeschlossen wurde die Sitzungsperiode mit einer Vorstellung der Bildungsstrategie der Regierung zur Realisierung der Bildungsvision 2040. Auf Grundlage dieser Bildungsstrategie hatte die Regierung anschließend eine Orientierungsnote erstellt, zu der auf Antrag der ProDG-Fraktion eine Themendebatte im Ausschuss geführt wurde.

Tätigkeiten von Ausschuss III für Unterricht, Ausbildung, Kinderbetreuung und Erwachsenenbildung in der Sitzungsperiode 2023-2024

HAUSHALTSDEKRETE UND FINANZEN

Dekretentwurf zur zweiten Anpassung des Dekrets vom 15. Dezember 2022 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2023 – Dokument 5-2-HH2023 (2023-2024)

Dekretentwurf zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2024 – Dokument 4-HH2024 (2023-2024)

Infrastrukturplan und Registrierungskatalog der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Dokument 7 (2023-2024)

Dekretentwurf zur ersten Anpassung des Dekrets vom 14. Dezember 2023 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2024 – Dokument 5-1-HH2024 (2023-2024)

Haushaltsplan 2023/2024 und Tätigkeitsbericht 2022/2023 des Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen – Kaleido Ostbelgien

Haushaltsplan 2023/2024 und Tätigkeitsbericht 2022 der Autonomen Hochschule Ostbelgien

Haushaltsplan 2023/2024 und Tätigkeitsbericht 2022 des DGG Service und Logistik

Haushaltsplan 2023/2024 und Tätigkeitsbericht 2022 des IAWM

WEITERE DEKRETNITATIVEN

Programmdekretvorschlag 2023 – Dokument 299 (2023-2024)

Sonderdekretentwurf zur Schaffung eines Zentrums für inklusive Pädagogik – Dokument 340 (2023-2024)

Dekretentwurf zur Zustimmung zum weltweiten Übereinkommen der UNESCO über die Anerkennung von Qualifikationen im Hochschulbereich, geschehen in Paris am 25. November 2019 – Dokument 356 (2023-2024)

Dekret über Maßnahmen im Unterrichtswesen und im Seniorenbereich 2024 – Dokument 363 (2023-2024)

GESCHÄFTSFÜHRUNGSVERTRÄGE

Beschlussvorschlag zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen und der VoG „Landwirtschaftliches Schulungszentrum der Grünen Kreise, Agra-Frauen und Ländlichen Gilden“ (2024-2030) – Dokument 341 (2023-2024)

PETITIONEN

Petition in Bezug auf den Abschluss eines Kooperationsabkommens zwischen Französischer und Deutschsprachiger Gemeinschaft zur Verbesserung der Kleinkindbetreuung – Dokument 365 (2023-2024)

GESELLSCHAFTSPOLITISCHES THEMA

„Frühkindliche Bildung“ – Dokument 376 (2023-2024)

BÜRGERDIALOG OSTBELGIEN

Empfehlungen der Bürgerversammlung vom 3. Juni 2023 zum Thema „Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in Ostbelgien“ – Dokument 277 (2022-2023)

ANHÖRUNGEN UND SONSTIGE THEMEN

Evaluierung der Umsetzung der Empfehlungen des Sonderausschusses zur Aufarbeitung der COVID-19-Pandemie und der Folgen der diesbezüglich getroffenen Maßnahmen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Dokument 90 (2023-2024) Nr. 6



Anhörung zum Schulbauprogramm II und zur Phase 0 im Schulbau – Dokument 288 (2022-2023)

Anhörung des Gemeinschaftssenators zur Resolution des Senats bezüglich der Herabsenkung des Schulpflichtalters auf drei Jahre – Dokument 290 (2023-2024)

Schule der Zukunft – Vorstellung der Ergebnisse der Online-Umfrage 2023 in Ostbelgien – Dokument 310 (2023-2024)

Vorstellung des Zentrums für Kinderbetreuung als Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes – Dokument 316 (2023-2024)

Themendebatte zum Schuljahresrhythmus in der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Dokument 323 (2023-2024)

Vorstellung der Ergebnisse der HBSC-Studie 2021-2022 – Dokument 329 (2023-2024)

Besuch der Wings-Niekée-Agoraschool Roermond

Bericht der Regierung an das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Umsetzung der Aufforderungen und Empfehlungen des Parlamentes an die Regierung durch begründete Anträge, durch Resolutionen sowie durch bestehende dekretale Bericht-erstattungs-aufträge – Dokument 36 (2023-2024)

Vorstellung des Bachelorstudiengangs Soziale Arbeit an der Autonomen Hochschule Ostbelgien – Dokument 346 (2023-2024)

Austausch der Schülerratsvertreter der Sekundarschulen der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit Vertretern des Ausschusses III für Unterricht, Ausbildung, Kinderbetreuung und Erwachsenenbildung – Dokument 366 (2023-2024)

Vorstellung der Bildungsstrategie zur Realisierung der Bildungsvision 2040 – Dokument 371 (2023-2024)

Themendebatte zur Orientierungsnote der Regierung zur Umsetzung der Bildungsvision 2040 – Dokument 375 (2023-2024)

AUSSCHUSS IV

Ausschuss für Gesundheit und Soziales

Mitglieder

Vorsitzende: Robert NELLES (CSP)		
Vizevorsitzender: Diana STIEL (VIVANT)		
Effektive Mitglieder	Ersatzmitglieder	Beratende Mandatare
Für ProDG: Lisa GÖBBELS José GROMMES Liesa SCHOLZEN	Für ProDG: Freddy CREMER Kathy ELSEN Raymond HEINERS	
Für die CSP: Sandra HOUBEN-MEESSEN Robert NELLES	Für die CSP: Stephanie PAUELS Colin KRAFT	
Für die SP: Lothar FAYMONVILLE	Für die SP: Charles SERVATY	
Für VIVANT: Diana STIEL	Für VIVANT: Michael BALTER	
Für ECOLO: Inga VOSS-WERDING	Für ECOLO: Freddy MOCKEL	
Für die PFF: Gregor FRECHES	Für die PFF: Shayne PIRONT	
Andere Mandatare (nicht stimmberechtigt) Jolyn HUPPERTZ		

Rückblick

HAUSHALT UND DEKRETE

Zu Beginn der Sitzungsperiode bearbeitete und verabschiedete der Ausschuss IV den Dekretentwurf über die Jugendhilfe und den Jugendschutz. Im Rahmen dieser Beratungen hörte er auch die Mitglieder des Begleitausschusses Jugendhilfe, das Jugendgericht, die Staatsanwaltschaft sowie den Rat der deutschsprachigen Jugend an.

Zwei der im Laufe der Sitzungsperiode behandelten Dekretinitiativen betrafen den Bereich der Familienleistungen: zum einen die Anpassung des Dekrets über Familienleistungen im Hinblick auf die Gleichbehandlung von Patchworkfamilien, zum anderen die Billigung eines Zusammenabkommens der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit der Walonischen Region bezüglich der Datenverwaltung in diesem Bereich.

Im Herbst 2023 befasste sich der Ausschuss mit den klassischen Beratungen zur Anpassung des Haushalts 2023 und Festlegung des Haushalts 2024. Daneben setzte er sich mit mehreren Dekretentwürfen und -vorschlägen und dem Programmdekretvorschlag 2023 auseinander.

Zu Beginn des Jahres 2024 verabschiedete der Ausschuss einen Dekretentwurf über die Anerkennung und Finanzierung von Betrieben im Bereich der Sozialwirtschaft. Im Rahmen der Beratungen zu diesem Dekretentwurf hatte der Ausschuss zuvor Vertreter der verschiedenen betroffenen Sozialbetriebe angehört.

Im Frühjahr 2024 befasste sich der Ausschuss mit gleich drei Zusammenarbeitsabkommen zur Schaffung von Rechtsgrundlagen für verschiedene Aspekte der Datenverarbeitung im Gesundheitsbereich. Die drei Abkommen betrafen die Verarbeitung von Daten im Zusammenhang mit Impfungen gegen COVID 19, das digitale europäische COVID Zertifikat sowie die föderale Gesundheitsdatenbank CoBRHA+. Ein viertes Zusammenarbeitsabkommen, das im April gebilligt wurde, galt der Zusammenarbeit der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit dem belgischen Föderalstaat im Bereich des Opferbeistands.

Der letzte umfangreiche Dekretentwurf, den der Ausschuss im Laufe der Sitzungsperiode bearbeitete, betraf den Bereich der mentalen Gesundheit. Der Dekretentwurf zielte auf die Schaffung eines umfassenden gesetzlichen Rahmens für die mentale Gesundheit ab. Im Verlauf der Beratungen hörte der Ausschuss auch die Einrichtungen an, die im strategischen Arbeitskreis „Konzept zur psychischen Gesundheitsversorgung“ vertreten waren.

BÜRGERDIALOG

Im Verlauf der gesamten Sitzungsperiode hat sich der Ausschuss zudem federführend mit den Empfehlungen der fünften Bürgerversammlung zum Thema „Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in Ostbelgien“ befasst. In diesem Rahmen organisierte der Ausschuss eine Anhörung der Beratungsstelle Info-Integration, der auch Mitglieder des Bürgerrats beiwohnten, um Informationen zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in der Deutschsprachigen Gemeinschaft einzuholen.

RESOLUTIONSVORSCHLÄGE

Im Dezember verabschiedete der Ausschuss einen Resolutionsvorschlag betreffend den transparenten Umgang mit Verträgen, die die Europäische Union mit privaten Unternehmen abschließt.

Bei Ende der Sitzungsperiode waren im Ausschuss noch drei Resolutionsvorschläge anhängig, zu denen zum Teil umfangreiche Beratungen stattgefunden hatten, die jedoch nicht fristgerecht abgeschlossen werden konnten. Der erste dieser Resolutionsvorschläge betraf die Wah-

rung der individuellen sozialen Rechte zusammenlebender Personen, der zweite die Reform des Personenstandsrechts in Bezug auf sogenannte „Sternenkinder“ und der dritte den transparenten Umgang von Verträgen des belgischen Staates mit Pharmaunternehmen. In allen drei Fällen beschloss der Ausschuss trotz der Hinfälligkeit der Beschlussvorlagen die Erstellung eines Zwischenberichts.

ANDERE BERICHTE UND ANHÖRUNGEN

Im Oktober hatte der Ausschuss die Federführung bei der Vorstellung des Jahresberichts des interföderalen Zentrums für Chancengleichheit Unia inne. Zudem organisierte der Ausschuss, die bereits in der letzten Sitzungsperiode geplante Anhörung der in der Deutschsprachigen Gemeinschaft tätigen Wohn- und Pflegezentren für Senioren, um das Dekret vom 13. Dezember 2018 über die Angebote für Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf sowie über die Palliativpflege zu evaluieren.

Im Dezember beendete der Ausschuss die Beratungen über die Umsetzung der Empfehlungen des Corona-Sonderausschusses, die in einem umfassenden Abschlussbericht zusammengefasst wurden. Parallel zu diesen Beratungen wurde ein Resolutionsvorschlag debattiert und verabschiedet, der die Aufarbeitung der Pandemie und den Umgang mit zukünftigen vergleichbaren Ereignissen betrifft.

Im Februar organisierte der Ausschuss zudem, anlässlich des zweijährigen Bestehens des Wohnprojekts „Intego Wohnen“ für Jugendliche und junge Erwachsene, eine Anhörung der VoG CAJ als Trägerorganisation dieses Projekts.

Tätigkeiten von Ausschuss IV für Gesundheit und Soziales in der Sitzungsperiode 2023-2024

HAUSHALTSDEKRETE UND FINANZEN

Dekretentwurf zur zweiten Anpassung des Dekrets vom 15. Dezember 2022 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2023 – Dokument 5-2-HH2023 (2023-2024)

Dekretentwurf zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2024 – Dokument 4-HH2024 (2023-2024)

Dekretentwurf zur ersten Anpassung des Dekrets vom 14. Dezember 2023 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2024 – Dokument 5-1-HH2024 (2023-2024)

Haushaltsplan 2023/2024 und Tätigkeitsbericht 2022 der Dienststelle für Selbstbestimmtes Leben

WEITERE DEKRETINITIATIVEN

Dekretentwurf über die Jugendhilfe und den Jugendschutz – Dokument 284 (2022-2023)

Dekretentwurf zur Abänderung des Dekrets vom 23. April 2018 über die Familienleistungen – Dokument 289 (2023-2024)

Dekretentwurf über die Anerkennung und Förderung von Betrieben im Bereich der Sozialwirtschaft – Dokument 294 (2023-2024)

Programmdekretvorschlag 2023 – Dokument 299 (2023-2024)

Dekretentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 16. November 2023 zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Zusammenarbeit im Bereich der Familienleistungen – Dokument 304 (2023-2024)

Dekretentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 22. Dezember 2023 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission, der Wallonischen Region und der Französischen Gemeinschaftskommission zur Änderung des Zusammenarbeitsabkommens vom 12. März 2021 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission, der Wallonischen Region und der Französischen Gemeinschaftskommission über die Verarbeitung von Daten im Zusammenhang mit Impfungen gegen COVID-19 – Dokument 321 (2023-2024)

Dekretentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 8. Februar 2024 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission, der Wallonischen Region und der Französischen Gemeinschaftskommission zur Abänderung des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. Juli 2021 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission, der Wallonischen Region und der Französischen Gemeinschaftskommission über die Verarbeitung von Daten im Zusammenhang mit dem digitalen EU-COVID-Zertifikat, dem COVID Safe Ticket, dem PLF und der Verarbeitung personenbezogener Daten von Lohnempfängern und Selbständigen, die im Ausland leben oder wohnen und in Belgien Tätigkeiten ausüben, abgeändert durch die Zusammenarbeitsabkommen vom 27. September 2021 und vom 28. Oktober 2021 – Dokument 332 (2023-2024)

Dekretentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 22. Dezember 2023 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission, der Wallonischen Region und der Französischen Gemeinschaftskommission über die Verarbeitung von Daten im Zusammenhang mit CoBRHA+ – Dokument 333 (2023-2024)

Dekretentwurf über die mentale Gesundheit – Dokument 347 (2023-2024)

Dekretentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 19. April 2024 zwischen dem Föderalstaat und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über den Opferbeistand – Dokument 361 (2023-2024)

GESCHÄFTSFÜHRUNGSVERTRÄGE

-

RESOLUTIONEN

Resolution an das Europäische Parlament, die Europäische Kommission, die Föderalregierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Aufarbeitung der COVID-19-Pandemie und zum Umgang mit vergleichbaren Pandemien in der Zukunft – Dokument 265 (2023-2024)

Resolution an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, die Föderalregierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Offenlegung von EU-Verträgen mit privaten Unternehmen – Dokument 283 (2023-2024)

Resolutionsvorschlag an die föderale Abgeordnetenkammer, die Föderalregierung, die Regierung der Französischen Gemeinschaft und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Bewahrung der individuellen sozialen Rechte von zusammenlebenden Personen zur Bekämpfung von Armut – Dokument 322 (2023-2024)

Resolutionsvorschlag an die föderale Abgeordnetenkammer, den Senat, die Föderalregierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Reform des Personenstandsrechts für Sternenkinder – Dokument 349 (2023-2024)

Resolutionsvorschlag an die föderale Abgeordnetenkammer, die Föderalregierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur vollständigen Offenlegung aller Geheimverträge der belgischen Regierung mit dem Pharmasektor und Abänderung der Gesetzeslage hin zu Transparenz und demokratischen Prinzipien – Dokument 350 (2023-2024)

GESELLSCHAFTSPOLITISCHES THEMA

-

BÜRGERDIALOG OSTBELGIEN

Empfehlungen der Bürgerversammlung vom 3. Juni 2023 zum Thema „Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in Ostbelgien“ – Dokument 277 (2022-2023)

ANHÖRUNGEN UND SONSTIGE THEMEN

Bericht der Regierung an das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Umsetzung der Aufforderungen und Empfehlungen des Parlamentes an die Regierung durch begründete Anträge, durch Resolutionen sowie durch bestehende dekretale Bericht-erstattungsaufträge – November 2023 – Dokument 36 (2023-2024)

Anhörung der Wohn- und Pflegezentren für Senioren in der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Dokument 297 (2023-2024)

Anhörung von Info-Integration zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund – Dokument 327 (2023-2024)

Anhörung der CAJ VoG – Intego zu ihrem Wohnangebot für Jugendliche und junge Erwachsene in Problem-situationen – Dokument 345 (2023-2024)

Evaluierung der Umsetzung der Empfehlungen des Sonderausschusses zur Aufarbeitung der COVID-19-Pandemie und der Folgen der diesbezüglich getroffenen Maßnahmen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Dokument 90 (2023-2024) Nr. 6

Unter Federführung von Ausschuss IV, Sitzung aller Ausschüsse zum Jahresbericht 2022 des Interföderalen Zentrums für Chancengleichheit UNIA – Dokument 42 (2023-2024) Nr. 5

AUSSCHUSS V

Ausschuss zur Kontrolle der öffentlichen Mitteilungen und der Wahlausgaben sowie betreffend die Erklärungs-pflichten in Bezug auf Mandate und Patrimonien

Mitglieder

Vorsitzender: Charles SERVATY (SP)	
Vizevorsitzende: Freddy CREMER (ProDG)	
Effektive Mitglieder	Ersatzmitglieder
Für ProDG: Freddy CREMER Raymond HEINERS Liesa SCHOLZEN	Für ProDG: Kathy ELSEN Lisa GÖBBELS José GROMMES
Für die CSP: Patricia CREUTZ-VILVOYE Colin KRAFT	Für die CSP: Robert NELLES Stephanie PAUELS
Für die SP: Charles SERVATY	Für die SP: Karl-Heinz LAMBERTZ
Für VIVANT: Michael BALTER	Für VIVANT: Alain MERTES
Für ECOLO: Freddy MOCKEL	Für ECOLO: Andreas JERUSALEM
Für die PFF: Shayne PIRONT	Für die PFF: Gregor FRECHES

Rückblick

Der Ausschuss hat in der Sitzungsperiode 2023-2024 nicht getagt.





Abstimmung während einer Plenarsitzung

ARBEIT IM PLENUM

Die gesetzgeberische Tätigkeit ist die Kernaufgabe des Parlaments, die sich im Wesentlichen in der Verabschiedung von sogenannten „Dekreten“ niederschlägt. Dekrete sind Gemeinschaftsgesetze, die ihre Wirkung auf dem Territorium der Deutschsprachigen Gemeinschaft entfalten. Das Parlament legt damit im Rahmen der Zuständigkeitsbereiche der Deutschsprachigen Gemeinschaft Regeln fest.

Die Dekretvorlagen, die in den Parlamentsgremien diskutiert werden, sind entweder Dekretentwürfe oder Dekretvorschlüsse.

Dekretentwürfe werden von der Regierung hinterlegt und enthalten neben dem eigentlichen Text eine Begründung sowie Staatsratsgutachten und andere notwendige Gutachten.

Dekretvorschlüsse können von einem oder mehreren Abgeordneten eingereicht werden. Auch Dekretvorschlüsse enthalten eine Begründung. Sie können dem Staatsrat ebenfalls zur Begutachtung vorgelegt werden.

Der Präsident verweist die Dekretentwürfe und Dekretvorschlüsse an den zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung und informiert die Plenarversammlung darüber. Die Frage, an welchen Ausschuss ein Dekretentwurf bzw. ein Dekretvorschlag verwiesen werden soll, kann er auch der Plenarversammlung zur Beschlussfassung unterbreiten.

Auf Vorschlag des erweiterten Präsidiums oder des Präsidenten kann die Plenarversammlung ebenfalls beschließen, einen Dekretentwurf oder einen Dekretvorschlag ohne Verweisung an einen Ausschuss direkt in der Plenarversammlung zu behandeln und zu verabschieden, wenn eine Dringlichkeit vorliegt oder eine vorherige Beratung im Ausschuss aufgrund der begrenzten Tragweite des Textes nicht gerechtfertigt ist.

*In der Sitzungsperiode 2023-2024 haben insgesamt 14 Plenarsitzungen stattgefunden.
(2023: 18.09., 25.09., 16.10., 13.11., 11.12., 12.12., 13.12., 14.12. - 2024: 29.01., 26.02., 25.03., 22.04., 06.05., 08.05.)*

Im Plenum getroffene Entscheidungen

In der Sitzungsperiode 2023-2024 verabschiedete das Plenum insgesamt 10 Beschlüsse, 26 Regeldekrete, 5 Haushaltsdekrete, 23 Dekrete zur Zustimmung zu internationalen Abkommen und zur Billigung innerbelgischer Vereinbarungen sowie 7 Resolutionen.

REGELDEKRETE - Die vom Parlament verabschiedeten Dekrete haben Gesetzgebungscharakter auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Verabschiedung	Dok.-Nr.	Titel
16.10.2023	287	Dekret zur Abänderung des Dekrets vom 18. November 2013 zur Förderung von Kultur in der Deutschsprachigen Gemeinschaft
13.11.2023	284	Dekret über die Jugendhilfe und den Jugendschutz
13.11.2023	291	Dekret zur Einrichtung eines Dienstes mit getrennter Geschäftsführung „Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft“ und zur Auflösung der entsprechenden Einrichtung öffentlichen Interesses
13.11.2023	292	Dekret über Maßnahmen im Bereich der Beschäftigungsförderung und der Arbeitsvermittlung
13.11.2023	293	Dekret über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung
13.11.2023	295	Dekret zur Einrichtung eines Dienstes mit getrennter Geschäftsführung „Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben“ und zur Auflösung der entsprechenden Einrichtung öffentlichen Interesses
13.11.2023	298	Dekret zur Abänderung des Dekrets der Wallonischen Region vom 15. März 2018 über den Wohnmietvertrag
11.12.2023	286	Dekret zur Abänderung des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung und des Gemeindedekrets vom 23. April 2018
12.12.2023	303	Dekret zur Abänderung des Programmdekrets 1998 vom 29. Juni 1998 in Bezug auf die Pensionsregelung der statutarischen Personalmitglieder des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft
13.12.2023	289	Dekret zur Abänderung des Dekrets vom 23. April 2018 über die Familienleistungen
14.12.2023	299	Programmdekret 2023
29.01.2024	294	Dekret über die Anerkennung und Förderung von Betrieben im Bereich der Sozialwirtschaft
29.01.2024	309	Dekret zur Abänderung des Dekrets vom 1. Juni 2004 über die Ausübung gewisser Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich der untergeordneten Behörden durch die Deutschsprachige Gemeinschaft
26.02.2024	308	Dekret zur Zustimmung zu dem Übereinkommen des Europarats über die Manipulation von Sportwettbewerben, geschehen zu Magglingen am 18. September 2014
25.03.2024	325	Dekret bezüglich der Auswirkungen der Neubesetzung des Parlaments auf die hinterlegten Dekretvorschläge und Dekretentwürfe
22.04.2024	311	Dekret zur Abänderung des Dekrets vom 25. Februar 2019 zur Einführung eines permanenten Bürgerdialogs in der Deutschsprachigen Gemeinschaft
22.04.2024	340	Sonderdekret zur Schaffung eines Zentrums für inklusive Pädagogik
22.04.2024	347	Dekret über die mentale Gesundheit
22.04.2024	359	Dekret zur Einführung einer Förderung von kommunalen Bürgerbeteiligungshaushalten
06.05.2024	318	Dekret zur Abberufung von öffentlichen Mandataren
06.05.2024	319	Sonderdekret zur Abberufung von öffentlichen Mandataren und zur Abänderung des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft

06.05.2024	331	Dekret zur Abänderung des Gesetzbuches über nachhaltiges Wohnen und des Dekrets vom 18. März 2002 zur Infrastruktur
08.05.2024	343	Dekret zur Abänderung des dekretalen Teils des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung
08.05.2024	363	Dekret über Maßnahmen im Unterrichtswesen und im Seniorenbereich 2024
08.05.2024	370	Dekret zur Abänderung des Dekrets vom 26. Oktober 1998 über die Einführung der Neuregelung der deutschen Rechtschreibung
08.05.2024	374	Dekret zur Zustimmung zu dem Abkommen zwischen dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland und dem Königreich Belgien über die Erwerbstätigkeit bestimmter Familienmitglieder des Personals der diplomatischen Missionen und konsularischen Vertretungen, geschehen zu Brüssel am 10. November 2023

HAUSHALTSDEKRETE:

Verabschiedung	Dok.-Nr.	Titel
14.12.2023	5-3-HH2022	Dekret zur dritten Anpassung des Dekrets vom 16. Dezember 2021 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2022
14.12.2023	6-HH2022	Dekret zur endgültigen Abrechnung des Rechnungsjahres der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2022
14.12.2023	5-2-HH2023	Dekret zur zweiten Anpassung des Dekrets vom 15. Dezember 2022 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2023
14.12.2023	4-HH2024	Dekret zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2024
08.05.2024	5-1-HH2024	Dekret zur ersten Anpassung des Dekrets vom 14. Dezember 2023 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2024

ZUSTIMMUNGS- UND BILLIGUNGSDEKRETE:

Verabschiedung	Dok.-Nr.	Titel
13.12.2023	300	Dekret zur Zustimmung zur Konvention Nummer 205 des Europarats über den Zugang zu amtlichen Dokumenten, geschehen zu Tromsø am 18. Juni 2009
13.12.2023	301	Dekret zur Zustimmung zur Vereinbarung zwischen dem Königreich Belgien und der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur über die von dieser Organisation in Belgien vorzunehmende Gründung eines Verbindungsbüros bei den Organen der Europäischen Union samt Anhang, geschehen zu Paris am 3. Juli 2023
13.12.2023	305	Dekret zur Zustimmung zu dem zweiten Protokoll zur Änderung und Ergänzung des am 3. Dezember 1974 zwischen dem Königreich Belgien und dem Europarat abgeschlossenen Zusatzabkommens zu dem in Paris am 2. September 1949 unterzeichneten allgemeinen Abkommen über die Privilegien und Immunitäten des Europarates, geschehen zu Brüssel am 15. April 2016
29.01.2024	304	Dekret zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 16. November 2023 zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Zusammenarbeit im Bereich der Familienleistungen

29.01.2024	315	Dekret zur Zustimmung zu folgenden internationalen Abkommen: 1. Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Armenien über die Erwerbstätigkeit von Familienmitgliedern des Personals der diplomatischen Missionen und konsularischen Posten, geschehen zu Brüssel am 4. Dezember 2018; 2. Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Ukraine über die Erwerbstätigkeit von Familienmitgliedern des Personals der diplomatischen Missionen und konsularischen Posten, geschehen zu Brüssel am 10. Februar 2021; 3. Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Dominikanischen Republik über die Erwerbstätigkeit von Familienmitgliedern des Personals der diplomatischen Missionen und konsularischen Posten, geschehen zu Brüssel am 17. Juni 2022; 4. Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Kosova über die Ausübung von freien erwerbstätigen Berufen von Familienangehörigen des Personals diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen, geschehen zu Brüssel am 17. Juni 2022; 5. Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Moldau über die Erwerbstätigkeit von Familienmitgliedern des Personals der diplomatischen Missionen und konsularischen Posten, geschehen zu Prag am 31. August 2022; 6. Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Uganda über die Erwerbstätigkeit von Familienmitgliedern des Personals der diplomatischen Missionen und konsularischen Posten auf Gegenseitigkeitsbasis, geschehen zu Kampala am 8. Dezember 2022
26.02.2024	321	Dekret zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 22. Dezember 2023 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission, der Wallonischen Region und der Französischen Gemeinschaftskommission zur Änderung des Zusammenarbeitsabkommens vom 12. März 2021 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission, der Wallonischen Region und der Französischen Gemeinschaftskommission über die Verarbeitung von Daten im Zusammenhang mit Impfungen gegen COVID-19
26.02.2024	324	Dekret zur Zustimmung zu folgenden internationalen Abkommen: 1. Übergangsabkommen für ein Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Vertragspartei Zentralafrika andererseits, geschehen zu Yaoundé und Brüssel am 22. Januar 2009; 2. vorläufiges Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der Elfenbeinküste einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits, geschehen zu Abidjan am 26. November 2008 und zu Brüssel am 22. Januar 2009
26.02.2024	332	Dekret zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 8. Februar 2024 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission, der Wallonischen Region und der Französischen Gemeinschaftskommission zur Abänderung des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. Juli 2021 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission, der Wallonischen Region und der Französischen Gemeinschaftskommission über die Verarbeitung von Daten im Zusammenhang mit dem digitalen EU-COVID-Zertifikat, dem COVID Safe Ticket, dem PLF und der Verarbeitung personenbezogener Daten von Lohnempfängern und Selbständigen, die im Ausland leben oder wohnen und in Belgien Tätigkeiten ausüben, abgeändert durch die Zusammenarbeitsabkommen vom 27. September 2021 und vom 28. Oktober 2021
25.03.2024	330	Dekret zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 9. November 2023 zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Durchführung der Lokalwahlen vom 13. Oktober 2024 auf dem deutschen Sprachgebiet
25.03.2024	333	Dekret zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 22. Dezember 2023 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission, der Wallonischen Region und der Französischen Gemeinschaftskommission über die Verarbeitung von Daten im Zusammenhang mit CoBRHA+
25.03.2024	337	Dekret zur Zustimmung zum Sitzabkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Zwischenstaatlichen Behörde für Entwicklung, geschehen zu Brüssel am 16. Februar 2022
22.04.2024	335	Dekret zur Zustimmung zu dem Protokoll zur Änderung des am 26. April 1993 in Brüssel unterzeichneten Abkommens und Protokolls zwischen der Regierung des Königreichs Belgien und der Regierung der Republik Indien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerhinterziehung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen, geschehen zu Neu Delhi am 9. März 2017
22.04.2024	338	Dekret zur Zustimmung zum Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und dem Großherzogtum Luxemburg über die Erwerbstätigkeit von bestimmten Familienmitgliedern des Personals der diplomatischen Missionen und konsularischen Posten, geschehen zu Brüssel am 17. November 2021

22.04.2024	351	Dekret zur Zustimmung zu dem Protokoll zur Änderung des am 23. Mai 2007 in Brüssel unterzeichneten Abkommens zwischen dem Königreich Belgien und der Demokratischen Republik Kongo zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerhinterziehung und der Steuerflucht auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, geschehen zu Kinshasa am 16. Juli 2010
22.04.2024	352	Dekret zur Zustimmung zu dem Abkommen zwischen der Regierung des Staates Katar und der Regierung des Königreichs Belgien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuer- vermeidung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen, geschehen zu Doha am 6. November 2007, und zu dem Protokoll zur Änderung des am 6. November 2007 in Doha unterzeichneten Abkommens zwischen der Regierung des Staates Katar und der Regierung des Königreichs Belgien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuer- vermeidung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen, geschehen zu Doha am 22. März 2015
22.04.2024	356	Dekret zur Zustimmung zum weltweiten Übereinkommen der UNESCO über die Anerkennung von Quali- fikationen im Hochschulbereich, geschehen in Paris am 25. November 2019
22.04.2024	357	Dekret zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 7. Februar 2024 zur Änderung des Zusamenarbeitsabkommens vom 19. März 2020 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Kompetenzen der Gemeinschaften und des Föderalstaates in Sachen Tax-Shelter-Regelung für audiovisuelle Werke und Bühnenwerke und über den Informationsaustausch
06.05.2024	336	Dekret zur Zustimmung zum Investitionsschutzabkommen zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Singapur andererseits, geschehen zu Brüssel am 19. Oktober 2018
06.05.2024	361	Dekret zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 19. April 2024 zwischen dem Föderalstaat und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über den Opferbeistand
06.05.2024	368	Dekret zur Zustimmung zum Investitionsschutzabkommen zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Sozialistischen Republik Vietnam andererseits, geschehen zu Hanoi am 30. Juni 2019
08.05.2024	362	Dekret zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 28. März 2024 zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Wallonischen Region über die elektronische Verwaltung
08.05.2024	369	Dekret zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 4. April 2024 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Flämischen Region, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission, der Französischen Gemeinschaftskommission, der Wallonischen Region, der Region Brüssel-Hauptstadt und dem Föderalstaat über die regierungsübergreifende Ausführung der Verordnung (EU) 2018/1724 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Oktober 2018 über die Einrichtung eines einheitlichen digitalen Zugangstors zu Informationen, Verfahren, Hilfs- und Problemlösungsdiensten und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012
08.05.2024	377	Dekret zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 3. Mai 2024 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur koordinierten Teilumsetzung der Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste)

BESCHLÜSSE ohne Gesetzescharakter. Es handelt sich dabei meist um die Bezeichnung von Mandatsträgern, um Zustimmungen zu Geschäftsführungsverträgen der Regierung mit verschiedenen Einrichtungen oder um die Organisation der internen Arbeitsweise.

Verabschiedung	Dok.-Nr.	Titel
18.09.2023	11	Beschluss zur Abänderung des Beschlusses vom 17. Juni 2019 zur Wahl des Präsidiums des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Legislaturperiode 2019-2024
11.12.2023	313	Beschluss zur Abänderung des Parlamentsbeschlusses vom 25. Juni 1985 zur Pensionsregelung der Parlamentsmitglieder der Deutschsprachigen Gemeinschaft
12.12.2023	306	Beschluss zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht „Föderkam“, dem Dachverband für Musik in der Deutschsprachigen Gemeinschaft
26.02.2024	27	Beschluss zur Abänderung des Beschlusses vom 14. Oktober 2019 zur Bezeichnung der Mitglieder des Verwaltungsrats des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft
26.02.2024	320	Beschluss zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Institut für Demokratiepädagogik VoG (2024-2025)
25.03.2024	341	Beschluss zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen und der VoG „Landwirtschaftliches Schulungszentrum der Grünen Kreise, Agra-Frauen und Ländlichen Gilden“ (2024-2030)
22.04.2024	312	Beschluss zur Abänderung der Geschäftsordnung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Hinblick auf die Regelung der parlamentarischen Arbeitsweise in Bezug auf den Bürgerdialog der Deutschsprachigen Gemeinschaft
06.05.2024	317	Beschluss zur Abänderung der Geschäftsordnung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft
06.05.2024	372	Beschluss zur Abänderung der Geschäftsordnung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Hinblick auf die Regelung von Stimmabsprachen
06.05.2024	373	Beschluss zur Einführung eines Deontologiekodex der Mitglieder des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft
22.05.2023	114	Beschluss zur Genehmigung des dritten Nachtrags zum Beschluss vom 25. Januar 2021 zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der VoG Soziale Integration und Alltagshilfe (S.I.A.) (2021-2024)
22.05.2023	271	Beschluss zur Abänderung des Parlamentsbeschlusses vom 25. Mai 2009 über das Statut der Personalmitglieder der Parlamentsverwaltung im Hinblick auf die Aufwertung von Abschlüssen der dualen Ausbildung bei der Anwerbung und Beschäftigung von Personalmitgliedern
22.05.2023	272	Beschluss zur Abänderung des Parlamentsbeschlusses vom 25. Juni 1985 zur Pensionsregelung der Parlamentsmitglieder der Deutschsprachigen Gemeinschaft
19.06.2023	278	Beschluss zur Abänderung des Beschlusses vom 30. Mai 2016 zur Neufassung der Geschäftsordnung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Eine **RESOLUTION** ist ein Aufruf an bestimmte Instanzen (Regierung, Föderalregierung, Europäische Kommission usw.) in bestimmten Bereichen, in denen das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft nicht selbst handeln kann, für die aber ein berechtigtes Interesse besteht, aktiv zu werden.

Verabschiedung	Dok.-Nr.	Titel
16.10.2023	249	Resolution an die Föderalregierung, die Regierung der Wallonischen Region und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zum Ausbau des Eupener Bahnhofs und zur Verlängerung der Verbindung Ostende – Eupen sowie der Verbindung Kortrijk – Welkenraedt



29.01.2024	307	Resolution an die Föderalregierung und an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Abänderung der Aktualisierung des UBO-Registers
26.02.2024	265	Resolution an das Europäische Parlament, die Europäische Kommission, die Föderalregierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Aufarbeitung der COVID-19-Pandemie und zum Umgang mit vergleichbaren Pandemien in der Zukunft
26.02.2024	283	Resolution an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, die Föderalregierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Offenlegung von EU-Verträgen mit privaten Unternehmen
26.02.2024	302	Resolution an die föderale Abgeordnetenversammlung, den Senat, die föderale Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zum flächendeckenden Angebot qualitativer Bank- und Bpost-Dienstleistungen bezüglich der Bereitstellung von Geldautomaten
25.03.2024	353	Resolution an die föderale Abgeordnetenversammlung, den Senat und die föderale Regierung in Bezug auf die Erklärung zur Revision der Verfassung
06.05.2024	360	Resolution an die Föderalregierung und an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Protokolle zur Ahndung von Straßenverkehrsdelikten auf dem deutschen Sprachgebiet

Themendebatten

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist auch ein Meinungsforum für politische Debatten. In den Ausschüssen und in der Plenarsitzung ist es grundsätzlich und unter Voraussetzung bestimmter Bedingungen möglich, über die Dekret- und Beschlussvorlagen hinaus, weitere Angelegenheiten zu behandeln oder Themendebatten zu führen.

In der Sitzungsperiode 2023–2024 fanden zwei Themendebatten statt.

- 7. Dezember 2023, Ausschuss III für Unterricht, Ausbildung, Kinderbetreuung und Erwachsenenbildung: Schuljahresrhythmus in der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Dokument 323 (2023-2024)
- 2. Mai 2024, Ausschuss III für Unterricht, Ausbildung, Kinderbetreuung und Erwachsenenbildung: Orientierungsnote der Regierung zur Umsetzung der Bildungsvision 2040 – Dokument 375 (2023-2024)

Petitionen

Grundsätzlich kann sich jeder Bürger, einzeln oder zu mehreren, an das Parlament wenden, um eine Bitte oder eine Beschwerde vorzubringen. Petitionen sind in schriftlicher Form einzureichen und werden an den Parlamentspräsidenten gerichtet.

Das Präsidium und die Plenarversammlung werden über eingetroffene Petitionen informiert. Die Petition wird im zuständigen Fachausschuss behandelt. Der Unterzeichner der Petition wird über die Schlussfolgerungen und weitere Schritte informiert.

In der Sitzungsperiode 2023–2024 wurde eine Petition eingereicht:

Petition in Bezug auf den Abschluss eines Kooperationsabkommens zwischen Französischer und Deutschsprachiger Gemeinschaft zur Verbesserung der Kleinkindbetreuung (Dokument 365 (2023-2024) Nr. 1)

Die Petition wurde am 15. Januar 2024 hinterlegt. Die Petenten wurden am 21. März 2024 im Ausschuss III für Unterricht, Ausbildung, Kinderbetreuung und Erwachsenenbildung angehört. Der Ausschuss beschloss abschließend, die Behandlung der Petition auf der Grundlage der Ausschussberatungen nicht weiterzuverfolgen.

BEZIEHUNGEN ZUR REGIERUNG

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft besteht auch in der Legislaturperiode 2019-2024 aus vier Mitgliedern.

Der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft gehören folgende Mitglieder an:

- **Oliver Paasch**, Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden und Finanzen
- **Antonios Antoniadis**, Vize-Ministerpräsident, Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen
- **Isabelle Weykmans**, Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien
- **Lydia Klinkenberg**, Ministerin für Bildung, Forschung und Erziehung

In einer parlamentarischen Demokratie spielen die Regierung (Exekutive) und das Parlament als Volksvertretung (Legislative) eine wichtige Rolle. Beide Einrichtungen erfüllen ihre Aufgaben, wobei sie keine Gegner sind, sondern Hand in Hand arbeiten.

Eine wichtige Aufgabe des Parlaments ist die Regierungskontrolle, bei der die Arbeit der Regierung kritisch hinterfragt wird. Hierzu sind verschiedene Instrumente vorgesehen, die in der Geschäftsordnung näher erläutert werden.

Die Mehrzahl der Kontrollinstrumente wird im Rahmen von öffentlichen Ausschusssitzungen angewandt. Die Behandlung zu Beginn der Plenarsitzung ist weiterhin möglich, bildet jedoch die Ausnahme.



Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft



Mündliche Fragen

Bei den mündlichen Fragen unterscheidet man zwischen den Fragen, den dringenden Fragen sowie den aktuellen Fragen in der Plenarversammlung.

Der Abgeordnete stellt einem Regierungsmitglied eine mündliche Frage, um kurze Auskunft über einen präzisen Sachverhalt oder über konkrete Aspekte der Regierungspolitik zu erfragen. Die herkömmliche mündliche Frage muss zwei Arbeitstage vor der Sitzung hinterlegt werden.

Seit der Reform der parlamentarischen Arbeitsweise im Jahr 2016 werden mündliche Fragen in der Regel in den Regierungskontrollsitzen der Ausschüsse gestellt.

Im Vergleich zur Frist für mündliche Fragen können dringende mündliche Fragen noch am Tag der Sitzung bis 10 Uhr morgens eingereicht werden. Die Dringlichkeit muss ausreichend begründet sein. Dringende mündliche Fragen können sowohl in der Ausschusssitzung als auch in der Plenarsitzung gestellt werden.

Seit Februar 2020 besteht zu Beginn der Plenarsitzung die Möglichkeit, aktuelle Fragen zu stellen. Diese müssen schriftlich vor 10 Uhr am Tag der Plenarsitzung eingereicht werden. Dabei kann sich der Fragesteller darauf beschränken, das Thema der aktuellen Frage kurz zu umschreiben.

In der Sitzungsperiode 2023-2024 wurden insgesamt 261 mündliche Fragen gestellt.



Schriftliche Fragen

In schriftlichen Fragen fordert der Abgeordnete ein Regierungsmitglied auf, ausführlich Auskunft über einen präzisen Sachverhalt oder konkrete Aspekte der Regierungspolitik zu geben. Das Regierungsmitglied hat in der Regel 21 Arbeitstage Zeit, um seine Antwort ebenfalls schriftlich einzureichen.

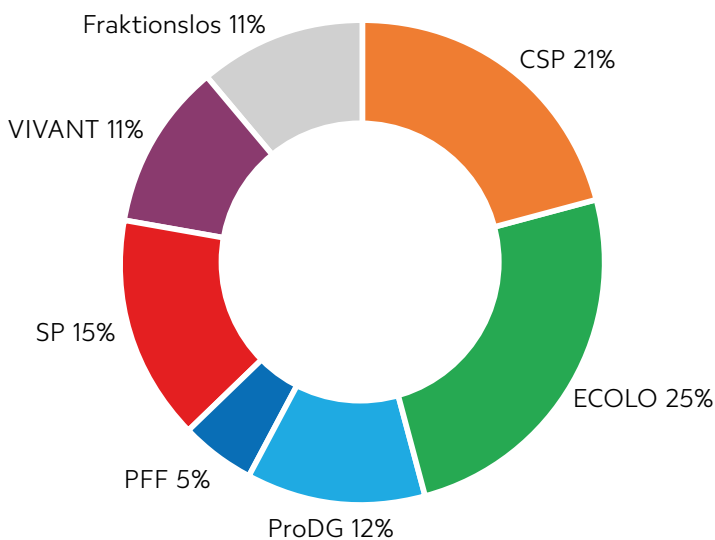
In der Sitzungsperiode 2023-2024 wurden 72 schriftliche Fragen gestellt.



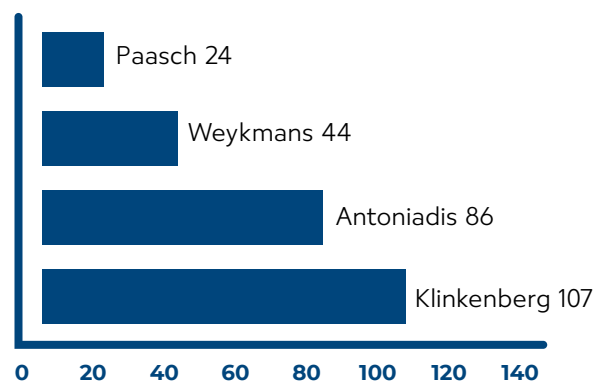
Mündliche Fragen

Fraktion Fragesteller	Fraktion befragter Minister	pro Fraktion	Insgesamt
CSP	Paasch (ProDG)	4	54
	Weykmans (PFF)	9	
	Antoniadis (SP)	4	
	Klinkenberg (ProDG)	37	
ECOLO	Paasch (ProDG)	6	66
	Weykmans (PFF)	8	
	Antoniadis (SP)	28	
	Klinkenberg (ProDG)	24	
PRO DG	Paasch (ProDG)	6	31
	Weykmans (PFF)	5	
	Antoniadis (SP)	9	
	Klinkenberg (ProDG)	11	
PFF	Paasch (ProDG)	0	12
	Weykmans (PFF)	4	
	Antoniadis (SP)	0	
	Klinkenberg (ProDG)	8	
SP	Paasch (ProDG)	5	39
	Weykmans (PFF)	10	
	Antoniadis (SP)	13	
	Klinkenberg (ProDG)	11	
VIVANT	Paasch (ProDG)	2	29
	Weykmans (PFF)	5	
	Antoniadis (SP)	12	
	Klinkenberg (ProDG)	10	
Fraktionslos	Paasch (ProDG)	1	30
	Weykmans (PFF)	3	
	Antoniadis (SP)	20	
	Klinkenberg (ProDG)	6	
		Total	261

Aufteilung nach Fraktionen



Aufteilung nach befragtem Minister

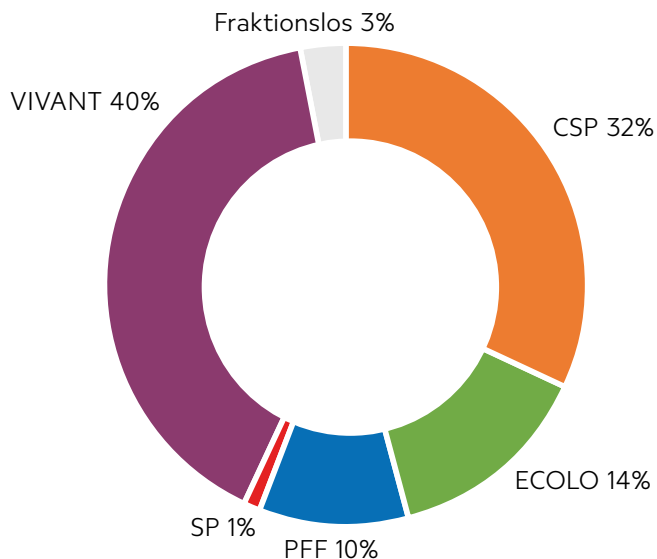




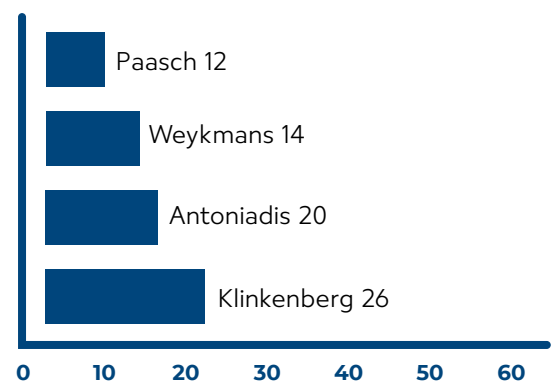
Schriftliche Fragen

Fraktion Fragesteller	Fraktion befragter Minister	pro Fraktion	Insgesamt
CSP	Paasch (ProDG)	1	23
	Weykmans (PFF)	3	
	Antoniadis (SP)	4	
	Klinkenberg (ProDG)	15	
ECOLO	Paasch (ProDG)	0	10
	Weykmans (PFF)	1	
	Antoniadis (SP)	8	
	Klinkenberg (ProDG)	1	
PRO DG	Paasch (ProDG)	0	0
	Weykmans (PFF)	0	
	Antoniadis (SP)	0	
	Klinkenberg (ProDG)	0	
PFF	Paasch (ProDG)	0	7
	Weykmans (PFF)	3	
	Antoniadis (SP)	1	
	Klinkenberg (ProDG)	3	
SP	Paasch (ProDG)	1	1
	Weykmans (PFF)	0	
	Antoniadis (SP)	0	
	Klinkenberg (ProDG)	0	
VIVANT	Paasch (ProDG)	10	29
	Weykmans (PFF)	7	
	Antoniadis (SP)	6	
	Klinkenberg (ProDG)	6	
Fraktionslos	Paasch (ProDG)	0	2
	Weykmans (PFF)	0	
	Antoniadis (SP)	1	
	Klinkenberg (ProDG)	1	
		Total	72

Aufteilung nach Fraktionen



Aufteilung nach befragtem Minister



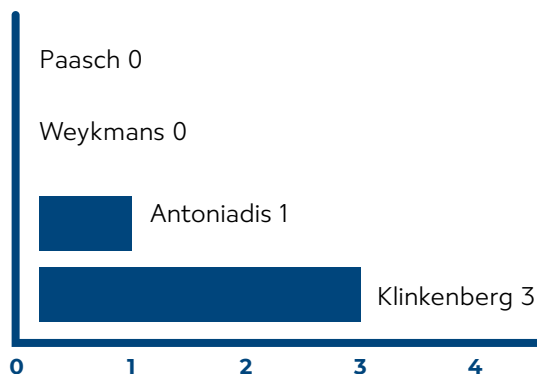
Interpellationen

Durch eine Interpellation fordert ein Abgeordneter ein Regierungsmitglied dazu auf, sich bezüglich einer politischen Handlung oder Unterlassung, eines präzisen Sachverhalts oder konkreter Aspekte der Regierungspolitik zu rechtfertigen. Das Regierungsmitglied hat mindestens fünf Arbeitstage Zeit, um seine Antwort vorzubereiten.

Interpellationen werden in der Regel im zuständigen Ausschuss eingereicht, können aber auch in der Plenarsitzung behandelt werden, wenn mindestens sieben Abgeordnete dies beantragen.

2023-2024 wurden 4 Interpellationen behandelt.

Zuordnung nach Minister



Fraktion Interpellant	Interpellierter Minister	pro Fraktion	Insgesamt
CSP	Paasch (ProDG)	0	1
	Weykmans (PFF)	0	
	Antoniadis (SP)	0	
	Klinkenberg (ProDG)	1	
ECOLO	Paasch (ProDG)	0	0
	Weykmans (PFF)	0	
	Antoniadis (SP)	0	
	Klinkenberg (ProDG)	0	
PRO DG	Paasch (ProDG)	0	0
	Weykmans (PFF)	0	
	Antoniadis (SP)	0	
	Klinkenberg (ProDG)	0	
PFF	Paasch (ProDG)	0	0
	Weykmans (PFF)	0	
	Antoniadis (SP)	0	
	Klinkenberg (ProDG)	0	
SP	Paasch (ProDG)	0	1
	Weykmans (PFF)	0	
	Antoniadis (SP)	1	
	Klinkenberg (ProDG)	0	
VIVANT	Paasch (ProDG)	0	1
	Weykmans (PFF)	0	
	Antoniadis (SP)	0	
	Klinkenberg (ProDG)	1	
Fraktionslos	Paasch (ProDG)	0	1
	Weykmans (PFF)	0	
	Antoniadis (SP)	0	
	Klinkenberg (ProDG)	1	
		Total	4



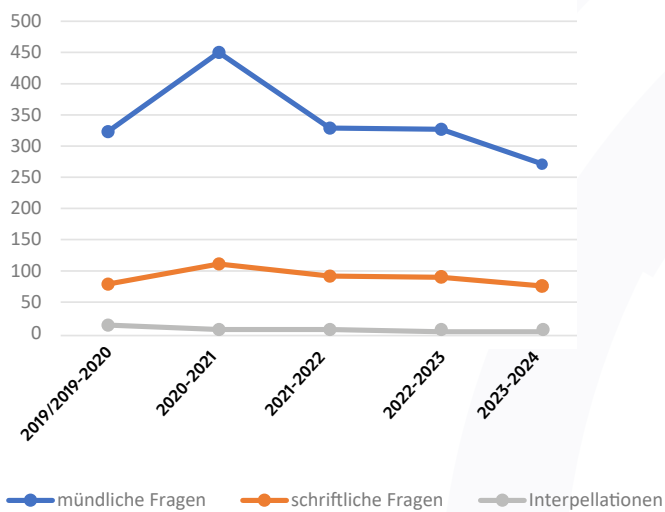
Begründete Anträge

Nachdem ein Regierungsmitglied eine Stellungnahme zu einer Interpellation, einer mündlichen Frage oder einer Debatte in der Plenarsitzung abgegeben hat, hat jeder Abgeordnete das Recht, darauf in Form eines begründeten Antrags zu reagieren.

Mit einem begründeten Antrag billigt oder missbilligt er die Amtsführung der Regierung oder eines ihrer Mitglieder und formuliert Empfehlungen jeglicher Art an die Adresse der Regierung. 2023-2024 sind keine begründeten Anträge behandelt worden.

Entwicklung der Kontrollinstrumente

In den letzten Jahren hat sich die Nutzung der Kontrollinstrumente verändert. Im Vergleich zur vorherigen Legislaturperiode 2014-2019 ist die Anzahl der mündlichen Fragen stark gestiegen.



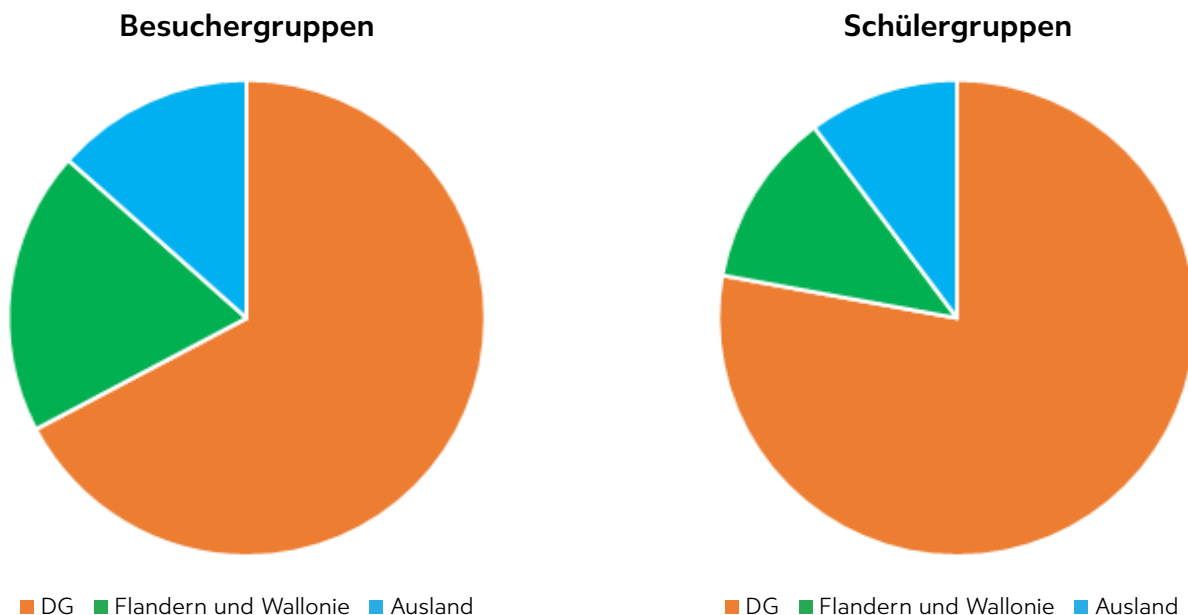
Sitzungsperiode	mündliche Fragen	schriftliche Fragen	Interpellationen
2019/2019-2020	323	80	13
2020-2021	450	111	6
2021-2022	332	92	8
2022-2023	329	91	4
2023-2024	261	72	4
TOTAL	1.695	446	35

BESUCHER UND VERANSTALTUNGEN

BESUCHERGRUPPEN

Zwischen September 2023 und dem 7. Juni 2024 empfing das Parlament 83 Gruppen mit insgesamt 2.106 Besuchern. 1.081 Personen kamen aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft, 604 aus der Wallonie und Flandern und weitere 421 Personen kamen aus dem Ausland.

Besonders erfreulich war der Besuch von insgesamt 1.008 Schülern, die an unseren Programmen zur politischen Bildung teilgenommen haben. Von diesen kamen 785 aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft, 120 aus Flandern und der Wallonie und 103 Schüler reisten aus Deutschland an.



VERANSTALTUNGEN

Tag der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Der Empfang zum Tag der Deutschsprachigen Gemeinschaft fand am 17. November im Dorfsaal Oudler, in der Gemeinde Burg-Reuland statt.

Matinee und Ausstellung 50 Jahre Naturschutz in Ostbelgien

Vom 7. bis zum 15. April war die Ausstellung 50 Jahre Naturschutz in Ostbelgien im Parlament zu sehen. Eröffnet wurde sie mit einer Matinee am 7. April, bei der auch die gleichnamige Chronik vorgestellt wurde. Prof. Dr. Andreas Fickers und Dr. Frank Vassen hielten jeweils einen Vortrag. Zusätzlich nahm Guido Arimont, Präsident von Natagora, am Austausch teil.



Empfang zum Tag der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Oudler



Natagora-Ausstellung im Parlament

Empfang der Alten Weiber – Karneval 2024

Anfang Februar fand wieder der Empfang der Alten Weiber statt. Wie im vergangenen Jahr haben die Feierlichkeiten im Kolpinghaus in Eupen stattgefunden. Auch in diesem Jahr waren die Jecken, trotz des Dauerregens, in Feierlaune.

Tirolerempfang 2024

Am 3. August 2024 statteten die Gäste des Tirolerfestes Eupen aus dem Kaiserwinkl in Tirol dem Parlament den traditionellen Besuch ab. Sowohl die Musikkapelle Kössen als auch der Trachtenverein Landsturm 1809 und die Schuhplattler aus Kössen brachten Tiroler Stimmung auf den Platz des Parlaments.

POLITISCHE BILDUNG IM PARLAMENT

Neben zahlreichen Grundschul-, Sekundarschul- und Lehrlingsklassen besuchten im Schuljahr 2023-2024 auch zahlreiche Studierende aus dem In- und Ausland das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Circa 1.000 Schüler und Studierende nahmen die unterschiedlichen Angebote (auf vier Sprachen: Deutsch, Französisch, Niederländisch und Englisch) wahr. Während bei den auswärtigen Teilnehmenden der Fokus auf ein Kennenlernen von Ostbelgien und des Parlaments gelegt wird, geht es bei den Angeboten, die sich an die ostbelgischen Teilnehmenden richten, u. a. um die Sensibilisierung für politische Prozesse, aber auch darum, sich mit unserer heutigen Gesellschaft und demokratischen Werten auseinanderzusetzen. Alle Angebote werden jeweils dem Alter und Interessenbereich angepasst.

Das Programm zur politischen Bildung im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft beinhaltet Angebote für alle Altersgruppen. Inhalte werden auf interaktive Art und Weise vermittelt und gefestigt. Insgesamt zehn verschiedene Angebote, die inhaltlich ergänzend aufeinander aufbauen, ermöglichen ebenfalls, dass Kinder und Jugendliche das Parlament mehrfach besuchen können. Die meisten Gruppen kombinieren mehrere Aktivitäten im Parlament, was eine intensive Auseinandersetzung mit den angebotenen Themen der politischen Bildung sowie den im Juni 2024 stattfindenden Wahlen ermöglicht.

Neben den zahlreichen Angeboten für Besuchergruppen wurden im Rahmen der politischen Bildung außerdem verschiedene Aktivitäten organisiert.



Besucher des Kindergemeinderats Kelmis

Dialogklassen

Das jährlich stattfindende Projekt Dialogklassen fand in diesem Schuljahr 2023-2024 in Brüssel statt.

Eine Schulklasse des Athenäums Karel Buls Laken und eine Schulklasse des Bischöflichen Instituts St. Vith haben sich im Parlament der Flämischen Gemeinschaftskommission zu einem Austausch getroffen. Aufgrund der Sperrfrist vor den Wahlen war in diesem Jahr kein Austausch mit den Abgeordneten der beiden Parlamente möglich. Daher wurde u. a. die Gelegenheit genutzt, auf interaktive Art und Weise die parlamentarische Arbeit zu erklären und den Teilnehmenden zahlreiche Hintergrundinformationen zu den anstehenden Wahlen mit auf den Weg zu geben.

Im folgenden Jahr finden die Dialogklassen, ein Gemeinschaftsprojekt der beiden Parlamente, wieder in Ostbelgien statt.

Zug der Demokratie

„Unsere Gesellschaft wird immer bunter und jeder Mensch ist anders. Wie können wir Vielfalt als Chance für das Zusammenleben in der Schule nutzen?“ Diese Fragestellung beschäftigte etwa 45 Schüler der Ecole communale d’expression française Eupen und der Gemeindegrundschule Eynatten im März 2024.

In einer intensiven Vorarbeit in der Schule hatten sich die Viertklässler viele Gedanken gemacht, die sie bei ihrem Besuch im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit den anwesenden Politikern besprechen wollten. Zum einen wurde festgehalten, was die Schüler selbst zum Thema tun können, und zum anderen, bei welchen Punkten die Politik gefragt ist. Die Politiker konnten bei dieser Gelegenheit die Belange der Schüler hören und darauf reagieren. Das Format in Zusammenarbeit mit dem Institut für Demokratiepädagogik, das bereits zum dritten Mal mit viel Enthusiasmus aufgenommen wurde, wird auch im Schuljahr 2024-2025 wiederholt.



Zug der Demokratie

Unterstützung der Arbeit der Schülerräte

Im Schuljahr 2023-2024 wurde in Zusammenarbeit mit der Fachberatung für politisch-demokratische Bildung an der Autonomen Hochschule Ostbelgien und Vertretern der Sekundarschulen der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein Konzept zur Unterstützung der Arbeit der Schülerräte an Sekundarschulen erarbeitet.

Das Konzept basiert auf vier Angeboten. Die Schülerräte erhalten Arbeitsunterlagen mit Druckvorlagen für die Schülerräte sowie die Möglichkeit, Angebote zur Vorstellung der Arbeit in den Schülerräten im Parlament zu machen. Ebenfalls können die Middle Manager oder auch die Koordinatoren und Begleitlehrer der Schülerräte gezielt geschult und unterstützt werden. Als Jahresabschluss ist geplant, dass Schülerratsvertreter einer jeden Sekundarschule zu einem Austausch untereinander und mit den für das Unterrichtswesen zuständigen Ausschussmitgliedern zusammentreffen. Ziel ist, die schulübergeordneten Themen, die innerhalb der Schulstruktur nicht bearbeitet werden können, gemeinsam anzusprechen und schulübergreifend darüber auszutauschen. Im Anschluss werden die Themen mit den Politikern besprochen. Letzteres Format wurde auf Wunsch der Schulen im Schuljahr 2023-2024 bereits als Pilotprojekt durchgespielt. Dabei wurde festgestellt, dass zahlreiche Themen von mehreren Schulen angesprochen wurden. Die Pilotveranstaltung wurde als sehr aufschlussreich und positiv bewertet und soll im kommenden Schuljahr auf jeden Fall wiederholt werden, mit der Idee, eine Kontinuität in der Bearbeitung der Themen aufzubauen. Ab dem Schuljahr 2024-2025 stehen den Schulen alle Angebote zur Verfügung.

Organisation von Podiumsdiskussionen zu den Wahlen 2024

Die Arbeitsgruppe *Wie geht denn Politik?*, bestehend aus Vertretern des RDJ, von Jugendinfo, Ocarina, dem IDP, Europe direct und dem Besucherdienst des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft, hat sich zum Ziel gesetzt, den Austausch zwischen Politik und Jugend zu fördern.

In diesem Schuljahr standen aufgrund der Wahlen 2024 gleich vier Veranstaltungen auf dem Programm. Zielpublikum waren immer die Erst- und Jungwähler, das spiegelte sich auch in der Themenwahl wider.

Am 20. März 2024 fand eine Podiumsdiskussion zur Wahl des Europaparlaments statt. Circa 350 Jugendliche (im Alter zwischen 16 und 18 Jahren) nahmen Teil an der Debatte zwischen den Spitzenkandidaten, die in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Wahl standen. Zur Vorbereitung der Jugendlichen erarbeitete die Arbeitsgruppe eine Unterrichtseinheit zum Thema Europa, die in vielen Schulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft rege genutzt wurde.

Am 7. Mai 2024 und am 8. Mai 2024 fanden in Eupen und in St. Vith die Debatten zu den anstehenden Gemeinschaftswahlen statt. Insgesamt nahmen circa 650 Schüler an beiden Veranstaltungen teil. Auch bei diesen Veranstaltungen durften wieder die Spitzenkandidaten oder Vertreter auf dem Podium begrüßt werden, um sich den Fragen der Jugendlichen zu stellen.

Abschließend fand am 16. Mai 2024 eine öffentliche Veranstaltung in St. Vith im gleichen Format statt, ebenfalls zu den Wahlen zum Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Die Fragen und Inhalte aller vier Veranstaltungen wurden von Jugendlichen für Jugendliche erarbeitet. Die Politiker wurden angehalten, ihre Inhalte in verständlicher Sprache zu vermitteln.



Die Podiumsdiskussion für die Schüler in Sankt Vith

PARLAMENT INTERNATIONAL UND INTERREGIONAL

Die Gestaltung der Außenbeziehungen des Parlaments basiert auf einer am 19. November 2012 beschlossenen Grundsatzerklärung, die am 2. Mai 2022 vom zuständigen Ausschuss aktualisiert wurde (Parlamentsdokument 205 (2021-2022) Nr. 1).

Die Auswärtigen Beziehungen teilen sich in fünf verschiedene Tätigkeitsfelder auf:

- 1. die gesetzgeberische Tätigkeit;**
- 2. die Subsidiaritätskontrolle;**
- 3. die Vertretung des Parlaments in Gremien;**
- 4. die Vernetzung des Parlaments;**
- 5. die Begleitung der Außenbeziehungen der Regierung.**

Den Außenbeziehungen wird eine grundlegende Bedeutung beigemessen. Sie sind vor allem unter der Prämisse des Mehrwerts auszuüben. Vielfältige Kontakte und Vernetzungen sollen die Position der Deutschsprachigen Gemeinschaft festigen, die Arbeit des Parlaments optimieren und neue Ideen entstehen lassen.

Zusammenarbeit und Austausch führen zu einer gegenseitigen Stärkung aller Partner. Auch das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft will seinen Beitrag dazu leisten.

GESETZGEBERISCHE TÄTIGKEIT

Die gesetzgeberische Tätigkeit des Parlaments im Bereich der Außenbeziehungen beinhaltet die Bearbeitung und Verabschiedung von Zustimmungsdekreten und Dekreten zur Umsetzung von EU-Recht.

Zur Sicherung der Qualität der Gesetzgebungsarbeit ist eine enge Kooperation mit der Regierung unerlässlich. Entwürfe von Zustimmungsdekreten sollten mit dem notwendigen zeitlichen Vorlauf eingereicht werden, damit den Ausschüssen die Gelegenheit gegeben werden kann, die betroffenen Abkommen auch inhaltlich zu besprechen – dies, insofern sie nicht aufgrund ihrer geringen inhaltlichen Bedeutung für die Deutschsprachige Gemeinschaft direkt im Plenum behandelt werden.

Die Liste der in der Sitzungsperiode 2022-2023 verabschiedeten Zustimmungs- und Billigungsdekrete findet man im Kapitel „Arbeit im Plenum“.

SUBSIDIARITÄTSKONTROLLE

Dem Subsidiaritätsprinzip zufolge darf die EU nur dann tätig werden, wenn die gesteckten Ziele einer Maßnahme auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene nicht ausreichend erreicht werden können und daher eine europäische Regelung wirksamer ist. Darüber hinaus dürfen die von der EU ergriffenen Maßnahmen nicht über das zur Erreichung des Ziels erforderliche Maß hinausgehen (Verhältnismäßigkeitsgrundsatz). Durch die Einführung dieser beiden Prinzipien in die europäischen Verträge soll die Ausübung der Befugnisse so bürgerlich wie möglich erfolgen.

Aufgrund der Staatsstruktur haben die belgischen Parlamente am 29. März 2017 eine koordinierte Vorgehensweise in der Subsidiaritätskontrolle beschlossen⁴.

Im Bereich der Subsidiaritätskontrolle ist Kooperation notwendig, da es sich um ein recht komplexes Verfahren handelt. Ein Vergleich mit ähnlich strukturierten parlamentarischen Einrichtungen und die Kooperation mit Regierungseinrichtungen sind unerlässlich. Die Parlamentsverwaltung informiert sich über diverse Datenbanken (AdR Subsidiarity Monitoring Network oder IPEX).

VERTRETUNG DES PARLAMENTS IN GREMIEN

Innerbelgische Zusammenarbeit

Die Konferenz der belgischen Parlamentspräsidenten

Die Konferenz der Präsidenten der parlamentarischen Versammlungen setzt sich zusammen aus den Präsidenten der Abgeordnetenkammer, des Senats, des Flämischen Parlaments, des Parlaments der Französischen Gemeinschaft, des Wallonischen Parlaments, des Parlaments der Region Brüssel-Hauptstadt, des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Versammlung der Französischen Gemeinschaftskommission und der Versammlung der Flämischen Gemeinschaftskommission.

Die Konferenz trifft sich in regelmäßigen Abständen, um über Fragen der parlamentarischen Arbeit auszutauschen und gegebenenfalls eine Zusammenarbeit

⁴ Zusammenarbeitsabkommen vom 29. März 2017 zwischen dem Föderalstaat, den Regionen, den Gemeinschaften, der Französischen Gemeinschaftskommission und der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission über die Ausübung der Zuständigkeiten, die laut Vertrag der Europäischen Union, laut Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union und der dazugehörigen Protokolle den nationalen Parlamenten zugewiesen sind.



der parlamentarischen Gremien zu vereinbaren. Themen sind die Statute der Parlamentarier, die Arbeitsweise in den Parlamenten, die Statute des Verwaltungspersonals, die Vor- und Nachbereitung von Wahlen, die Subsidiaritätskontrolle usw.

In der Sitzungsperiode 2023-2024 hat der Präsident des Parlaments der Föderation Wallonie-Brüssel (Französische Gemeinschaft) den Vorsitz inne.

Im Rahmen dieser Versammlungen berieten die Parlamentspräsidenten über diverse Fragen zum Statut der Abgeordneten und zur parlamentarischen Arbeitsweise. Es wurden auch verschiedene Arbeitsgruppen ins Leben gerufen, die sich u. a. mit technischen Fragen, mit Bürgerbeteiligungsprozessen oder Arbeitsinstrumenten zur Information der Abgeordneten befassten, aber auch mit der Pensionsregelung von Abgeordneten, die im Jahr 2023 in allen Parlamenten thematisiert wurde.

Nicht zuletzt vereinbarten die Parlamentspräsidenten im Kontext der Regional- und Kommunalwahlen Protokolle in Bezug auf die Kontrolle der für die Öffentlichkeit bestimmten Mitteilungen und Informationskampagnen sowie die Kontrolle der Wahlausgaben, die Finanzierung und offene Buchführung der politischen Parteien.

Interparlamentarischer Dialog zum Thema Klima

Seit 2017 wird in regelmäßigen Abständen der Interparlamentarische Klimadialog organisiert. Dieser wurde von den verschiedenen Parlamenten Belgiens ins Leben gerufen, um gemeinsam auf die Herausforderungen des Klimawandels reagieren zu können. Eine erste gemeinsame Erklärung wurde zur COP23 in Bonn veröffentlicht, weitere Stellungnahmen wurden in den folgenden Jahren verfasst.

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft nimmt ebenfalls, im Rahmen der Zuständigkeit für den Bereich der Energie, an dem Interparlamentarischen Klimadialog teil. Der jeweilige Parlamentspräsident vertritt das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft in diesem Gremium.

Die Mitglieder des Interparlamentarischen Klimadialogs haben sich im Januar 2023 getroffen, um über die Entwicklungen der 27. UN-Klimakonferenz (COP27), die im November 2022 im ägyptischen Scharm El-Scheich stattgefunden hat, auszutauschen. Der Interparlamentarische Klimadialog befasste sich am 8. November

2023 in einer Anhörung von Fachleuten auch mit der bevorstehenden 28. UN-Klimakonferenz, die vom 30. November 2023 bis zum 12. Dezember 2023 in Dubai stattfand. An der Anhörung nahm der Parlamentspräsident teil.

Internationale Zusammenarbeit

Konferenz der Europäischen Regionalen Gesetzgebenden Parlamente CALRE



Die Konferenz der Europäischen Regionalen Gesetzgebenden Parlamente vereint 72 Präsidenten gesetzgebender Regionalversammlungen in Europa. Seit der Gründungserklärung von Oviedo im Jahr 1997 besteht die Aufgabe der CALRE darin, die Grundsätze von Demokratie und Mitbestimmung im Rahmen der Europäischen Union zu vertiefen, die Werte und Prinzipien der regionalen Demokratie zu verteidigen und die Verbindungen zwischen den regionalen gesetzgebenden Versammlungen zu stärken.

Die CALRE versammelt Parlamente der Autonomen Gemeinschaften Spaniens, die Italienischen Regionalräte, die Gemeinschafts- und Regionalparlamente Belgiens, die österreichischen und deutschen Länderparlamente, das autonome Parlament der Ålandinseln (Finnland), die regionalen Versammlungen der Azoren und Madeiras (Portugal) sowie die Parlamente von Schottland, Wales und Nordirland (Vereinigtes Königreich).

Die CALRE verfügt über eine Plenarversammlung, die in der Regel einmal im Jahr tagt, sowie einen Ständigen Ausschuss, der das Plenum vor- und nachbereitet. Die Handlungsfelder der CALRE werden im Vorfeld in verschiedenen Arbeitsgruppen diskutiert:

- Strategie für nachhaltige Entwicklung der europäischen Regionen, Vorsitz Castilla y León;
- Europäische Gesetzgebung und öffentliche Investitionen, Vorsitz Wallonisches Parlament;
- Bessere Regulierung und Politikauswertung, Vorsitz Friaul-Julisch Venetien;

- Sprachliche und kulturelle Vielfalt, Vorsitz Valencia;
- Migrationspolitik und Menschenrechte – nicht begleitete Minderjährige, Vorsitz Kanaren;
- Subsidiarität, Vorsitz Latium;
- Kohäsionspolitik, Vorsitz Venetien;
- Naturkatastrophen, Vorsitz Murcia;
- Gleichberechtigung und demografische Herausforderung, Vorsitz Extremadura;
- Gesundheitliche Ungleichheiten in den europäischen sozialen Gesundheitssystemen, Vorsitz Lombardei.

Fünfundzwanzig Jahre nach der Unterzeichnung des Dokuments von Oviedo unterzeichneten Vertreter von 24 Mitgliedsversammlungen am 7. Oktober 2022 eine erneuerte Fassung der Erklärung.

Seit Januar 2024 ist der Präsident des Parlaments der Autonomen Region Madeira Vorsitzender der CALRE. Aufgrund der politischen Krise auf der Insel ruht die Arbeit jedoch zurzeit.

Interregionaler Parlamentarierrat der Großregion IPR



Der Interregionale Parlamentarierrat der Großregion, IPR, wurde am 16. Februar 1986 von den Präsidenten der Parlamente der Großregion gegründet. Vertreten sind die französische Region Grand Est, Luxemburg, Rheinland-Pfalz, das Saarland sowie Wallonien und, seit 2007, die Französische Gemeinschaft Belgiens und die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens.

Das Ziel ist es:

- die ökonomische, soziale und kulturelle Rolle der Großregion durch enge Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Regionen zu fördern,
- zu einer Perspektive der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den Kompetenzbereichen der einzelnen Regionen beizutragen.

Die Mitglieder des IPR kommen in der Regel jährlich zweimal zu Plenarsitzungen zusammen, um über The-

men der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu beraten und um Empfehlungen anzunehmen, die von den Kommissionen des IPR vorgelegt und anschließend an die Exekutiven weitergeleitet werden.

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird im IPR von Parlamentspräsident Charles Servaty und der Abgeordneten Liesa Scholzen vertreten. Der Parlamentspräsident ist Mitglied im Ständigen Ausschuss, der die Plenarsitzungen begleitet und über Verwaltungsfragen entscheidet.

Stellvertretende Mitglieder sind Gregor Freches und Patricia Creutz-Vilvoye.

Die Arbeit der IPR-Plenarversammlung wird in den Kommissionen vorbereitet, die in regelmäßigen Abständen tagen:

- Kommission 1: Wirtschaftliche Fragen
- Kommission 2: Soziale Fragen
- Kommission 3: Verkehr und Kommunikation
- Kommission 4: Umwelt und Landwirtschaft
- Kommission 5: Schulwesen, Ausbildung, Forschung und Kultur
- Kommission 6: Innere Sicherheit, Katastrophenschutz und Rettungsdienste
- COVID-19 ad-hoc Kommission

Am 8. Dezember 2023 befasste sich der IPR in der Plenartagung in Trier mit den Schwerpunkten der Gipfelpräsidentschaft, dem Exekutivgremium der Großregion, und verabschiedete eine gemeinsame Erklärung zum Nahost-Konflikt. Diskutiert wurde auch die engere Zusammenarbeit mit anderen grenzüberschreitenden Gremien, wie dem Benelux-Parlament, dem Oberrheinrat und der Versammlung der baltischen Staaten.

In der Plenarsitzung verabschiedete der IPR folgende Empfehlungen:

- Einführung einer Direktzugverbindung zwischen Paris und Berlin über Saarbrücken
- Unterstützung der Weiterentwicklung des grenzüberschreitenden Schienengüterverkehrs in der Großregion
- Die Trockenmauern in der Großregion
- Die Großregion als Vorbild in der grenzüberschreitenden Tierseuchenbekämpfung: Die Afrikanische Schweinepest (ASP) gemeinsam wirksam bekämpfen
- Vertiefung der Zusammenarbeit mit dem Oberrheinrat

Die Plenarsitzung vom 21. Juni in Montabaur warf einen Blick auf den Ausgang der Europawahlen, nahm einen Bericht der Präsidentschaft des Gipfels der Großregion (Regierungsebene) zur Kenntnis und tauschte über die Arbeit in den Arbeitsgruppen aus. Da die Plenarsitzung nach den Gemeinschaftswahlen und vor Einsetzung des neuen Parlaments stattfand, wurde das Parlament durch die geschäftsführende Präsidentin, Patricia Creutz-Vilvoye, vertreten.

Die Plenarsitzung verabschiedete zwei weitere Empfehlungen:

- Wasser in der Großregion – eine Herausforderung ohne Grenzen
- Unterstützung Jugendlicher in der Großregion an der Schnittstelle von Schule und beruflicher Integration



Die Plenarsitzung des IPR fand am 21. Juni in Montabaur statt. Copyright: Landtag Rheinland-Pfalz

BeNeLux-Parlament



Das Benelux-Parlament ist eines der fünf Gremien der Benelux-Union (neben Ministerrat, Rat der hohen Beamten, Generalsekretariat und Gerichtshof).

Es ist ein beratendes Organ und kann in diesem Sinne informierend, beratend und stimulierend auf den entscheidungsbefugten Ministerrat einwirken.

Dazu kann es Stellungnahmen oder Empfehlungen zu folgenden Themenbereichen an die Regierungen der Mitgliedsländer richten:

- die Verwirklichung und die Arbeitsweise der Wirtschaftsunion zwischen den drei Staaten,
- die kulturelle Annäherung zwischen den drei Staaten,
- die Zusammenarbeit der drei Staaten in Bezug auf die Außenpolitik,
- die Vereinheitlichung des Rechts in den drei Staaten,
- (mit der Zustimmung der Regierungen) jede andere Frage von gemeinsamem Interesse.

Das Benelux-Parlament tagt regelmäßig. Etwa alle drei Monate findet eine Plenarsitzung statt, fast wöchentlich arbeiten die Ausschüsse an festgelegten Themen und Fragen.

Viele der Errungenschaften der Benelux-Zusammenarbeit sind auf Initiative des Benelux-Parlaments oder in Zusammenarbeit mit dem Parlament entstanden.

Die durch das Parlament bezeichnete Vertreterin im Benelux-Parlament ist Patricia Creutz-Vilvoye. In der Sitzungsperiode 2022-2023 endete ihr Vorsitz des Gremiums. Sie übernahm Ende 2022 wieder das Amt der Vizepräsidentin.

In dieser Eigenschaft nahm die Vizepräsidentin des Parlaments am 29. November 2023 am Benelux-Gipfel in Rotterdam teil. Im Wereldmuseum sprachen die Regierungschefs Rutte, Frieden und De Croo u. a. über die politische und regionale Zusammenarbeit zwischen den Benelux-Staaten.

Foto O: Benelux-Gipfel in Rotterdam. Copyright: Benelux-Parlament

Am 1. und 2. Dezember 2023 veranstaltete das Benelux-Parlament eine Plenarsitzung in Middelburg (NL). Das zentrale Thema dieser Sitzung waren die Migrationsströme in den Benelux-Staaten. Mehrere Experten ergriffen das Wort, um das Thema aus verschiedenen Blickwinkeln zu erörtern.

Am 15. und 16. März 2024 fand die Plenarsitzung des Benelux-Parlaments im Provinciehuis in Zwolle statt. Das zentrale Thema dieser Sitzung war die Zukunft der Landwirtschaft.

Die Plenarsitzung vom 14. und 15. Juni befasste sich mit dem Schwerpunktthema „Sicherheit in Häfen“.



Benelux-Gipfel in Rotterdam. Copyright: Benelux-Parlament



Euregio Maas-Rhein



Die Euregio Maas-Rhein wurde im Jahr 1976 als Arbeitsgemeinschaft gegründet und ist einer der ältesten grenzüberschreitenden Kooperationsverbände. Im Jahr 1991 wurde diese Arbeitsgemeinschaft in die Rechtsform einer Stichting nach niederländischem Recht umgewandelt. Hauptaufgabe der Euregio Maas-Rhein ist die Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Sie ist dabei eine zentrale Ansprechpartnerin, Vermittlerin und Informationsträgerin und als solche bei den Bürgern, der Zivilgesellschaft und bei den lokalen und regionalen Behörden und Partnerschaften gut bekannt. Hürden abbauen, innovative Lösungen entwickeln, Vernetzen und Vermitteln gehören damit zu den Hauptaufgaben. Anhand konkreter Ergebnisse und jahrelanger Expertise vermarktet sie sich erfolgreich sowohl intern als auch auf internationaler Ebene. Die Euregio Maas-Rhein setzt sich aktiv für die Interessen der Bürger, Unternehmen, Organisationen, Kommunen und Städte im Grenzgebiet ein. Sie unterstützt die Zielgruppen dabei, die Chancen auf beiden Seiten der Grenze optimal zu nutzen und trägt dazu bei, den Wohlstand und das Wohlergehen sowie das wechselseitige Verständnis der Menschen im Grenzgebiet unter Berücksichtigung kultureller Unterschiede zu fördern.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist seit 1992 eine Partnerregion der Euregio Maas-Rhein. Zu diesem grenzüberschreitenden Zweckverband gehören außerdem die belgischen Provinzen Lüttich und Limburg, die niederländische Provinz Limburg sowie der Zweckverband – Region Aachen.

Seit dem 4. April 2019 fungiert die Euregio Maas-Rhein als EVTZ (Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit). Dank der neuen Rechtsform hat der grenzüberschreitende Charakter ihrer Arbeit noch einmal einen wichtigeren Stellenwert erhalten. Der EVTZ ist ein Europa in Miniaturform mit all seinen Vor-, aber auch Nachteilen. Dank seiner Nähe zu den lokalen Akteuren bleibt der EVTZ jedoch immer an die Realität des Terrains gebunden und führt so seine Hauptaufgabe seit 1976 weiterhin fort: den Alltag aller Bürger der EMR in jeglichen Lebenslagen durch die Koordination von Projekten und Initiativen grenzüberschreitend zu erleichtern.

Der EVTZ hat seinen Sitz in der Gospertstraße 42 in Eupen. Die Arbeitssprachen des EVTZ sind Deutsch, Französisch und Niederländisch.

Die Organe des EVTZ sind:

- a) die Versammlung, gebildet aus Vertreterinnen und Vertretern seiner Mitglieder sowie beratenden Vertreterinnen und Vertretern,
- b) der Vorstand,
- c) eine Präsidentin/ein Präsident und zwei Vizepräsidentinnen/Vizepräsidenten aus dem Vorstand.

Die Versammlung besteht aus 35 stimmberechtigten und zehn beratenden Vertretern der Mitglieder des EVTZ, die von den jeweiligen Mitgliedskörperschaften bestimmt werden, sowie der Geschäftsführerin/dem Geschäftsführer des Verwaltungsbüros. Die Deutschsprachige Gemeinschaft entsendet sieben stimmberechtigte Mitglieder und zwei beratende Mitglieder in die Versammlung. Die zwei beratenden Vertreter setzen sich aus zwei Vertretern der Sozial- und Wirtschaftsakteure zusammen.

Der Versammlung sind folgende Kompetenzen vorbehalten:

- a) Annahme der Geschäftsordnung,
- b) Genehmigung des Beitritts neuer Mitglieder,
- c) Genehmigung des Haushalts und der Haushaltsrechnung,
- d) Festlegung und Fälligkeit der Jahresbeiträge der Mitglieder,
- e) Aufnahme von Darlehen,
- f) Änderung der Finanzierungsbedingungen des EVTZ,
- g) Beschreitung des Rechtswegs,
- h) Erwerb, Tausch und Veräußerung von Immobilien sowie Abschluss und Auflösung von Mietverträgen,
- i) Annahme oder Ablehnung von Spenden und Legaten,
- j) Änderung der Übereinkunft und der Satzung,
- k) Auflösung des EVTZ.

(Quelle: Satzung des Europäischen Verbundes für territoriale Zusammenarbeit „Euregio Maas-Rhein“)

Liesa Scholzen, Gregor Freches, Sandra Houben-Meesen und Charles Servaty vertraten in dieser Sitzungsperiode das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft im EVTZ.

Als EVTZ initiiert und unterstützt die Euregio Maas-Rhein Projekte aus dem Interreg - EMR Förderfonds. Die EU-Gelder werden für verschiedene Projekte genutzt, die die Euregio zusammenwachsen lässt.

Das Ziel dieser Projekte ist meist, Wege zu eröffnen, die später strukturell weitergeführt werden.

Die EMR unterstützt kleine bürgernahe Projekte ebenso wie grenzüberschreitende Projekte größeren Ausmaßes, die durch den europäischen Fonds INTERREG gefördert werden.

Europäischer Ausschuss der Regionen (AdR)



Europäischer Ausschuss der Regionen

Der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) ist, wie auf seiner Website beschrieben, „die Stimme der Regionen und Städte in der Europäischen Union (EU)“. Er vertritt die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in der gesamten Europäischen Union und gibt Stellungnahmen zu neuen Rechtsvorschriften ab, die Auswirkungen auf die Regionen und Städte haben (70 % aller EU-Rechtsvorschriften).

Der AdR ist eine politische Versammlung und besteht aus 329 Mitgliedern und 329 Stellvertretern aus allen EU-Staaten (gegliedert nach Parteien, mit einem Präsidenten an der Spitze), die auf kommunaler oder regionaler Ebene gewählt wurden, etwa als Bürgermeister oder als Präsident einer Region. Die Mitglieder kommen sechs Mal jährlich nach Brüssel, um Stellungnahmen zu vorgeschlagenen Rechtsvorschriften zu debattieren und Entscheidungen über weitere Maßnahmen zu verabschieden, die die EU ergreifen soll.

Die politischen Prioritäten des AdR wurden für die europäische Legislaturperiode 2020-2025 unter den Titel „Europas Bürgernähe stärken“ zusammengefasst. Der AdR definiert darin drei prioritäre Anliegen:

1. Die EU bürgernäher gestalten: Demokratie und die Zukunft der EU
 2. Den tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel bewältigen – resiliente regionale und lokale Gemeinschaften schaffen
 3. Zusammenhalt als unser Grundwert – ortsbezogene Maßnahmen – die EU in den Dienst ihrer Bürger und deren Wohnorte stellen
- Neben Plenar- und Ausschusssitzungen organisiert der

AdR zahlreiche Veranstaltungen, die das Netzwerk der Regionen und Städte stärken. Belgien ist mit zwölf Mitgliedern im AdR vertreten. Das Mandat des Vertreters der Deutschsprachigen Gemeinschaft ging – nach dem Ausscheiden von Karl-Heinz Lambertz aus dem Parlament – am 12. März 2024 an Ministerpräsident Oliver Paasch über.

Der AdR befasste sich in mehreren Initiativen mit der Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei der Gestaltung und Umsetzung der Nationalen Energie- und Klimapläne. Auch der Ukraine-Krieg war leider immer wieder Thema von Debatten, Resolutionen und Begegnungen auf höchster Ebene. Der AdR betonte in der Krise die Wichtigkeit der Zusammenarbeit mit den im Osten an die Europäische Union angrenzenden Länder.

Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates



Der Kongress der Gemeinden und Regionen wurde aus der Überzeugung geboren, dass die Gemeinden und später die Regionen in den Anfängen des europäischen Aufbaus eine Stimme bekommen sollten. Ursprünglich ein einfacher Ausschuss der Parlamentarischen Versammlung im Jahr 1953, dann eine „Europäische Konferenz der Gebietskörperschaften“, wurde er 1994 zum „Kongress der Gemeinden und Regionen“. Der Kongress besteht aus zwei Kammern: die Kammer der Gemeinden und die Kammer der Regionen. Er hat 324 Vollmitglieder und 324 Stellvertreter, die alle für vier Jahre gewählt sind. Mehr als 150.000 Gemeinden und Regionen sind in den 47 Mitgliedstaaten des Europarates vertreten.

Die Stärkung der Gemeindedemokratie und die Tatsache, dass die Mitgliedstaaten deren zunehmende Rolle anerkannten, führte 1985 zur Annahme der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung. Hauptaufgabe des Kongresses ist die regelmäßige



Überwachung der Umsetzung der Charta der kommunalen Selbstverwaltung in den Mitgliedstaaten.

Schwerpunktt Themen des Kongresses waren u. a. Fragen betreffend Auswirkungen des Ukraine-Kriegs, Wahlbeobachtung bei Lokalwahlen in der Türkei, Migrationsfragen in Moldawien und Partizipationsprojekte in Osteuropa.

Deutsch-österreichische Konferenz der Landtagspräsidenten

Seit Juni 2017 nimmt der Präsident des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft an der „Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente und des Südtiroler Landtages sowie des Deutschen Bundestages und des deutschen und österreichischen Bundesrates unter Beteiligung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens“ teil. Die Beobachterfunktion bietet die Gelegenheit, mit den Amtskollegen über parlamentarische Themen zu diskutieren, über Best-Practice-Beispiele auszutauschen und gemeinsame Standpunkte zu wichtigen gesellschaftlichen Themen zu verabschieden.

Am 21. Januar 2024 fand die jährliche Europakonferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente und des Südtiroler Landtages sowie des Deutschen Bundestages und des deutschen und österreichischen Bundesrates unter Beteiligung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens in Brüssel statt. Den Vorsitz hatten die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin und Vorsitzende der deutschen LPK, Cornelia Seibeld, und die Präsidentin des Tiroler Landtages und Vorsitzende der österreichischen LPK, Sonja Ledl-Rossmann, inne.

Die Vorsitzenden der Regionalparlamente verabschiedeten mehrere Erklärungen: zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, zur Demokratievermittlung für Kinder und Jugendliche, zur Datenschutzrichtlinie der EU. Zudem riefen sie gemeinsam zur Beteiligung an den Europawahlen auf.

Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Regionen Europas

Angesichts der Erfahrungen aus der Coronapandemie, samt der vorübergehenden Wiedereinführung von Grenzkontrollen,

sowie verschiedener Krisensituationen sprechen sich die Präsidentinnen und Präsidenten dafür aus, Grenzräume in der EU für die Vertiefung der europäischen Integration und Stärkung der Krisenresilienz intensiver zu nutzen.

Ebenso sprechen sich die Präsidentinnen und Präsidenten dafür aus, die Vertiefung der europäischen Integration und Resilienz auch durch interregionale, grenzübergreifende Zusammenarbeit und Vernetzung der Regionen weiter voranzubringen, die keine gemeinsame Grenze teilen.

Stärkung der Teilhabe am demokratischen Leben und Förderung der Europabildung von Kindern und Jugendlichen

Die Präsidentinnen und Präsidenten engagieren sich für eine durchgängige Berücksichtigung von Kinder- und Jugendbelangen in allen Politikbereichen. Sie setzen sich für eine aktive und bedeutsame Teilhabe junger Menschen an politischen Entscheidungen auf lokaler und regionaler Ebene ein. In ihren Häusern unterstützen sie Formate, die einen persönlichen Austausch von jungen Menschen mit Abgeordneten ermöglichen.

Gemeinsamer Aufruf der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente sowie des Südtiroler Landtages unter Beteiligung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens zur Teilnahme an den Europawahlen am 9. Juni 2024

„Machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch!“, unterstrichen die Vorsitzenden in Richtung von Erstwählern und betonten dabei die Wichtigkeit der Wahlbeteiligung für zukünftige europäische Entscheidungen.

Erklärung der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente und des Südtiroler Landtages unter Beteiligung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens an den Kommissar für Justiz und Rechtsstaatlichkeit, Didier Reyniers

Die deutschsprachigen Regionalparlamente sehen sich nach wie vor durch die Rechtslage im Bereich des Datenschutzes belastet und fordern, dass die Kommission einen Dialog auf Augenhöhe zur Berücksichtigung der Bedürfnisse parlamentarischer Institutionen im Datenschutzbereich eröffnet und im Gleichklang mit den für das Europäische Parlament geltenden Regeln die Möglichkeit für autonome Regelungen des Datenschutzes im parlamentarischen Bereich vorsieht und einen entsprechenden Korrekturvorschlag auf den Weg bringt.

VERNETZUNG DES PARLAMENTS

Der Aufbau von Netzwerken und die Schaffung von Synergien sind im Bereich der auswärtigen Beziehungen von großer Bedeutung.

Das Parlament pflegt durch die Teilnahme an bestehenden Strukturen (siehe Vertretung in Gremien) und durch direkte Kontakte gute Beziehungen zu anderen Parlamenten, zu Einrichtungen, aber auch zu Personen. Diese gilt es aufrechtzuerhalten und auszubauen. Der Blick über den Tellerrand ist dabei nicht nur auf die direkten Nachbarn zu richten, sondern auch auf entferntere Regionen in Europa mit ähnlichen Herausforderungen.

Neben den Kontakten auf politischer und administrativer Ebene werden weiterhin gemeinsame Sitzungen und Studienreisen angestrebt. Der Ausbau direkter persönlicher Kontakte und ein aktiver Meinungsaustausch optimieren die interne Entscheidungsfindung, stärken die Außendarstellung und die Position des Parlaments und der Deutschsprachigen Gemeinschaft an sich innerbelgisch und über die Landesgrenzen hinaus.

Gemeinsame Sitzungen mit den Ausschüssen für Zusammenarbeit

Aufgrund der Coronakrise tagte der für Zusammenarbeit zuständige Ausschuss I zum ersten Mal in dieser Legislaturperiode in gemeinsamen Sitzungen mit den Ausschüssen für Zusammenarbeit anderer belgischer Parlamente.

Am 12. Oktober 2023 konnte das Parlament zunächst die Kollegen des Wallonischen Parlaments in Eupen begrüßen und dann am 24. November 2023 den Ausschuss für Zusammenarbeit des Flämischen Parlaments. Am 14. März 2024 war wiederum Ausschuss I zu Gast beim Wallonischen Parlament in Namur.

Zentrale Themen dieser gemeinsamen Sitzungen waren die Berichte der jeweiligen Regierungen zu den geschlossenen Zusammenarbeitsabkommen, der Austausch zu den Perspektiven und Erwartungen bezüglich einer siebten Staatsreform sowie die Erfahrungen der Teilstaaten mit verschiedenen Modellen der Bürgerbeteiligung.



Gemeinsame Sitzung mit dem Wallonischen Parlament im Oktober 2023



Austausch mit Gästen aus dem flämischen Parlament.

BEGLEITUNG DER AUSSEN-BEZIEHUNGEN DER REGIERUNG

Die Zusammenarbeit des Parlaments und der Regierung im Bereich Außenbeziehungen legt den Fokus auf mögliche Synergien. Der Austausch wird ausgerichtet auf die Einbindung des Parlaments in institutionelle und thematische Bereiche. Die Regierung informiert das Parlament über anstehende Kooperationsabsichten und berichtet nach Abschluss eines Abkommens über dessen Inhalt. Auch das Parlament informiert unter denselben Prämissen die Regierung über seine auswärtigen Kontakte.

In Zukunft sollen noch regelmäßiger und anlassbezogenen Informations- und Meinungsaustausche erfolgen. Zur Ergänzung übermittelt die Regierung dem Parlament die Tagesordnungen und Beschlussfassungen des föderalen Konzentrationausschusses. Auch die zuständigen Verwaltungen arbeiten enger zusammen bzw. informieren sich gegenseitig über neue Entwicklungen und Projekte.

PERMANENTER BÜRGERDIALOG

in Ostbelgien

Nachdem das Parlament im Februar 2019 das Dekret zur Einführung eines permanenten Bürgerdialogs in der Deutschsprachigen Gemeinschaft verabschiedet hatte, war die Institutionalisierung von permanenter Bürgerbeteiligung in Ostbelgien in die Wege geleitet worden.

Der erste Bürgerrat war im September 2019 eingesetzt worden und konnte somit die erste Bürgerversammlung zum Thema „Pflege geht uns alle an! Wie können die Pflegebedingungen für Personal und Betroffene verbessert werden?“ in den Monaten März 2020 bis September 2020 organisieren.

Seitdem sind bereits mehrere Bürgerversammlungen organisiert worden und haben bereits mehrere Mitgliederwechsel im Bürgerrat stattgefunden. Die ersten beiden Bürgerversammlungen (zu den Themen „Pflege“ und „Inklusion macht Schule“) konnten in der vergangenen Sitzungsperiode abgeschlossen werden.

Es folgt eine Beschreibung der Ereignisse in der letzten Sitzungsperiode – in Bezug auf die Bürgerversammlungen „Bezahlbares Wohnen“, „Digitalisierung“ und „Integration von Zuwanderern“ sowie in Bezug auf die Arbeit des Bürgerrats. Berichte zu allen Sitzungen von Bürgerrat und Bürgerversammlung findet man auf der Internetseite www.buergerdialog.be.

Alle Bürgerversammlungen wurden auch von Mitarbeitern der UCL Leuven ausgewertet. Dazu haben entsprechende Mitarbeiter als stille Beobachter an den Sitzungen teilgenommen und Fragebögen von den teilnehmenden Bürgern ausfüllen lassen. Entsprechende Auswertungsberichte wurden dem Parlament und dem Bürgerrat zugestellt.

Die dritte Bürgerversammlung zum Thema „Bezahlbares Wohnen“

Am 28. August 2023 erfolgte aufgrund einer entsprechenden Anfrage durch den zuständigen Bürgerrat ein schriftlicher Zwischenbericht der Regierung zum Stand der Dinge in der Umsetzung der Bürgerempfehlungen. Daraufhin beschloss der Bürgerrat, dass die Umsetzung so weit fortgeschritten war, dass die entsprechende Abschlussveranstaltung stattfinden könnte.

Am 9. Oktober 2023 fand somit die Abschlussveranstaltung zum Thema „Bezahlbares Wohnen“ statt. Ergebnis ist der Abschlussbericht, das **Parlamentsdokument 186 (2023-2024) Nr. 3**. Damit ist die Bürgerversammlung abgeschlossen.

Jedoch wurde am 6. Mai 2024 das neue Dekret zum Wohnungswesen (Dekret zur Abänderung des Gesetzbuches über nachhaltiges Wohnen und des Dekrets vom 18. März 2002 zur Infrastruktur) verabschiedet. In die entsprechende Vorbereitungsarbeit wurde der Bürgerrat vom zuständigen Ausschuss einbezogen und Vertreter des Bürgerrats konnten an den entsprechenden Ausschusssitzungen teilnehmen.

Die vierte Bürgerversammlung zum Thema „Digitale Fähigkeiten“

Sobald das sogenannte „Umsetzungsjahr“ gestartet hatte, begann der zuständige 5. Bürgerrat mit seiner Arbeit zur Nachverfolgung der Umsetzung der Empfehlungen. In diesem Rahmen organisierte der Bürgerrat am 3. Oktober 2023 ein informelles Zwischengespräch mit dem zuständigen Ausschussvorsitzenden und der zuständigen Ministerin.

Am 12. März 2024 fand die Abschlussveranstaltung zum Thema „Digitale Fähigkeiten“ statt. Ergebnis ist der Abschlussbericht, das **Parlamentsdokument 240 (2023-2024) Nr. 3**. Damit ist die Bürgerversammlung abgeschlossen.

Am 25. März 2024 stellte die Regierung ihre „Digitalstrategie“ vor – siehe Parlamentsdokument 355 (2023-2024) Nr. 1 und schlug darin explizit die Brücke zu den entsprechenden Bürgerempfehlungen.

Die fünfte Bürgerversammlung zum Thema „Integration von Zuwanderern“

Am 8. November 2023 fand die zweite öffentliche Ausschusssitzung statt und der entsprechende Bericht (**Parlamentsdokument 277 (2023-2024) Nr. 2.**) wurde veröffentlicht. Diese Sitzung läutete das sogenannte „Umsetzungsjahr“ zu diesen Bürgerempfehlungen ein. Während dieser Phase besteht die Aufgabe des Bürgerrats (sechster Bürgerrat) darin, die Umsetzung der Empfehlungen durch die Politik nachzuverfolgen.

Vor diesem Hintergrund hielt der zuständige 6. Bürgerrat am 20. März 2024 ein informelles Zwischentreffen mit dem Vorsitzenden des zuständigen Ausschusses und dem zuständigen Minister ab. Weitere Schritte zur Nachverfolgung sind in der neuen Legislaturperiode angedacht.



Die sechste Bürgerversammlung zum Thema „Schülerkompetenzen“

Der zuständige Bürgerrat wählte das entsprechende Diskussionsthema im März 2024 aus und organisierte das entsprechende Losverfahren zur Ermittlung der Teilnehmer an dieser Bürgerversammlung von Januar bis April 2024. Die Mitgliedertreffen der neuen Bürgerversammlung werden im September 2024 starten.

Der Bürgerrat

Der Bürgerrat ist im Gegensatz zur Bürgerversammlung das permanente Gremium des Bürgerdialogs. Die Mitglieder versammeln sich etwa einmal im Monat und treffen organisatorische Entscheidungen. So legen sie beispielsweise das Diskussionsthema einer jeden Bürgerversammlung fest. Aber auch die Nachverfolgung der Umsetzung durch die Politik liegt in ihrer Verantwortung.

Der Bürgerrat setzt sich aus 24 Bürgern zusammen, die vorher bereits an einer Bürgerversammlung teilgenommen haben und somit schon wissen, wie der Bürgerdialog abläuft. Nach Abschluss einer Bürgerversammlung wird ein Drittel der Mitglieder ausgetauscht. Ehemalige Mitglieder der abgeschlossenen Bürgerversammlungen rücken dann in den Bürgerrat nach.

Im November 2023 fand ein Mitgliederwechsel im Bürgerrat statt und der somit sechste Bürgerrat nahm seine Arbeit auf. Da das Vorgängermandat gerade einen Aufruf zur Einreichung von Themenvorschlägen für die nächste Bürgerversammlung gestartet hatte, zeichnete der nun sechste Bürgerrat für die Themenauswahl verantwortlich.

Zudem startete der Bürgerrat das Losverfahren für die Ermittlung der Teilnehmer an der sechsten Bürgerversammlung und organisierte die sechste Bürgerversammlung u. a. mit der Zusammenstellung einer Liste anzuhörender Experten.

Des Weiteren verfolgte der sechste Bürgerrat die Umsetzung der Empfehlungen der vierten Bürgerversammlung („Digitale Fähigkeiten“) und der fünften Bürgerversammlung („Integration von Zuwanderern“) (siehe weiter oben) und begleitete die anstehenden Dekretänderungen (siehe weiter unten).

Der Bürgerrat legt weiterhin einen Schwerpunkt auf die Öffentlichkeitsarbeit rund um den Bürgerdialog: So beteiligte sich der fünfte Bürgerrat im September 2023 mit einem Informationsstand am Tag der offenen Tür des Parlaments. Zudem organisierte der sechste Bürgerrat am 21. April 2024 eine öffentliche Veranstaltung, um die breite Öffentlichkeit über den Bürgerdialog zu informieren und für seinen Mehrwert zu sensibilisieren.



Bürgerdialog
in Ostbelgien



Die Mitglieder des Bürgerrats (Stand: Oktober 2023)

Anpassungen der rechtlichen Grundlagen zum Bürgerdialog

In dieser Sitzungsperiode waren die Anpassungen der rechtlichen Grundlagen zum Bürgerdialog (Dekret vom 25. Februar 2019 zur Einführung eines permanenten Bürgerdialogs in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und entsprechende Passagen in der Geschäftsordnung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft) ein besonderer Meilenstein im Bürgerdialog.

Im Rahmen eines vom Parlament am 24. Juni 2022 organisierten Seminars zur Auswertung des Bürgerdialogs tauschten die Mitglieder der bis dato organisierten Bürgerversammlungen, die Mitglieder aller bisher eingesetzten Bürgerräte, die Parlamentarier, die zuständigen Parlamentsmitarbeiter und die Wissenschaftler, die den Bürgerbeteiligungsprozess begleiten, über die gesammelten Erfahrungen aus.

In Konzertierung mit dem Bürgerrat arbeitete die Parlamentsverwaltung im Anschluss eine Liste mit Optimierungsvorschlägen aus. Das Dekret zur Abänderung des Dekrets vom 25. Februar 2019 zur Einführung eines permanenten Bürgerdialogs in der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Parlamentsdokument 311 (2023-2024)

Nr. 3 – und der Beschluss zur Abänderung der Geschäftsordnung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Hinblick auf die Regelung der parlamentarischen Arbeitsweise in Bezug auf den Bürgerdialog in der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Parlamentsdokument 312 (2023-2024) Nr. 3 – setzen die vorerwähnten Optimierungsvorschläge um.

Bei der Ausarbeitung der Textentwürfe wurden zudem die Empfehlungen und Bemerkungen des Staatsrats und der Datenschutzbehörde berücksichtigt, die in Bezug auf verschiedene Gesetzesinitiativen formuliert wurden, die andere belgische Parlamente inzwischen im Hinblick auf die Einrichtung eines Bürgerbeteiligungsverfahrens ergriffen haben.

Zur Erarbeitung der entsprechenden Texte hat das Parlament auch den Bürgerrat konsultiert und entsprechende Stellungnahmen des Bürgerrats wurden vollends berücksichtigt.

Am 22. April 2024 wurde das Dekret zur Abänderung des Dekrets vom 25. Februar 2019 zur Einführung eines permanenten Bürgerdialogs in der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom Plenum verabschiedet.

50 JAHRE PARLAMENT – 50 JAHRE AUTONOMIE



Am 23. Oktober 2023 jährt sich zum 50. Mal die konstituierende Sitzung der ersten parlamentarischen Einrichtung der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Seit einem halben Jahrhundert verfügen die deutschsprachigen Belgier über eine Volksvertretung mit Handlungsspielräumen, die im Laufe der Zeit gewachsen sind. Zehn Jahre später, am 30. Januar 1984, wurde die erste Regierung eingesetzt und am 10. März 1974 wurde der Rat der deutschen Kulturgemeinschaft zum ersten Mal direkt gewählt.

Rund um die Jubiläumsdaten organisierte das Parlament zahlreiche Veranstaltungen und Begegnungen. Ziel war es, in einer breiten Meinungsumfrage die Entwicklung der Autonomie auszuwerten und einen Ausblick auf zukünftige Herausforderungen zu geben.

Kurz vor Beginn der neuen Sitzungsperiode öffnete das Parlament am 10. September 2023 seine Türen. Mitarbeitende aus Verwaltung und Fraktionen sowie die Abgeordneten standen den Besuchern Rede und Antwort. Eine kurzweilige Schnitzeljagd führte die Besucher durch alle Dienste. Zudem fanden Talkrunden mit den Abgeordneten statt.

Am Tag des Jubiläums, am 23. Oktober 2023, erinnerte das Parlament in einem Festakt in der Aula der Pater-Damian-Sekundarschule an die Einsetzung des RdK im Jahr 1973. Neben musikalischen Grüßen der Regenbogengruppe Kelmis, des Eastbelgica Streichensembles und der Tanzgruppe Walhorn sowie des Chors Carmina Viva standen Grußbotschaften verschiedener Parlamentsvorsitzender und Bürger auf dem Programm. Professor Jens Woelk referierte zudem zur Frage der Herausforderung von Regionalparlamenten in der europäischen Integration. Das Veranstaltungsprogramm, die verschiedenen Ansprachen und die Festrede von Professor Woelk sind nachzulesen in Band 20 der Schriftenreihe der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens.



Der Festakt in der Aula der Pater-Damian-Sekundarschule



Das Kolloquium am 8. März 2024 im Plenarsaal des Parlaments

Am 8. März 2024 beendete das Parlament seine Veranstaltungsreihe rund um das 50-jährige Jubiläum mit einem wissenschaftlichen Kolloquium. „Die Autonomie der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Windschatten der belgischen Staatsreformen: Rück- und Ausblick nach 50 Jahren“ lautet der Titel der Tagung, die namhafte Wissenschaftler nach Eupen führte. Die Beiträge dieser Veranstaltung werden in Band 22 der Schriftenreihe der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens veröffentlicht.

Parlamentarische Ereignisgeschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens (1973-2023)

Eine vom Parlament herausgegebene Festschrift gibt Aufschluss über die Organisation und Funktionsweise des heutigen Parlaments und seiner Vorgängerinstitutionen und beschreibt die parlamentsbezogenen Ereignisse und Initiativen während der vergangenen fünfzig Jahre. Dazu werden zahlreiche Quellentexte und Originalzitate aus Parlamentsdokumenten, Berichten, Sitzungsprotokollen und sonstigen Verwaltungsunterlagen verwendet. Die Dokumentation zeigt rückblickend Erreichtes auf und hebt so den Stellenwert der Legislative im Autonomieprozess der Deutschsprachigen Gemeinschaft hervor.

Details zum Buch:

Titel: Parlamentarische Ereignisgeschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens (1973-2023). Eine Dokumentation
 Autor: Wilfried Jousten
 Herausgeber: Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft
 437 Seiten, Hardcover
 ISBN 978-3-948311-09-4
 Preis: 15,00 € (erhältlich im Parlament)



ANLAGE I – REGIERUNGSKONTROLLE

Abkürzungen:

BIF Bulletin Interpellationen und Fragen

AF Aktuelle Frage

DF Dringende Frage

MÜNDLICHE FRAGEN 2023-2024

Nr.	Datum	Fragesteller	Fraktion	Gegenstand der Frage	Befragter Minister	Gremium	BIF
1435	18.09.2023	J. Huppertz	fraktionslos	AF: Verpflichtender Sexualkundeunterricht für Schüler zwischen 11 und 15 Jahren nach dem Modell des EVRAS-Dekrets der Föderation Wallonie-Brüssel	L. Klinkenberg	Plenum	43
1436	18.09.2023	A. Jerusalem	Ecolo	AF: Weiteres Vorgehen der Regierung auf der Grundlage der Erkenntnisse des chronobiologischen Gutachtens	L. Klinkenberg	Plenum	43
1437	02.10.2023	C. Creutz-Vilvoye	CSP	Auswirkungen des EU-Wiederaufbau- und Resilienzplans auf die Finanzierung von Projekten der Deutschsprachigen Gemeinschaft	O. Paasch	AI	43
1438	02.10.2023	K.-H. Lambertz	SP	Investitionsgesellschaft PROMA	O. Paasch	AI	43
1439	02.10.2023	L. Scholzen	ProDG	Ausweitung des kostenlosen GrenzEcho-Abonnements auf ostbelgische Auszubildende	O. Paasch	AI	43
1440	02.10.2023	F. Cremer	ProDG	Abkommen mit den Hochschulen hinsichtlich der Bekämpfung des Fachkräftemangels	O. Paasch	AI	43
1441	02.10.2023	A. Mockel	Ecolo	Energieprämien für Vermieter	A. Antoniadis	AI	43
1442	02.10.2023	A. Mockel	Ecolo	Übersetzung von Lastenheften	O. Paasch	AI	43
1443	02.10.2023	A. Mockel	Ecolo	Regelung für Balkon-Solaranlagen in Ostbelgien	A. Antoniadis	AI	43
1444	03.10.2023	A. Mockel	Ecolo	Inklusive Ferienjobs in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	I. Weykmans	All	43
1445	03.10.2023	P. Spies	SP	Plattform chasseurweb.be	I. Weykmans	All	43
1446	03.10.2023	J. Grommes	ProDG	Programm „Kulturbeutel“ zur Förderung von kulturellen Projekten von und für Jugendliche	I. Weykmans	All	43
1447	03.10.2023	K. Elsen	ProDG	Veröffentlichung des Info-Flyers „Kinder und Jugendliche für einen Beruf begeistern“	I. Weykmans	All	43
1448	03.10.2023	D. Stiel	Vivant	Ehrenamtliche Tätigkeit von Arbeitslosen über 60 Jahre	I. Weykmans	All	43
1449	03.10.2023	C. Kraft	CSP	Einstellung aller Aktivitäten des Turnvereins Eupen	I. Weykmans	All	43
1450	03.10.2023	C. Kraft	CSP	Pläne der Regierung hinsichtlich der Anwerbung von ausländischen Fachkräften	I. Weykmans	All	43
1451	03.10.2023	C. Kraft	CSP	Mögliche Schwerpunktverlagerung im Gemeinschaftshaushalt im Bereich der Beschäftigungspolitik	I. Weykmans	All	43
1452	04.10.2023	S. Houben-Meessen	CSP	ÖSHZ-Grundlagendekret	A. Antoniadis	AIV	43
1453	04.10.2023	K.-H. Lambertz	SP	Fachkräftemangel in der Pflege und Rundtischgespräch zum Thema Pflege	A. Antoniadis	AIV	43
1454	04.10.2023	K.-H. Lambertz	SP	Schließung der Tagespflegestelle des Seniorenzentrums St. Franziskus	A. Antoniadis	AIV	43
1455	04.10.2023	K.-H. Lambertz	SP	Suizidprävention in den Schulen	A. Antoniadis	AIV	43

1456	04.10.2023	I. Voss-Werding	Ecolo	Kommunale Integrationsbeauftragte in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	A. Antoniadis	AIV	43
1457	04.10.2023	I. Voss-Werding	Ecolo	Neue Konzepte im Bereich der mentalen Gesundheit	A. Antoniadis	AIV	43
1458	04.10.2023	I. Voss-Werding	Ecolo	Konsum von Antidepressiva bei Minderjährigen	A. Antoniadis	AIV	43
1459	04.10.2023	I. Voss-Werding	Ecolo	Verschreibungen von Psychopharmaka	A. Antoniadis	AIV	43
1460	04.10.2023	L. Scholzen	ProDG	Recht auf Abtreibung	A. Antoniadis	AIV	43
1461	04.10.2023	J. Huppertz	fraktionslos	Kampf gegen Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen	A. Antoniadis	AIV	43
1462	04.10.2023	J. Huppertz	fraktionslos	Glücksspiel und Anzahl jugendlicher Spieler	A. Antoniadis	AIV	43
1463	04.10.2023	J. Huppertz	fraktionslos	Psychologische Hilfsangebote	A. Antoniadis	AIV	43
1464	04.10.2023	J. Huppertz	fraktionslos	Hotline 1712 zu Fragen sexueller Gewalt, Missbrauch und Kindesmisshandlung	A. Antoniadis	AIV	43
1465	04.10.2023	J. Grommes	ProDG	Pflegende Angehörige in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	A. Antoniadis	AIV	43
1466	04.10.2023	D. Stiel	Vivant	Exklusivverträge mit dem Pharmakonzern Pfizer	A. Antoniadis	AIV	43
1467	02.10.2023	K.-H. Lambertz	SP	DF: Jüngste Reformpläne für die Französische Gemeinschaft	O. Paasch	AI	43
1468	05.10.2023	S. Piront	PFF	Hausaufgabenpraxis	L. Klinkenberg	AIII	43
1469	05.10.2023	S. Piront	PFF	Politisch-demokratische Bildung	L. Klinkenberg	AIII	43
1470	05.10.2023	S. Pauels	CSP	Medienbildung als Teil der politischen Bildung	L. Klinkenberg	AIII	43
1471	05.10.2023	L. Scholzen	ProDG	Aufnahmestopp an einigen Kindergärten in der Gemeinde Eupen	L. Klinkenberg	AIII	43
1472	05.10.2023	K. Neycken-Bartholemy	SP	Aufnahmestopp dreier Schulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	L. Klinkenberg	AIII	43
1473	05.10.2023	S. Pauels	CSP	Aufnahmestopp an drei Eupener Kindergärten	L. Klinkenberg	AIII	43
1474	05.10.2023	A. Jerusalem	Ecolo	Richtlinien für Lehrkräfte, die an mehreren Schulen unterrichten	L. Klinkenberg	AIII	43
1475	05.10.2023	A. Jerusalem	Ecolo	Vertretungspool für Lehrkräfte	L. Klinkenberg	AIII	43
1476	05.10.2023	L. Göbbels	ProDG	Vertretungspool im Grundschulwesen	L. Klinkenberg	AIII	43
1477	05.10.2023	A. Jerusalem	Ecolo	Sozial gerechte Staffelung der Elternbeiträge für die Kleinkind- und Kinderbetreuung	L. Klinkenberg	AIII	43
1478	05.10.2023	A. Jerusalem	Ecolo	Vollzeitverträge in der Kinderbetreuung	L. Klinkenberg	AIII	43
1479	05.10.2023	L. Göbbels	ProDG	Angebote für Schüler zur Vertiefung ihrer Französischkenntnisse für den universitären Gebrauch	L. Klinkenberg	AIII	43
1480	05.10.2023	K. Neycken-Bartholemy	SP	Plätze im Time-Out	L. Klinkenberg	AIII	43
1481	05.10.2023	K. Neycken-Bartholemy	SP	Schülerpraktika und Betriebsbesichtigungen	L. Klinkenberg	AIII	43
1482	05.10.2023	A. Mertens	Vivant	Neugewichtung der Unterrichtsfächer	L. Klinkenberg	AIII	43
1483	05.10.2023	C. Kraft	CSP	Ergebnisse der HBSC-Studie 2022	L. Klinkenberg	AIII	43
1484	05.10.2023	C. Kraft	CSP	Gewalt und Fehlverhalten in ostbelgischen Kinderkrippen	L. Klinkenberg	AIII	43
1485	05.10.2023	C. Kraft	CSP	Zukunft des Religionsunterrichts	L. Klinkenberg	AIII	43

1486	05.10.2023	S. Pauels	CSP	Kosten des Anschlussberichts zum OECD-Bericht zur Qualität und Chancengleichheit des Bildungssystems in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	L. Klinkenberg	AIII	43
1487	06.11.2023	R. Heiners	ProDG	Studie über die Folgen der möglichen Ansiedlung des Einstein-Teleskops	O. Paasch	AI	44
1488	06.11.2023	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Resolution des Parlaments zur Senkung der Mehrwertsteuer auf Neubauten und Baumaterialien	O. Paasch	AI	44
1489	06.11.2023	K.-H. Lambertz	SP	Absichtserklärung der Anrainer des Dreiländerecks Eifel-Ostbelgien-Éislek	A. Antoniadis	AI	44
1490	06.11.2023	A. Mockel	Ecolo	Umsetzung des Fonds für Nachhaltigkeit	A. Antoniadis	AI	44
1491	06.11.2023	L. Scholzen	ProDG	Bemühungen der Regierung hinsichtlich einer Sonderregelung für das Geoblocking	O. Paasch	AI	44
1492	07.11.2023	S. Pauels	CSP	Jugendcheck	I. Weykmans	AII	44
1493	07.11.2023	G. Freches	PFF	Schülerassistenten	I. Weykmans	AII	44
1494	07.11.2023	D. Stiel	Vivant	Einblick ins Berufsleben für Kinder	I. Weykmans	AII	44
1495	08.11.2023	D. Stiel	Vivant	Gefälschte Zahnmedizin-Diplome	A. Antoniadis	AIV	44
1496	08.11.2023	D. Stiel	Vivant	Sprachkurse für Pflegekräfte in den Wohn- und Pflegezentren für Senioren	A. Antoniadis	AIV	44
1497	08.11.2023	D. Stiel	Vivant	Hilferuf der Beschäftigten des Mosaik-Zentrums für sozialpädagogische Kinder- und Jugendbetreuung	A. Antoniadis	AIV	44
1498	08.11.2023	C. Servaty	SP	Entwicklung der Antragslage seit Einführung des neuen Pflegegeldsystems	A. Antoniadis	AIV	44
1499	08.11.2023	L. Göbbels	ProDG	Unterstützung der freiberuflichen Hebammen	A. Antoniadis	AIV	44
1500	08.11.2023	J. Grommes	ProDG	Unterbringung von Asylsuchenden in Krankenhäusern	A. Antoniadis	AIV	44
1501	09.11.2023	K. Neycken-Bartholemy	SP	Naturpädagogische Projekte in den Schulen	L. Klinkenberg	AIII	44
1502	09.11.2023	A. Jerusalem	Ecolo	Falsche Universitäten	L. Klinkenberg	AIII	44
1503	09.11.2023	A. Jerusalem	Ecolo	Neuausrichtung der Ausbildung für pädagogische Führungskräfte	L. Klinkenberg	AIII	44
1504	09.11.2023	A. Jerusalem	Ecolo	Entwicklung im Bereich der sonderpädagogischen Förderung	L. Klinkenberg	AIII	44
1505	09.11.2023	A. Jerusalem	Ecolo	Multiprofessionelle Teams zur Förderung der mentalen Gesundheit	L. Klinkenberg	AIII	44
1506	09.11.2023	S. Pauels	CSP	Gehaltstabellen für Neueinsteiger und etablierte Fachkräfte im Unterrichtswesen	L. Klinkenberg	AIII	44
1507	09.11.2023	S. Pauels	CSP	Beschwerden im Zusammenhang mit der neuen Ausbildungsförderung DuO	L. Klinkenberg	AIII	44
1508	09.11.2023	S. Pauels	CSP	Ergebnis der Online-Umfrage zur Schule der Zukunft	L. Klinkenberg	AIII	44
1509	09.11.2023	S. Pauels	CSP	Gleichstellung dualer Abschlüsse der dualen Ausbildung	L. Klinkenberg	AIII	44
1510	09.11.2023	K. Neycken-Bartholemy	SP	Unterstützung der Schulen beim Umgang mit Fragen zum israelisch-palästinensischen Konflikt	L. Klinkenberg	AIII	44
1511	09.11.2023	S. Piront	PFF	Einführung des Bachelorstudiengangs „Soziale Arbeit“ an der AHS	L. Klinkenberg	AIII	44
1512	13.11.2023	P. Spies	SP	AF: Angekündigte Schließung des Werks Saint-Gobain in Eupen	I. Weykmans	Plenum	44
1513	27.11.2023	A. Mockel	Ecolo	Zusammenarbeit mit frankofonen Nachbargemeinden im Bereich der Raumordnung	A. Antoniadis	AI	45

1514	27.11.2023	A. Mockel	Ecolo	Umsetzung der europäischen Vorgabe zur Netto-Null-Flächen-Neuinanspruchnahme	A. Antoniadis	AI	45
1515	27.11.2023	K.-H. Lambertz	SP	Kritik der EU-Kommission an den belgischen Haushaltsplänen	O. Paasch	AI	45
1516	27.11.2023	K.-H. Lambertz	SP	Projekte der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Rahmen des EU-Resilienz- und Wiederaufbaufonds	O. Paasch	AI	45
1517	28.11.2023	G. Freches	PFF	Kostenlose Bereitstellung von Fahrschulunterricht für Arbeitsuchende	I. Weykmans	All	45
1518	28.11.2023	A. Mockel	Ecolo	Inventarisierung der sogenannten Stolpersteine zum Gedenken der Opfer des NS-Regimes in Ostbelgien	I. Weykmans	All	45
1519	28.11.2023	A. Mockel	Ecolo	Vermittlerrolle im Fall des Unternehmens Saint-Gobain in Eupen	I. Weykmans	All	45
1520	28.11.2023	C. Kraft	CSP	Zukunft der Infrastruktur für den Eupener Turnverein	I. Weykmans	All	45
1521	28.11.2023	C. Kraft	CSP	Konsequenzen aus der Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen aus dem Jahr 2011	I. Weykmans	All	45
1522	28.11.2023	D. Stiel	Vivant	Zusammenarbeit zwischen dem Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft, dem Forem und dem VDAB	I. Weykmans	All	45
1523	28.11.2023	P. Spies	SP	Hochqualifizierte Arbeitslose in Ostbelgien	I. Weykmans	All	45
1524	29.11.2023	J. Huppertz	fraktionslos	Krankenhäuser	A. Antoniadis	AIV	45
1525	29.11.2023	J. Grommes	ProDG	Finanzielle Situation der Krankenhäuser in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	A. Antoniadis	AIV	45
1526	29.11.2023	J. Huppertz	fraktionslos	Feminizide	A. Antoniadis	AIV	45
1527	29.11.2023	I. Voss-Werding	Ecolo	„Betreuungszentren nach sexueller Gewalt“	A. Antoniadis	AIV	45
1528	29.11.2023	J. Huppertz	fraktionslos	Zugang zur zahnärztlichen Versorgung	A. Antoniadis	AIV	45
1529	29.11.2023	J. Grommes	ProDG	Honorarzuschläge im ambulanten Sektor	A. Antoniadis	AIV	45
1530	29.11.2023	A. Jerusalem	Ecolo	Kurzaufenthalte für Kinder mit Beeinträchtigung	A. Antoniadis	AIV	45
1531	29.11.2023	I. Voss-Werding	Ecolo	Eltern-Kind-Kuren für Familien aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft	A. Antoniadis	AIV	45
1532	29.11.2023	I. Voss-Werding	Ecolo	Schicksal von Kindern in einem von häuslicher Gewalt geprägten Umfeld	A. Antoniadis	AIV	45
1533	29.11.2023	D. Stiel	Vivant	Zahnbehandlung zwischen Parodontitis-Prävention und Alzheimer-Erkrankung	A. Antoniadis	AIV	45
1534	30.11.2023	K. Neycken-Bartholemy	SP	Zeitplan bezüglich der Medizinstudien in der Flämischen und in der Französischen Gemeinschaft	L. Klinkenberg	AllI	45
1535	30.11.2023	J. Huppertz	fraktionslos	Medizinstudium	L. Klinkenberg	AllI	45
1536	30.11.2023	L. Scholzen	ProDG	Aufnahmeprüfung in deutscher Sprache für das Medizin- und Zahnmedizinstudium in Flandern	L. Klinkenberg	AllI	45
1537	30.11.2023	A. Jerusalem	Ecolo	Kosten für Kurzaufenthalte von Kindern mit Beeinträchtigung	L. Klinkenberg	AllI	45
1538	30.11.2023	A. Jerusalem	Ecolo	Sprachbildung im Kindergarten	L. Klinkenberg	AllI	45
1539	30.11.2023	L. Göbbels	ProDG	Pseudo-wissenschaftliche Angebote im Bildungssektor	L. Klinkenberg	AllI	45
1540	30.11.2023	A. Jerusalem	Ecolo	Umgang mit sprachlichen und interkulturellen Herausforderungen in den Zusatzausbildungen CAP und CAP+	L. Klinkenberg	AllI	45

1541	30.11.2023	A. Jerusalem	Ecolo	Vollstatut in der Kinder- und Kleinkindbetreuung	L. Klinkenberg	AIII	45
1542	30.11.2023	K. Elsen	ProDG	Neue Tarifregelung des RZKB	L. Klinkenberg	AIII	45
1543	30.11.2023	C. Kraft	CSP	Reformpläne zur Arbeitszeiterfassung im Unterrichtswesen	L. Klinkenberg	AIII	45
1544	30.11.2023	C. Kraft	CSP	Ausbildung für Kinderbetreuungspersonal	L. Klinkenberg	AIII	45
1545	30.11.2023	C. Kraft	CSP	Veröffentlichung der Schulkalender auf dem Online-Bildungsportal	L. Klinkenberg	AIII	45
1546	30.11.2023	S. Pauels	CSP	Beschwerdemöglichkeiten des Lehrpersonals gegenüber der Schulleitung	L. Klinkenberg	AIII	45
1547	30.11.2023	S. Pauels	CSP	Schulalltag für Schüler mit Autismus	L. Klinkenberg	AIII	45
1548	30.11.2023	S. Pauels	CSP	Mediation im Fall von Konflikten zwischen Lehrkräften und Eltern	L. Klinkenberg	AIII	45
1549	30.11.2023	A. Mertes	Vivant	Schülerbeförderung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	L. Klinkenberg	AIII	45
1550	30.11.2023	A. Mertes	Vivant	Betreuungszeiten der allein arbeitenden Tagesmütter im Vollstatut ab dem 1. Januar 2024	L. Klinkenberg	AIII	45
1551	15.01.2024	F. Cremer	ProDG	Finanzielle Situation der Gemeinde Kelmis	O. Paasch	AI	46
1552	15.01.2024	R. Nelles	CSP	Reform des EU-Stabilitätspakts	O. Paasch	AI	46
1553	15.01.2024	R. Heiners	ProDG	Weitere Schritte der Regierung in Bezug auf das mangelhafte Angebot von Batopin in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	O. Paasch	AI	46
1554	15.01.2024	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Vorrang für Arbeitnehmer bei der Vergabe von Sozialwohnungen	A. Antoniadis	AI	46
1555	15.01.2024	A. Mockel	Ecolo	Grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich Landschaftsschutz	A. Antoniadis	AI	46
1556	15.01.2024	P. Spies	SP	Bereitstellung von Immobilien als Sozialwohnungen	A. Antoniadis	AI	46
1557	16.01.2024	J. Grommes	ProDG	Förderung des nicht berücksichtigten Projekts „Nationalpark Hohes Venn“ durch die Wallonische Region und bevorstehende Maßnahmen	I. Weykmans	AII	46
1558	16.01.2024	P. Spies	SP	Beschäftigungsbeihilfen	I. Weykmans	AII	46
1559	17.01.2024	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Gesundheitsprävention im Zusammenhang mit Alkohol am Steuer	A. Antoniadis	AIV	46
1560	17.01.2024	L. Faymonville	SP	Plan zur Implementierung der elektronischen Patientenakte	A. Antoniadis	AIV	46
1561	17.01.2024	L. Göbbels	ProDG	Neues Wohnprojekt der VoG Behindertenstätten Eupen	A. Antoniadis	AIV	46
1562	17.01.2024	D. Stiel	Vivant	Besichtigung einer Einrichtung des Trägers „Thomashuizen“	A. Antoniadis	AIV	46
1563	17.01.2024	J. Huppertz	fraktionslos	Konzept „Thomashuizen“	A. Antoniadis	AIV	46
1564	17.01.2024	D. Stiel	Vivant	Vermehrte Verschreibung von ADHS-Medikamenten	A. Antoniadis	AIV	46
1565	17.01.2024	I. Voss-Werding	Ecolo	Politischer Handlungsbedarf in der mentalen Gesundheitsversorgung für junge Menschen	A. Antoniadis	AIV	46
1566	17.01.2024	J. Huppertz	fraktionslos	Auffangzentrum für Ukraine-Flüchtlinge in Worriken	A. Antoniadis	AIV	46
1567	17.01.2024	I. Voss-Werding	Ecolo	Schließung des Auffangzentrums für geflüchtete Menschen aus der Ukraine in Worriken	A. Antoniadis	AIV	46
1568	17.01.2024	I. Voss-Werding	Ecolo	Automatischer Sozialtarif für Strom und Gas für Pflegegeldempfänger	A. Antoniadis	AIV	46
1569	18.01.2024	K. Neycken-Bartholemy	SP	Einsatz von Mentoren in den Schulen	L. Klinkenberg	AIII	46

1570	18.01.2024	A. Jerusalem	Ecolo	Politischer Handlungsbedarf im Bereich der mentalen Gesundheit von Schülern	L. Klinkenberg	AIII	46
1571	18.01.2024	A. Jerusalem	Ecolo	Pädagogischen Studie der OECD	L. Klinkenberg	AIII	46
1572	18.01.2024	A. Mertes	Vivant	„Zocken macht Schule“	L. Klinkenberg	AIII	46
1573	18.01.2024	A. Mertes	Vivant	Betreuungsplätze in der außerschulischen Betreuung bei Tagesmüttern	L. Klinkenberg	AIII	46
1574	18.01.2024	A. Mertes	Vivant	Chaotische Kommunikation zum neuen Vollstatut der Tagesmütter	L. Klinkenberg	AIII	46
1575	18.01.2024	S. Pauels	CSP	Praktischer Fahrschulunterricht in deutscher Sprache für die Führerscheinklasse G	L. Klinkenberg	AIII	46
1576	29.01.2024	M. Balter	Vivant	AF: Mögliche Verletzung der Sprachengesetzgebung durch eine Polizeibehörde auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft	O. Paasch	Plenum	46
1577	19.02.2024	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Finanzierung und Umfang der Sanierungsmaßnahmen im öffentlichen Wohnungsbau	A. Antoniadis	AI	47
1578	19.02.2024	A. Mockel	Ecolo	Absichtserklärung in Bezug auf die Eyneburg	O. Paasch	AI	47
1579	19.02.2024	A. Mockel	Ecolo	Stand der Dinge hinsichtlich des Mercosur-Abkommens	O. Paasch	AI	47
1580	19.02.2024	A. Mockel	Ecolo	Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	O. Paasch	AI	47
1581	19.02.2024	A. Mockel	Ecolo	Angekündigtes Mustergewerbegebiet in Kelmis	A. Antoniadis	AI	47
1582	19.02.2024	A. Mockel	Ecolo	Raumordnung und Landwirtschaft	A. Antoniadis	AI	47
1583	19.02.2024	M. Balter	Vivant	Bußgeldbescheide in französischer Sprache	O. Paasch	AI	47
1584	20.02.2024	G. Freches	PFF	Vergabe von Interrail-Pässen	I. Weykmans	AII	47
1585	20.02.2024	A. Mockel	Ecolo	Leichtathletik-Infrastruktur in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	I. Weykmans	AII	47
1586	20.02.2024	G. Freches	PFF	Eröffnung des neuen Skills Center	I. Weykmans	AII	47
1587	20.02.2024	D. Stiel	Vivant	Berufliche Orientierung der Schüler	I. Weykmans	AII	47
1588	20.02.2024	K. Elsen	ProDG	Praktika	I. Weykmans	AII	47
1589	20.02.2024	P. Spies	SP	Einstufung Musikvereine 2024	I. Weykmans	AII	47
1590	20.02.2024	J. Huppertz	fraktionslos	Eyneburg	I. Weykmans	AII	47
1591	20.02.2024	J. Huppertz	fraktionslos	Glasfaser	I. Weykmans	AII	47
1592	20.02.2024	P. Spies	SP	E-Bikes Ostbelgien	I. Weykmans	AII	47
1593	20.02.2024	P. Spies	SP	Sportbotschafter	I. Weykmans	AII	47
1594	21.02.2024	L. Faymonville	SP	Umbauarbeiten im WPZS Katharinenstift in Astenet	A. Antoniadis	AIV	47
1595	21.02.2024	L. Scholzen	ProDG	Entwicklung hinsichtlich der Maserninfektionen	A. Antoniadis	AIV	47
1596	21.02.2024	D. Stiel	Vivant	Pflegegeld	A. Antoniadis	AIV	47
1597	21.02.2024	D. Stiel	Vivant	Mikro-Plastik- und Nanopartikel in Wasserflaschen	A. Antoniadis	AIV	47
1598	21.02.2024	J. Huppertz	fraktionslos	Unterbringungsressourcen für Menschen mit Autismus	A. Antoniadis	AIV	47
1599	21.02.2024	I. Voss-Werding	Ecolo	Abschaffung des Referats Beschäftigung der Dienststelle für Selbstbestimmtes Leben	A. Antoniadis	AIV	47

1600	21.02.2024	I. Voss-Werding	Ecolo	Kinderarmut	A. Antoniadis	AIV	47
1601	22.02.2024	L. Göbbels	ProDG	Soziale Ungerechtigkeit in der Nachhilfekultur	L. Klinkenberg	AIII	47
1602	22.02.2024	L. Göbbels	ProDG	Aktueller Stand der Reform im Bereich der Förderpädagogik	L. Klinkenberg	AIII	47
1603	22.02.2024	A. Jerusalem	Ecolo	Unterrichtspersonal ohne erforderliches Diplom	L. Klinkenberg	AIII	47
1604	22.02.2024	A. Jerusalem	Ecolo	Reaktion der Bildungspolitik auf die Ergebnisse der jüngsten VERA-3- und PISA-Testungen	L. Klinkenberg	AIII	47
1605	22.02.2024	A. Jerusalem	Ecolo	Austausch mit Verantwortlichen der Städteregion Aachen über Bildung und Lehrerbildung	L. Klinkenberg	AIII	47
1606	22.02.2024	A. Jerusalem	Ecolo	Veränderungen in der Kinderbetreuung und deren Auswirkungen	L. Klinkenberg	AIII	47
1607	22.02.2024	A. Jerusalem	Ecolo	Partizipation und Kommunikation seit Beginn des Gründungsprozesses des ZKB	L. Klinkenberg	AIII	47
1608	22.02.2024	J. Huppertz	fraktionslos	Fall Raxhon	L. Klinkenberg	AIII	47
1609	22.02.2024	J. Huppertz	fraktionslos	Außerschulische Betreuung	L. Klinkenberg	AIII	47
1610	22.02.2024	A. Mertes	Vivant	Geplante Versetzung von 50 AUBE-Mitarbeitern an 26 Standorten	L. Klinkenberg	AIII	47
1611	22.02.2024	K. Elsen	ProDG	Außerschulische Betreuung des ZKB	L. Klinkenberg	AIII	47
1612	22.02.2024	K. Neycken-Bartholemy	SP	Wohlbefinden in der Schule	L. Klinkenberg	AIII	47
1613	22.02.2024	S. Pauels	CSP	Konkrete Verwendung der Erkenntnisse aus der HBSC-Studie	L. Klinkenberg	AIII	47
1614	22.02.2024	A. Mertes	Vivant	Portfolio-Konzept des ZKB	L. Klinkenberg	AIII	47
1615	22.02.2024	S. Piront	PFF	Vorbereitung der Jugendlichen auf die bevorstehenden Wahlen	L. Klinkenberg	AIII	47
1616	22.02.2024	S. Piront	PFF	Pflegeassistenten	L. Klinkenberg	AIII	47
1617	22.02.2024	S. Pauels	CSP	Besoldungsauswirkungen der verlängerten Studiendauer im Bildungswesen in der FWB	L. Klinkenberg	AIII	47
1618	22.02.2024	S. Pauels	CSP	Bildungsstandards der frühkindlichen Bildung im ZKB	L. Klinkenberg	AIII	47
1619	22.02.2024	S. Pauels	CSP	KI-basierte Lernmethoden im Kontext der Bildungsvision 2040	L. Klinkenberg	AIII	47
1620	22.02.2024	S. Pauels	CSP	Bevorstehender Kindergarteneintritt der Zweieinhalbjährigen	L. Klinkenberg	AIII	47
1621	26.02.2024	C. Kraft	CSP	Schließung des Galmeibades	L. Klinkenberg	Plenum	47
1622	11.03.2024	A. Mockel	Ecolo	Ungünstig situiertes Bauland	A. Antoniadis	AI	48
1623	12.03.2024	J. Huppertz	fraktionslos	VISITWallonia-Pässe	I. Weykmans	AII	48
1624	12.03.2024	A. Mockel	Ecolo	Unterstützung von Doppelspitzen im Vereinswesen	I. Weykmans	AII	48
1625	12.03.2024	P. Spies	SP	Lohnspanne zwischen Männern und Frauen	I. Weykmans	AII	48
1626	13.03.2024	J. Huppertz	fraktionslos	Bedürftige Studenten	A. Antoniadis	AIV	48
1627	13.03.2024	J. Huppertz	fraktionslos	Mobiles Team des Beratungs- und Therapie-zentrums	A. Antoniadis	AIV	48
1628	13.03.2024	J. Huppertz	fraktionslos	Betreuungsprojekt „La Camomille“	A. Antoniadis	AIV	48
1629	13.03.2024	J. Huppertz	fraktionslos	Zusammenarbeit Kliniken St. Vith und Prüm	A. Antoniadis	AIV	48

1630	13.03.2024	D. Stiel	Vivant	Abkommen zwischen den Krankenhäusern St. Vith und Prüm	A. Antoniadis	AIV	48
1631	13.03.2024	J. Huppertz	fraktionslos	Kündigung WPZS	A. Antoniadis	AIV	48
1632	13.03.2024	I. Voss	Ecolo	Alkoholismus bei Frauen	A. Antoniadis	AIV	48
1633	13.03.2024	I. Voss	Ecolo	Allgemeine Ausrichtung von „Intego Wohnen“	A. Antoniadis	AIV	48
1634	13.03.2024	L. Faymonville	SP	Entwicklungen des Netzwerkes Mentale Gesundheit der Deutschsprachigen Gemeinschaft	A. Antoniadis	AIV	48
1635	13.03.2024	L. Faymonville	SP	Umgang mit Deep Nudes, Dick Pics und Sexting	A. Antoniadis	AIV	48
1636	14.03.2024	J. Huppertz	fraktionslos	Fahrschuldekret	L. Klinkenberg	AIII	48
1637	14.03.2024	J. Huppertz	fraktionslos	Co-Initiative Kelmis	L. Klinkenberg	AIII	48
1638	14.03.2024	K. Neycken-Bartholemy	SP	Möglichkeiten zu den Kosten in Bezug auf Mobbing	L. Klinkenberg	AIII	48
1639	14.03.2024	K. Elsen	ProDG	Nachqualifizierung zum Kinderbetreuer	L. Klinkenberg	AIII	48
1640	14.03.2024	L. Scholzen	ProDG	Reform der Lehrergrundausbildung	L. Klinkenberg	AIII	48
1641	14.03.2024	S. Pauels	CSP	Verlängerung der Studiendauer des Lehramtsstudiums	L. Klinkenberg	AIII	48
1642	14.03.2024	A. Jerusalem	Ecolo	Anpassung der Gehaltstabellen im Zuge der Reform der Lehrergrundausbildung	L. Klinkenberg	AIII	48
1643	14.03.2024	S. Pauels	CSP	Zeitplan der Orientierungsnote zur Gesamtvision 2040	L. Klinkenberg	AIII	48
1644	14.03.2024	S. Pauels	CSP	Konvention zur Stärkung des Handwerks	L. Klinkenberg	AIII	48
1645	14.03.2024	S. Pauels	CSP	Flexi-Jobs in der Kinderbetreuung und im Unterrichtswesen	L. Klinkenberg	AIII	48
1646	14.03.2024	C. Kraft	CSP	Neuigkeiten zur Zukunft des Schulschwimmens seit der letzten Plenarsitzung	L. Klinkenberg	AIII	48
1647	14.03.2024	K. Neycken-Bartholemy	SP	Umschulungsmöglichkeiten im Pflegebereich, mit dem Fallbeispiel der Hebammen	L. Klinkenberg	AIII	48
1648	15.04.2024	A. Mockel	Ecolo	Beitrag des öffentlichen Diensts zur Mobilitätswende	O. Paasch	AI	49
1649	15.04.2024	A. Mockel	Ecolo	Energieproduktion durch autonome Gemeinderegien	O. Paasch	AI	49
1650	15.04.2024	A. Mockel	Ecolo	Rolle der Deutschsprachigen Gemeinschaft bei der Erstellung kommunaler Bauleitfäden	A. Antoniadis	AI	49
1651	15.04.2024	P. Spies	SP	Stand der Dinge in Bezug auf die Forderungen des Landwirtschaftssektors	A. Antoniadis	AI	49
1652	15.04.2024	P. Creutz-Vilvoye	CSP	GrenzEcho-Abonnements für Auszubildende	O. Paasch	AI	49
1653	15.04.2024	P. Spies	SP	Engagement auf kommunaler Ebene	O. Paasch	AI	49
1654	16.04.2024	A. Mockel	Ecolo	Neues Interreg-Projekt Wood Added Value Enabler (WAVE) der WFG	I. Weykmans	AII	49
1655	16.04.2024	A. Mockel	Ecolo	Pilotprojekt mit Prämien bei AktiF Vermittlung für Leiharbeitsvermittler	I. Weykmans	AII	49
1656	16.04.2024	C. Kraft	CSP	Zukunft der Infrastruktur für den Eupener Turnverein	I. Weykmans	AII	49
1657	16.04.2024	C. Kraft	CSP	Selbstzensur bei professionellem Kulturträger Chudoscnik Sunergia VoG	I. Weykmans	AII	49
1658	16.04.2024	C. Kraft	CSP	Zukunft des Wetzlarbads Eupen	I. Weykmans	AII	49
1659	16.04.2024	P. Spies	SP	Förderung des Journalismus	I. Weykmans	AII	49

1660	16.04.2024	D. Stiel	Vivant	Problematik der Schwimmbäder für Vereine im Wassersport	I. Weykmans	All	49
1661	16.04.2024	J. Grommes	ProDG	Finanzielle Benachteiligung von Vereinen	I. Weykmans	All	49
1662	16.04.2024	P. Spies	SP	Bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung	I. Weykmans	All	49
1663	17.04.2024	D. Stiel	Vivant	Unterschiedliche Bestimmungen der ÖSHZ	A. Antoniadis	AIV	49
1664	17.04.2024	L. Scholzen	ProDG	Erste Linie Psychologen	A. Antoniadis	AIV	49
1665	17.04.2024	D. Stiel	Vivant	Erlass zur Festlegung von Mindestpersonalnormen in den WPZS	A. Antoniadis	AIV	49
1666	17.04.2024	L. Faymonville	SP	Vorgehen nach der Unterzeichnung der Absichtserklärung zur grenzüberschreitenden medizinischen Notfallhilfe zwischen dem Land NRW und dem belgischen Staat	A. Antoniadis	AIV	49
1667	17.04.2024	L. Faymonville	SP	Verlängerung der Ostbelgienregelung	A. Antoniadis	AIV	49
1668	17.04.2024	J. Huppertz	fraktionslos	Endometriose	A. Antoniadis	AIV	49
1669	17.04.2024	J. Huppertz	fraktionslos	Auffangzentrum für Ukraine-Flüchtlinge in Worriken	A. Antoniadis	AIV	49
1670	17.04.2024	J. Huppertz	fraktionslos	St. Nikolaus Hospital Eupen	A. Antoniadis	AIV	49
1671	17.04.2024	J. Huppertz	fraktionslos	„planning familial Ostbelgien“	A. Antoniadis	AIV	49
1672	17.04.2024	J. Huppertz	fraktionslos	Kosten für Unterbringungskosten	A. Antoniadis	AIV	49
1673	17.04.2024	I. Voss-Werding	Ecolo	Seniorenarmut	A. Antoniadis	AIV	49
1674	17.04.2024	I. Voss-Werding	Ecolo	Demenzstrategie	A. Antoniadis	AIV	49
1675	17.04.2024	I. Voss-Werding	Ecolo	Integration und Zusammenleben in Vielfalt	A. Antoniadis	AIV	49
1676	18.04.2024	K. Neycken-Bartholemy	SP	Politische Bildung für die Jugendlichen, die ab 16 Jahren für die Europawahl einer Wahlpflicht unterliegen	L. Klinkenberg	AIII	49
1677	18.04.2024	A. Mertes	Vivant	Ausgewogene Essensangebote an den Kiosken der DG-Mensa	L. Klinkenberg	AIII	49
1678	18.04.2024	C. Kraft	CSP	Gesunde Snack-Angebote in Sekundarschulen	L. Klinkenberg	AIII	49
1679	18.04.2024	A. Mertes	Vivant	Möglichkeit von Schnuppertagen in akademischen Berufen	L. Klinkenberg	AIII	49
1680	18.04.2024	S. Pauels	CSP	Bemühungen zur automatischen Anerkennung von beruflich-technischen Diplomen aus dem deutschsprachigen europäischen Ausland	L. Klinkenberg	AIII	49
1681	18.04.2024	S. Pauels	CSP	Möglichkeiten der Einschreibung von Schülern aus anderen belgischen Gemeinschaften an den Schulen der Deutschsprachigen Gemeinschaft	L. Klinkenberg	AIII	49
1682	18.04.2024	S. Pauels	CSP	Aktueller Arbeitsstand der Hausaufgabenreform	L. Klinkenberg	AIII	49
1683	18.04.2024	S. Pauels	CSP	Arbeitsstand zur kostenlosen schulinternen Aufgabenbetreuung	L. Klinkenberg	AIII	49
1684	18.04.2024	S. Pauels	CSP	Zukunft der Kinderbetreuung am Standort Manderfeld	L. Klinkenberg	AIII	49
1685	18.04.2024	S. Pauels	CSP	Förderpädagogik – Integration in ostbelgischen Sekundarschulen	L. Klinkenberg	AIII	49
1686	18.04.2024	A. Jerusalem	Ecolo	Bedarf eines Fördersekundarschulstandorts im Süden der Deutschsprachigen Gemeinschaft	L. Klinkenberg	AIII	49
1687	18.04.2024	A. Jerusalem	Ecolo	Kostendeckelung von Schulausflügen in der Französischen Gemeinschaft	L. Klinkenberg	AIII	49

1688	18.04.2024	A. Jerusalem	Ecolo	Aufwertung der Ausbildungsbegleitung der Studierenden an der AHS im Zuge der Reform der Lehrgrundausbildung	L. Klinkenberg	AIII	49
1689	18.04.2024	C. Kraft	CSP	Radonwerte in Aachener Schulen	L. Klinkenberg	AIII	49
1690	18.04.2024	C. Kraft	CSP	Förderung des RDJ und der ostbelgischen Schülerräte nach einem eigenen Schulfach Bürgerkunde	L. Klinkenberg	AIII	49
1691	18.04.2024	S. Piront	PFF	Optimierung der Kompetenzvermittlung zum Thema Bürgerkunde: Evaluation und Weiterentwicklung des fächerübergreifenden Ansatzes	L. Klinkenberg	AIII	49
1692	18.04.2024	S. Piront	PFF	Platzmangel an der AHS	L. Klinkenberg	AIII	49
1693	18.04.2024	S. Piront	PFF	Berücksichtigung gesundheitlicher Risiken und kultureller Praktiken bei Schülern während des Ramadans	L. Klinkenberg	AIII	49
1694	22.04.2024	F. Mockel	Ecolo	Bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung	I. Weykmans	Plenum	
1695	06.05.2024	J. Huppertz	fraktionslos	Verankerung des Tierwohls in der Verfassung	O. Paasch	Plenum	

SCHRIFTLICHE FRAGEN

Frage Nr.	Datum	Fragesteller	Fraktion	Thema	Befragter Minister	Antwort	BIF
SITZUNGSPERIODE 2022-2023							
370	14.09.2023	D. Stiel	Vivant	Impfkampagne im Herbst 2023	A. Antoniadis	24.10.2022	43
371	15.09.2023	G. Freches	PFF	DuO Ausbildungsförderung	L. Klinkenberg	28.10.2022	43
372	15.09.2023	G. Freches	PFF	Pflegeassistent	A. Antoniadis	28.10.2022	43
373	15.09.2023	G. Freches	PFF	Pflegeassistent	L. Klinkenberg	28.10.2022	43
SITZUNGSPERIODE 2023-2024							
374	18.09.2023	L. Göbbels	ProDG	Weiterbildungen im Bildungswesen	L. Klinkenberg	18.10.2023	43
375	19.09.2023	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Mangel an Allgemeinmediziner*innen	A. Antoniadis	24.10.2023	43
376	20.09.2023	C. Kraft	CSP	Versetzungsbilanz des Schuljahres 2022-2023	L. Klinkenberg	24.10.2023	43
377	20.09.2023	C. Kraft	CSP	Anzahl und Ausrichtung der 2022-2023 am ZAWM ausgebildeten Gesellinnen und Meisterinnen	L. Klinkenberg	24.10.2023	43
378	20.09.2023	C. Kraft	CSP	Fachliche Ausrichtung der AHS-Absolventinnen des Schuljahres 2022-2023	L. Klinkenberg	24.10.2023	43
379	21.09.2023	D. Stiel	Vivant	Gesundheitszustand der Jugendlichen	L. Klinkenberg	24.10.2023	43
380	22.09.2023	C. Kraft	CSP	Statistischer Sachstand kreativer Ferienateliers für Kinder und Jugendliche	I. Weykmans	26.10.2023	43
381	26.09.2023	D. Stiel	Vivant	Mangelberufe-Masche: Verdacht auf Betrug bei Aufenthaltsgenehmigungen	I. Weykmans	26.10.2023	43
382	26.09.2023	D. Stiel	Vivant	Neuzuwanderer in Mangelberufen ausbilden	I. Weykmans	26.10.2023	43
383	27.09.2023	I. Voss	Ecolo	Bewahrung der sozialen Rechte von zusammenlebenden Personen zur Bekämpfung von Armut	A. Antoniadis	06.11.2023	44
384	29.09.2023	D. Stiel	Vivant	Nachfrage zur Zufriedenheit am Arbeitsplatz	I. Weykmans	06.11.2023	44
385	02.10.2023	S. Piront	PFF	DG Mensa Programm in den Grund- und Sekundarschulen	L. Klinkenberg	06.11.2023	44
386	02.10.2023	S. Pauels	CSP	Statistische Informationen zu den Urlaubsformen des ostbelgischen Unterrichtswesens	L. Klinkenberg	13.11.2023	44
387	04.10.2023	C. Kraft	CSP	Nichtversetzungs- und Abbruchsquote der vergangenen fünf Schuljahre in den Fachbereichen Gesundheits- und Pflegewissenschaften sowie Bildungswissenschaften der AHS	L. Klinkenberg	13.11.2023	44
388	06.10.2023	A. Mockel	Ecolo	Beschäftigung in Industrie- und Gewerbebezonen	I. Weykmans	14.11.2023	44
389	06.10.2023	A. Mockel	Ecolo	Entwicklung der Industrie- und Gewerbegebiete in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	A. Antoniadis	14.11.2023	44
390	06.10.2023	A. Mockel	Ecolo	Grundstücksreserven der Deutschsprachigen Gemeinschaft	A. Antoniadis	14.11.2023	44
391	06.10.2023	D. Stiel	Vivant	Aspartam ist möglicherweise krebserregend	A. Antoniadis	14.11.2023	44
392	12.10.2023	M. Balter	Vivant	Nachfrage zur schriftlichen Frage 260 zum Thema Regionalwährung	O. Paasch	22.11.2023	44
393	13.10.2023	D. Stiel	Vivant	Grippeimpfung in der Apotheke	A. Antoniadis	22.11.2023	44
394	16.10.2023	I. Voss	Ecolo	Finanzierung der WPZS	A. Antoniadis	22.11.2023	44
395	26.10.2023	G. Freches	PFF	Arbeitsreise in Berlin und Brandenburg	A. Antoniadis	30.11.2023	45

396	31.10.2023	A. Mockel	Ecolo	Umsetzung von Globalgenehmigungen	A. Antoniadis	06.12.2023	45
397	06.11.2023	C. Kraft	CSP	Beschäftigungsstatistik des Lehrpersonals der Deutschsprachigen Gemeinschaft	L. Klinkenberg	06.12.2023	45
398	06.11.2023	A. Jerusalem	Ecolo	Vergabe und Entwicklung von BVA-Stellen im Unterrichtswesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft	L. Klinkenberg	11.12.2023	45
399	16.11.2023	M. Balter	Vivant	Nachfrage zu Nr. 339 zu den Preisen für Busfahrkarten für die Strecke von Eupen nach Aachen	O. Paasch	20.12.2023	45
400	17.11.2023	M. Balter	Vivant	Einstellungs- und Verbeamtungsstopp bei der Deutschsprachigen Gemeinschaft	O. Paasch	20.12.2023	45
401	30.11.2023	S. Pauels	CSP	Lohnentwicklungssimulation im Unterrichtswesen	L. Klinkenberg	12.01.2024	46
402	04.12.2023	S. Pauels	CSP	Auswertung der Antragsteller zum zinslosen Darlehenssystem DuO	L. Klinkenberg	12.01.2024	46
403	05.12.2023	A. Mertes	Vivant	Nachfrage zur schriftlichen Frage Nr. 369 zur Sexualpädagogik in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	L. Klinkenberg	12.01.2024	46
404	07.12.2023	M. Balter	Vivant	Nachfrage zum RV zur Senkung der MwSt. auf Neubauten und Baumaterialien	O. Paasch	18.01.2024	46
405	11.12.2023	I. Voss	Ecolo	Häusliche Gewalt in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	A. Antoniadis	18.01.2024	46
406	13.12.2023	M. Balter	Vivant	Ankauf eines Grundstücks im Rahmen von "Worriken 4.0"	O. Paasch	26.01.2024	46
407	15.12.2023	M. Balter	Vivant	Nutzung des Klosters Heidberg im Jahr 2022	O. Paasch	26.01.2024	46
408	21.12.2023	M. Balter	Vivant	Kosten für Beraterfirmen	O. Paasch	31.01.2024	46
409	11.01.2024	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Infrastruktur der Wohn- und Pflegezentren für Senioren	A. Antoniadis	19.02.2024	47
410	11.01.2024	C. Kraft	CSP	Bestandsaufnahme bezüglich der flächendeckenden Ausstattung der Sekundarschüler:Innen und Auszubildenden der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit kostenlosen Schullaptops (urspr. Interpellation)	L. Klinkenberg	19.02.2024	47
411	12.01.2024	D. Stiel	Vivant	Übernahme des außerschulischen Sport durch LOS	I. Weykmans	19.02.2024	47
412	18.01.2024	M. Balter	Vivant	Kindergeld in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	A. Antoniadis	26.02.2024	47
413	24.01.2024	G. Freches	PFF	Laufende Maßnahmen zur Fachkräftesicherung	I. Weykmans	04.03.2024	48
414	25.01.2024	S. Piront	PFF	Integration von ICF ins Standardausbildungsprogramm der AHS	L. Klinkenberg	04.03.2024	48
415	25.01.2024	S. Piront	PFF	Zulassungskriterien zur Stelle der externen Evaluation	L. Klinkenberg	04.03.2024	48
416	02.02.2024	S. Pauels	CSP	Entwicklung des Projekts "Kultur macht Schule" seit 2019	I. Weykmans	11.03.2024	48
417	05.02.2024	A. Mertes	Vivant	Anfrage mit der Bitte der zur Verfügungsstellung des ursprünglichen Entwurfs des Abkommens zwischen der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich dem Fall der Tagesmutter Raxhon	L. Klinkenberg	11.03.2024	48
418	07.02.2024	D. Stiel	Vivant	Individuelle Ausbildung im Unternehmen (IBU)	I. Weykmans	14.03.2024	48
419	14.02.2024	I. Voss	Ecolo	Sozialtarif bei Strom und Gas für Pflegegeldempfänger	A. Antoniadis	15.03.2024	48
420	14.02.2024	I. Voss	Ecolo	Übergewicht und Gesundheitsprävention in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	A. Antoniadis	15.03.2024	48
421	16.02.2024	D. Stiel	Vivant	Unterstützte Beschäftigung	I. Weykmans	20.03.2024	48
422	19.02.2024	D. Stiel	Vivant	Eyneburg als historischer Erlebnisort	O. Paasch	20.03.2024	48
423	20.02.2024	G. Freches	PFF	Eröffnung des neuen Skills Centers	I. Weykmans	05.03.2024	48
424	20.02.2024	G. Freches	PFF	Vergabe von Interrail-Pässen	I. Weykmans	07.03.2024	48

425	21.02.2024	D. Stiel	Vivant	Sozialbetrieb "Die Alternative VoG"	I. Weykmans	22.03.2024	48
426	21.02.2024	M. Balter	Vivant	Nachfrage zur schriftlichen Frage Nr. 400 zum Einstellungs- und Verbeamtungsstopp bei der Deutschsprachigen Gemeinschaft	O. Paasch	22.03.2024	48
427	23.02.2024	S. Pauels	CSP	Künstliche Intelligenz im Unterrichtswesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft	L. Klinkenberg	28.03.2024	48
428	27.02.2024	S. Pauels	CSP	Evaluation des Kinderbetreuungsschlüssels 1:6	L. Klinkenberg	29.03.2024	48
429	06.03.2024	J. Huppertz	fraktionslos	Betreuungsschlüssel in der außerschulischen Betreuung	L. Klinkenberg	11.04.2024	49
430	06.03.2024	R. Nelles	CSP	Angestellte und Beamte im Öffentlichen Dienst - Schutz vor Übergriffen	A. Antoniadis	11.04.2024	49
431	06.03.2024	R. Nelles	CSP	Angestellte und Beamte im Öffentlichen Dienst - Schutz vor Übergriffen	I. Weykmans	11.04.2024	49
432	06.03.2024	R. Nelles	CSP	Angestellte und Beamte im Öffentlichen Dienst - Schutz vor Übergriffen	L. Klinkenberg	11.04.2024	49
433	06.03.2024	R. Nelles	CSP	Angestellte und Beamte im Öffentlichen Dienst - Schutz vor Übergriffen	O. Paasch	11.04.2024	49
434	11.03.2024	J. Huppertz	fraktionslos	Kinderpornografie	A. Antoniadis	11.04.2024	49
435	14.03.2024	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Kostenerstattung für Logopädiebehandlungen bei Kindern	A. Antoniadis	18.04.2024	49
436	14.03.2024	D. Stiel	Vivant	"Kurzweilenaufenthalte im Begleitzentrum Griesdeck heißen nun Freizeitbegleitung"	A. Antoniadis	18.04.2024	49
437	19.03.2024	C. Kraft	CSP	Aufschlüsselung der durch das Ministerium ermittelten Ausweichkapazitäten des schulischen Schwimmunterrichts in umliegenden Bädern	L. Klinkenberg	25.04.2024	49
438	29.03.2024	L. Faymonville	SP	Mögliche Verbesserung der Rahmenbedingungen für ostbelgische Feuerwehrleute	O. Paasch	07.05.2024	49
439	09.04.2024	A. Mertes	Vivant	Inspektionen im Bereich der Kleinkindbetreuung	L. Klinkenberg	15.05.2024	49
440	09.04.2024	A. Mertes	Vivant	Vergabe von Aufträgen an externe Dienstleister	L. Klinkenberg	15.05.2024	49
441	09.04.2024	D. Stiel	Vivant	Anwerbung von Pflegekräften aus Indien	A. Antoniadis	15.05.2024	49
442	09.04.2024	D. Stiel	Vivant	PFAS-Rückstände in Obst und Gemüse	A. Antoniadis	15.05.2024	49
443	15.04.2024	A. Mertes	Vivant	Entwicklung des Bildungssystems	L. Klinkenberg	24.05.2024	49
444	25.04.2024	M. Balter	Vivant	Ministergehälter	O. Paasch	04.06.2024	49
445	08.05.2024	S. Pauels	CSP	Bestandsaufnahme der Entwicklung des Zentrums für Aus- und Weiterbildung des Mittelstands	L. Klinkenberg	13.06.2024	49
446	21.05.2024	S. Pauels	CSP	Wochenstunden und der Arbeitszeiterfassung des Zentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung	L. Klinkenberg	25.06.2024	49

INTERPELLATIONEN 2023-2024

	Datum	Interpellant	Fraktion	Thema	Minister	Gremium	BIF
32	05.10.2023	A. Mertes	Vivant	Präventions- und Reaktionsmaßnahmen zur Drogenproblematik an Sekundarschulen und in den Einrichtungen des ZAWM sowie Gefahren und Auswirkungen des Drogenkonsums für Jugendliche	L. Klinkenberg	AIII	43
33	29.11.2023	P. Spies	SP	Unterstützung von Adoptionskandidaten durch die Deutschsprachige Gemeinschaft	A. Antoniadis	AIV	45
34	18.01.2024	J. Huppertz	fraktionslos	Kleinkindbetreuung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	L. Klinkenberg	AIII	46
35	18.01.2024	S. Pauels	CSP	Kündigung von Betreuungspersonal aufgrund des Territorialitätsprinzips im Zuge der Schaffung des ZKB	L. Klinkenberg	AIII	46





PARLAMENT

der Deutschsprachigen
Gemeinschaft Belgiens

Platz des Parlaments 1
B-4700 EUPEN
T +32 (0)87/31 84 00

info@pdg.be
www.pdg.be